



Arno Teutsch

SCHRITTE ZUM ÖKOLOGISCHEN WOHLSTAND



Arbeitsförderungsinstitut



Arno Deutsch

SCHRITTE ZUM ÖKOLOGISCHEN WOHLSTAND

Ein Lesebuch für Menschen,
die sinnvoller arbeiten und besser leben wollen

AFI - Arbeitsförderungsinstitut

Vorworte

Umweltschutz beginnt
beim Arbeitsplatz

Die Qualität der Umwelt wird dadurch bestimmt, was und wie produziert wird. Auch die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze hängt von ökologischen Grundoptionen in den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen ab. Andererseits trifft die Umweltzerstörung in erster Linie die ArbeitnehmerInnen, und zwar auf dreifache Weise: auf dem Arbeitsplatz, im Konsum und im konkreten Wohn- und Lebensumfeld.

Die Qualität der Arbeits- und Lebensbedingungen, die langfristige Arbeitsplatzsicherung und ganz allgemein die „Zukunft der Arbeit“: all diese Themenbereiche stehen also in enger Wechselbeziehung mit den „ökologischen“ Fragestellungen einer zukunftsfähigen Entwicklung. Zukunftsfähigkeit bedeutet, wie es im Brundtland-Bericht heißt, daß wir im Umgang mit der Natur und den natürlichen Ressourcen darauf achten müssen, künftigen Generationen diese zu erhalten.

Das Arbeitsförderungsinstitut betrachtet es als ein besonders wichtiges Anliegen, die Zusammenhänge zwischen der (Lohn-)Arbeit und den ökologischen Fragen im weitesten Sinne zu vertiefen und die ArbeitnehmerInnen hierfür sowie für neue Modelle einer umweltverträglichen Arbeits- und Lebensqualität zu sensibilisieren.

Das noch junge Thema „Arbeitsökologie“ mit der gewerkschaftlichen Verantwortung und dem gewerkschaftlichen Handeln zu verknüpfen, dies stellt eine große Herausforderung für die ArbeitnehmerInnen dar. Aber es ist zugleich ein gruppenübergreifendes Anliegen, das nur durch gemeinsames Handeln aller Menschen und aller sozialen Akteure erfolgreich vorangetragen werden kann.

Deshalb ist diese Publikation nicht nur für BetriebsrätInnen gedacht. Sie soll ganz allgemein das Interesse dafür wecken, was in der Arbeitswelt dafür getan werden kann, um die Arbeitsqualität anzuheben und gleichzeitig die ökologische Qualität im gesellschaftlichen Kontext zu verbessern. Dazu werden viele Beispiele aus dem In- und Ausland vorgestellt, die deutlich machen, welches Veränderungspotential besteht.

Walther Andreaus
(Präsident des Arbeitsförderungsinstituts)

In den letzten Jahrzehnten noch haben die Industrienationen in einem gigantischen Wachstumsprozeß versucht, die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Es wurde investiert, produziert, rationalisiert und konsumiert. Wurde davon aber auch wirklich profitiert?

Die Antwort lautet nein. Denn gleichzeitig zu diesem wirtschaftlichen „Aufschwung“ haben sich die „ökologischen“ Lebensbedingungen dramatisch verschlechtert. Zunehmende Luftverschmutzung, immer stärkerer Verkehr, das Waldsterben, zerstörte Lebensräume, verseuchte Böden und vieles andere mehr beeinträchtigen heutzutage mehr denn je unsere Lebensqualität.

Und langfristig wird es meines Erachtens für eine Volkswirtschaft niemals möglich sein, an Umweltschädigungen zu verdienen, auch wenn sich viele Unternehmen durch das Unterlassen von Umweltschutz Wettbewerbsvorteile „erwirtschaften“.

Unterlassener Umweltschutz bedroht Arbeitsplätze, vor allem dann, wenn sich jahrelange umweltpolitische Versäumnisse aufstauen oder nur unter untragbaren Aufwendungen korrigiert werden können. Die Arbeitnehmer und die zukünftigen Generationen bezahlen dann diese Zeche. Frühzeitige Umweltschutzinvestitionen sorgen daher also nicht nur für eine bessere Umwelt, sondern sie schaffen auch neue Arbeitsplätze.

Gerade hier setzt gewerkschaftliche Umweltpolitik ein. Ziel muß es sein, die Gesamtheit der Arbeitnehmer zu schützen, eine lebenswerte Umwelt zu schaffen, Gefahren abzuwehren und Risiken zu mindern, indem das Verursacher- und Vorsorgeprinzip konsequenter angewandt wird. Der Verursacher muß für den Schaden aufkommen, nicht die Gesellschaft. Heutzutage besitzen viele (Wohlstands)Länder alle Voraussetzungen, um die ökologische Wende vom quantitativen zum qualitativen Wachstum zu vollziehen.

Weil die Unternehmer diesen Wandel allein nicht schaffen, braucht es die Arbeitnehmer. Nur von unten schafft man es, diese nachhaltige Entwicklung einzuleiten. Der Herausbildung von Umweltbewußtsein bei den Arbeitnehmern muß deshalb absolute Priorität eingeräumt werden. Das heißt es muß stärker als bisher in ökologische Bildung investiert werden.

Bei uns im Land sind dabei die lokalen Gewerkschaften gefordert, noch massiver als bisher den Umweltschutz in ihr Bildungsprogramm aufzunehmen und in einem weiteren wesentlichen Schritt die Kooperation im Umweltschutzbereich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auszubauen: das heißt konkret, die Beteiligung der Beschäftigten und der betrieblichen und außerbetrieblichen Interessensvertretungen an der umweltpolitischen Zielformulierung der Unternehmen auszuweiten und zu verstärken.

Der Einsatz für den Umweltschutz ist der richtige Weg der Gewerkschaften in eine lebenswerte Zukunft. Um diesen Weg abzusichern, müssen sich die Unternehmen am Konzept der Nachhaltigkeit ausrichten und an der Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für umweltverträgliches Wirtschaften mitwirken.

Denn die Befriedigung individueller Bedürfnisse und gesellschaftlicher Probleme kann nur im Verband der Arbeitnehmer und Arbeitgeber erreicht werden.

Die Welt
verändert sich

Die Gewerkschaften
sind gefordert

Dr. Erich Achmüller
Landesrat für Arbeit

© Arbeitsförderungsinstitut 1998

für den Inhalt verantwortlich:

Walter Andreass, Präsident des Institutsausschusses

Gestaltung, Layout: Studio Schlemmer, Bozen

Druck: Linotopia Colombo, Bozen

Inhalt

Vorworte

Umweltschutz beginnt beim Arbeitsplatz	2
Die Welt verändert sich - Die Gewerkschaften sind gefordert	3

Zur Einstimmung:

Ökologie der Arbeit -	
Damit alle sinnvoll und glücklich leben und arbeiten können	7

1. Veränderte Szenarien auf dem Planeten Erde

Neue Herausforderungen für die Welt der Arbeit	9
--	---

2. Und es bewegt sich doch!

Wie sich Politik und Wirtschaft verändert haben	23
---	----

3. Die Rolle der Gewerkschaften zur öko-sozialen Wende

4. Schritte zum nachhaltigen Wirtschaften

und zum ökologischen Wohlstand

Wie Arbeitnehmer und Gewerkschaften dazu beitragen können	33
---	----

4.1 Leitlinien für eine umweltfreundliche und zukunftsfähige Stadt

4.1.1 Gesunde Ernährung und Landwirtschaft	42
--	----

4.1.2 Energieverbrauch - Energiebesteuerung	44
---	----

4.1.3 Freizeit und Tourismus	45
------------------------------------	----

4.1.4 Transportpolitik	46
------------------------------	----

4.1.5 „Zeitdesign“ in den Städten	49
---	----

4.1.6 „Reperaturgesellschaft“ und „Selbsthilfe“	52
---	----

4.1.7 Umweltschutz: Jobkiller oder Chance für neue Arbeitsplätze?	55
---	----

4.1.8 Neue Allianzen für eine lebenswerte Region	59
--	----

4.1.9 Globales Denken - lokales Handeln	63
---	----

4.2 Neue Leitbilder in der Produktion

Schritte zu einem ökologischen Arbeitsplatz	66
---	----

4.2.1 Ökologisches Design im Produktionsprozeß	67
--	----

4.2.2 Gesundheitsschutz und Arbeitsumwelt	68
---	----

4.2.3 Arbeitszeit und Zeitsouveränität	72
--	----

4.2.4 Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen	75
--	----

4.2.5 Öko-Audit und „ökologische Selbstverpflichtung“	78
---	----

4.2.6 Umweltschutz in den „industriellen Beziehungen“	83
---	----

Nachwort

Warum sich der Einsatz lohnt... ..	87
------------------------------------	----

Zur weiteren Vertiefung

Soziale Solidarität und das Internet	92
--	----

Eine Einladung zum Weiterlesen	103
--------------------------------------	-----

Kontaktpersonen	105
-----------------------	-----

Ein besonderer Dank

Einstimmung

Ökologie der Arbeit -

Damit alle sinnvoll und glücklich leben und arbeiten können

„Ökologischer Wohlstand“ ist ein relativ junger Begriff, der die Vorstellungen von einem „guten Leben“ mit dem Bestreben nach einer „ökologischen Nachhaltigkeit“ verbindet.

Wir verstehen darunter vor allem die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Menschen auf unserem Planeten, ohne Belastung der Umwelt, d.h. mit einem weit geringeren Verbrauch von nicht erneuerbaren Rohstoffen und von Energie.

Wie kann dieses Ziel erreicht werden? Wie können die Gewerkschaften und Betriebsräte, wie kann jeder Arbeitnehmer an seinem Arbeitsplatz zu dieser Entwicklung beitragen?

Obwohl in den letzten Jahren einiges in Bewegung geraten ist, gibt es noch keine fertigen Modelle für eine Gesellschaft im „ökologischen Wohlstand“, die in jedem sozialen und kulturellen Kontext einfach übernommen werden können .

Wir sind weltweit in einer Übergangszeit, in der die alten Vorstellungen einer Wachstumsgesellschaft langsam zerbröckeln, viele Konflikte und Widersprüche zum Ausdruck kommen, gleichzeitig aber auch viele interessante Ansätze und neue Wege beschritten werden, die in die neue Richtung einer nachhaltigen Entwicklung führen können.

Seit vielen Jahren schon spricht man weltweit von der Notwendigkeit einer ökologischen und sozialen Wende; viele internationale Konferenzen haben sich mit diesem Thema auseinandergesetzt. Doch auch in diesen Bereichen gilt die alte Weisheit, „Wie im Kleinen, so im Großen“.... die Veränderungen bedingen sich wechselseitig.

Es hat also wenig Sinn, nur darauf zu warten, daß die großen Veränderungen auf der Ebene der internationalen Staatengemeinschaft erfolgen oder daß „andere“ die ersten Schritte dazu unternehmen; dies könnte dann am Ende für alle zu spät sein.

Wir haben in dieser Publikation nur einige der vielen Beispiele wiedergeben können: Aktionen von Betriebsräten und Gewerkschaften in mehreren Ländern Europas, die deutlich zeigen, daß vieles „im Kleinen“ in Bewegung ist.

Beispiele, die vielleicht ungenügend und bescheiden klingen mögen; sie sind aber trotzdem von großer Bedeutung, weil sie das Gefühl stärken, daß es letztendlich nicht wenige sind, die nach neuen Modellen suchen und den Ansporn geben, anders zu leben und zu arbeiten, zufrieden und glücklich zu sein, ohne dabei die Lebensbedingungen unserer Enkelkinder zu zerstören.

„Eine zukunftsfähige Entwicklung bedeutet...die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen befriedigen zu können, ohne die Möglichkeiten der zukünftigen einzuschränken, die ihrigen zu befriedigen.“

(Definition aus dem Brundtland-Bericht)

Was bedeutet eigentlich „Ökologie der Arbeit“? Was haben die Arbeitszeit, die Arbeitsorganisation, der Gesundheitsschutz damit zu tun? Was kann in den einzelnen Betrieben dazu gemacht werden? Gibt es rechtliche Handlungshilfen dazu? Und was kann in den Gemeinden und in der Politik erreicht werden? Welche mittel- und langfristigen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitsplätze ergeben sich aus einer „Ökologisierung der Wirtschaft“?

Die Publikation versucht auf alle diese Fragen einzugehen, allerdings ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Es gibt inzwischen in den europäischen Ländern sehr viele theoretische und praktische Ansätze zu einer neuen ökologischen Sicht der Arbeitswelt. Die dazu veröffentlichten Bücher könnten viele Regale füllen.

Daher geht es uns in dieser Broschüre vor allem darum, ein möglichst breites Interesse am Thema zu wecken, in einer anschaulichen Form die vielen Mosaiksteine zu einem neuen Gesellschafts- (und Gewerkschafts-)projekt vorzustellen und ihre Zusammenhänge und Querverbindungen zu erklären.

In diesem Sinne verstehen wir unsere Arbeit als „Work-in-progress“, als eine Einladung mitzutun und durch dieses Mittun und Mitdenken neue Szenarien zu entwerfen und das Thema weiterzuentwickeln.

Gerade in dieser Epoche der weltweiten Globalisierung der Märkte und der einseitigen Dominanz des wirtschaftlichen Denkens und Handelns ist es wichtig, soziale Phantasie und Kreativität zu entwickeln und dadurch wieder unser „Mensch-Sein“ in den Mittelpunkt zu stellen: Wir sind nicht nur Objekte und Subjekte von Wirtschaftsabläufen, sondern haben - zum Glück - auch noch andere Gefühle, Bedürfnisse und Träume. Daher geht es heute vordergründig darum, diese „Autonomie des Lebens“ zu wahren und die Wirtschaftsprozesse wieder in den Dienst des Menschen zu stellen.

Diese Publikation reiht sich ein in das südtirolweite Projekt „Brücken in die Zukunft“; sie soll einen kleinen Beitrag dazu leisten, aus der Sicht der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften neue Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Sie soll zum Nachdenken und Weiterlesen stimulieren und durch die vielen dargestellten Beispiele auch zum „Mittun“ anregen. Gerade deshalb ist sie nicht nur für Gewerkschafter gedacht (oder solche, die es werden möchten), sondern für alle jene, die auch in ihrem Arbeitsalltag „besser leben“ wollen.

1. Veränderte Szenarien auf dem Planeten Erde - Neue Herausforderungen für die Welt der Arbeit

Im letzten Jahrzehnt haben sich eine Reihe tiefgreifender Veränderungen und Krisenerscheinungen, die seit den siebziger Jahren ins öffentliche Bewußtsein gerückt sind, noch weiter zugespitzt.

Die Hoffnungen, mit einem allgemeinen Wirtschaftswachstum und mit einer weltweiten „Entwicklungspolitik“ der sozialen Krise Herr zu werden, sind nicht mehr aufrechtzuhalten.

Hunger und Unterernährung sind nach wie vor für viele Menschen Realität. Rund 20 % der Bevölkerung der sogenannten Entwicklungsländer sind unzureichend mit Nahrungsmitteln versorgt. Fast die Hälfte der Menschen in diesen Ländern ist mangelhaft ernährt. Die Gesamtzahl der Menschen, die unterernährt sind und hungern, wird von der Welternährungsorganisation (FAO) auf über 800 Millionen geschätzt.

Das soziale Ungleichgewicht nimmt zu; Anfang der 90er Jahre lag das Durchschnittseinkommen des oberen Fünftels der Weltbevölkerung rund 60mal höher als das des untersten Fünftels. Diese Ungleichheit im Einkommen ist doppelt so groß wie vergleichsweise vor 30 Jahren. Doch auch innerhalb der Industrieländer steigt die Zahl der Armen und Ausgegrenzten. Selbst im reichen Deutschland sind nach offiziellen Angaben 7.000 Straßenkinder registriert und rund 15% der Bevölkerung in den USA und in Westeuropa leben unterhalb der Armutsgrenze.

Gleichzeitig werden weltweit die Voraussetzungen für eine soziale und ökonomische Selbstversorgung nach und nach zerstört; die Flucht vom Lande in die Städte nimmt weiter zu und damit erhöht sich die soziale Abhängigkeit.

„Die Menschheit steht an einem entscheidenden Punkt ihrer Geschichte. Die Welt ist mit der Tatsache konfrontiert, daß Armut, Hunger, Krankheit und Analphabetismus um sich greifen und daß die Ökosysteme, von denen unser Wohlergehen abhängt, immer mehr in Mitleidenschaft gezogen werden.“

Der einzige Weg, der uns eine sichere und blühende Zukunft beschern kann, besteht darin, Umwelt- und Entwicklungsfragen gleichermaßen und miteinander anzugehen. Wir müssen menschliche Grundbedürfnisse befriedigen, den Lebensstandard aller Menschen verbessern und die Ökosysteme wirkungsvoller schützen und verwalten.“

(Präambel zur „Agenda 21“ der UNO-Weltkonferenz 1992)

Die wirtschaftlichen Kosten der Umweltkrise

Zu diesen wirtschaftlichen und sozialen Problemen treffen in verstärktem Ausmaß und mit bisher nicht bekannter Intensität eine Reihe von Umweltproblemen.

Die natürlichen Grundbedingungen für das menschliche Leben (saubere Luft und Wasser, Verfügbarkeit von fruchtbarem Boden...) verschlechtern sich.

Verstärkt machen sich die Anzeichen einer Klimaveränderung spürbar: In den achtziger Jahren gab es nach Schätzungen der Versicherungsgesellschaften weltweit jährlich 50 Naturkatastrophen mit einem jeweiligen Schaden von mindestens 20 Millionen Dollar. In den neunziger Jahren kommt es zu einer rapiden Steigerung von durchschnittlich 125 solcher Katastrophen ⁽¹⁾.

Bei steigenden Kosten für die Gesellschaft: Bei rund einem Dutzend dieser sogenannten Klimakatastrophen in Form von Wirbelstürmen und Überschwemmungen überstieg der geschätzte Schaden die drei Milliarden Dollar.

Mehr Güter bedeutet nicht unbedingt höheren Wohlstand

Viele Jahre lang bedeutete die Steigerung des Güter- und Dienstleistungsvolumens auch ein Wachstum der Lebensqualität. Dies mag in vielen Ländern des Südens der Welt immer noch zutreffen. Doch wenn eine bestimmte Schwelle von materiellem Wohlstand erreicht ist, verkehrt sich der Gewinn an Lebensqualität in sein Gegenteil: Ein zunehmend großer Teil des Wirtschaftswachstums muß für soziale und ökologische „Reparaturmaßnahmen“ verwendet werden.

Es fehlt vielfach die Zeit zum Leben, der Konkurrenzdruck zerstört die sozialen Bande; Muße, Kreativität und Phantasie gehen verloren. Es kommen viele neue, vor allem sozial bedingte Krankheiten auf.

Viele dieser Probleme sind schon seit Jahrzehnten bekannt; doch tun sich die einzelnen Menschen wie auch die Staatengemeinschaften ungeheuer schwer, aus den alten Gewohnheiten auszubrechen. So hat es zwar nicht an Versuchen gefehlt, einige „Löcher“ zu stopfen und die Probleme „wegzukehren“. Doch dies führte in vielen Fällen nur zu einer zeitlichen und regionalen Verlagerung. In den besten Fällen wurde dadurch ein „Aufschubeffekt“ erzielt. Paradox ist das Beispiel der von der BRD für teures Geld in die DDR exportierten giftigen Abfallstoffe. Nach der deutschen Einigung lag das Problem wieder im „Inland“.

Auch die tief in die Erde eingebuddelten oder in den Süden der Welt exportierten Giftstoffe kommen früher oder später doch wieder zu den Urhebern zurück.

⁽¹⁾ Martin/Schumann, *Die Globalisierungsfalle*, Rowohlt Verlag, 1996, S. 49

Ein Blick auf die wichtigsten der bekannten Umweltprobleme:

Globale Erwärmung - Treibhauseffekt:

hervorgerufen durch die Emission von Treibhausgasen (vor allem CO₂) in die Atmosphäre. Hauptverursacher sind die Verbrennung fossiler Rohstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas) und der zunehmende Verkehr.

Chemisierung:

Durch unsere Produktions- und Lebensweise werden immer mehr naturfremde chemische Substanzen in die Umwelt abgegeben.

Ressourcenverbrauch:

durch Raubbau an den beschränkt vorhandenen Rohstoffen und durch rücksichtslosen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Luft und Wasser.

Abfallberge:

Vor allem in den Industrieländern mit ihrer „Wegwerfkultur“ entstehen Unmengen an Abfall. Die Abfallbeseitigung ist mit hohen Kosten und z.T. mit erheblicher Umweltbelastung verbunden.

Getreidevorräte werden knapp

Doch die Umweltprobleme beschränken sich längst nicht nur auf diese Bereiche. Tatsache ist, daß aufgrund der Wechselwirkung zwischen unterschiedlichen Umweltbelastungen - die zunehmende Degradation der Böden, die Verschmutzung des Grundwassers und die starke Beanspruchung der Wasserreserven, der Verlust der biologischen Vielfalt und die Zerstörung des ländlichen Raumes - es auch zu einer Verknappung der wichtigsten Lebensmittel kommen wird. In den letzten Jahren sind die Vorräte an Weizen, Reis, Mais und anderen Getreidesorten stark zurückgegangen.

Die Verantwortung der Industrieländer

Es ist bekannt, daß für die meisten der oben aufgelisteten Umweltprobleme vor allem die Industrieländer verantwortlich sind.

Zwar leben nur rund 20 % der Erdbevölkerung in den industrialisierten Ländern des Nordens, doch sind diese für rund 80% aller Umweltprobleme verantwortlich.

Es ist daher auch verständlich, wenn viele Organisationen aus den Ländern des Südens der Welt immer wieder von den hohen „ökologischen Schulden“ des Nordens sprechen.

Doch jenseits der Frage nach der „Schuld“ und der Verantwortung einzelner Länder und Personengruppen geht es darum, das bisherige Entwicklungsmodell mit seiner Weltsicht und seinen wirtschaftlichen und sozialen Leitlinien auf seine Auswirkungen zu hinterfragen; denn letztendlich hat die einseitige Ausrichtung auf die Steigerung der wirtschaftlichen Produktion, auf Reichtum und Einkommen diese Probleme verursacht.

Was hat dies alles mit der Welt der Arbeit zu tun?

Viele Umweltprobleme stehen in einem direkten Zusammenhang mit der industriellen Arbeitswelt. Es steht außer Zweifel, daß die Produktion vieler Güter umweltbelastend ist; ebenso deutlich ist die Wechselbeziehung zwischen Lebensstil, Konsumverhalten und Umweltzerstörung.

Noch bis in die siebziger Jahre war man innerhalb der Gewerkschaft der Auffassung, daß der Verbrauch von Umwelt als kleines Übel in Kauf zu nehmen sei, um Arbeitsplätze und damit sozialen Wohlstand zu sichern.

Doch sind die Zeiten längst vorbei, in denen die Nachfrage nach Konsum- und Verbrauchsgütern auch zur Vollbeschäftigung oder zur Sicherung der Arbeitsplätze geführt hat. Eine stärkere Nachfrage nach Autos, Kühlschränken oder sonstigen Gütern bedeutet nicht automatisch eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit.

Und wenn aufgrund gestiegener Nachfrage eine Ausweitung der Produktion erfolgt, werden viele Betriebe in sogenannte Billiglohnländer ausgelagert.

Die internationale Staatengemeinschaft hat erkannt, daß es notwendig wird, von einer eindimensionalen Sicht abzusehen und vernetzte sektorenübergreifende Strategien zu entwickeln.

In „großen“ Weltkonferenzen wurde versucht, gemeinsam eine staatenübergreifende politische Lösung zu finden.

Besonders wichtig sind in diesen Zusammenhang die Konferenzen zum Thema „Umwelt und nachhaltige Entwicklung“ in Rio de Janeiro; sowie die Weltkonferenzen zur Bekämpfung der Armut (Kopenhagen), der Bevölkerungsexplosion (Kairo) und zur Rolle der Frauen (Peking).

Wie können alle Menschen dieser Erde besser leben, ohne die Umwelt zu zerstören und den kommenden Generationen das Recht auf ein gutes Leben zu nehmen? Diese Frage steht nun seit einigen Jahren im Mittelpunkt der internationalen „Entwicklungsdiskussion“. Der Leitspruch von einer „nachhaltigen“ oder „dauerhaften“ Entwicklung wird zum Motto vieler internationaler Konferenzen.

Wieviel Natur muß gespart werden?

Wissenschaftler in verschiedenen Ländern gehen davon aus, daß beispielsweise in Europa der Verbrauch verschiedener Rohstoffe um 80 bis 90% verringert werden muß. Die Stoff- und Energieumsätze müßten im Sinne einer „nachhaltigen Entwicklung“ um den Faktor zehn, d.h. auf ein Zehntel reduziert werden.

Die Studie des „Wuppertal-Institutes“ ⁽²⁾ hat für Deutschland die notwendige Reduktion an Rohstoffen errechnet. Diese mittel- und langfristigen Umweltziele sind im Schaubild 1 zusammengefaßt.

Umweltpolitische Ziele eines zukunftsfähigen Landes

am Beispiel Deutschland

	Umweltindikator	Umweltziel	
	Ressourcenentnahme	Kurzfristig (2010)	langfristig (2050)
Energie	Primärenergieverbrauch	mind. - 30%	mind. -50 %
	fossile Brennstoffe	- 25%	- 80 - 90%
	Kernenergie	-100%	
	erneuerbare Energien	pro Jahr +3 - 5%	
	Energieproduktivität	pro Jahr + 3 %	
Material	nicht erneuerbare Rohstoffe	- 25%	- 80 - 90%
	Materialproduktivität	pro Jahr + 4 - 6%	
Stoffabgabe - Emissionen	CO ₂	- 35%	- 80 - 90%
	SO ₂	-80 - 90%	
	NO _x	-80 - 90% bis 2005	
	NH ₃ (Ammoniak)	- 80 -90%	
	VOC (flüchtige organische Verbindungen)	-80% bis 2005	
	synth. Stickstoffdünger	- 100%	
	Biozide in Landwirtschaft	- 100%	
	Bodenerosion	- 80 -90%	
Fläche	Siedlungs- und Verkehrsfläche	absolute Stabilisierung	jährliche Neubelegung: - 100%
	Landwirtschaft	flächendeckende Umstellung auf ökologischen Landbau	Regionalisierung der Nährstoffkreisläufe
	Waldwirtschaft	flächendeckend naturnah	verstärkte Nutzung heimischer Hölzer

Schaubild 1

⁽²⁾ Bund/Misereor, Zukunftsfähiges Deutschland, Studie des Wuppertal Institutes für Klima, Umwelt, Energie - Birkhäuser Verlag, 1996, S. 80

Die zentrale Frage dreht sich nun um das „WIE“:

Wie kann es gelingen, eine globale absolute Reduktion des Stoff- und Energieverbrauchs zu erzielen und gleichzeitig eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen in allen Ländern der Erde zu erreichen?

Wie kann der nötige gesellschaftliche Konsens in einer Demokratie gefunden werden?

Wenn es bei den UNO-Konferenzen auch vielfach nicht zu den erwarteten konkreten Ergebnissen gekommen ist, so wurde dennoch eines mehr als deutlich: Das bisherige Entwicklungsmodell kann so wie bisher nicht mehr weitergeführt werden, da es zum Kollaps des Planeten Erde führen würde.

Lohnarbeit im Wandel

Arbeitnehmer gehören vielfach zu den sozial schwächeren Gruppen in einer Bevölkerung; aus dieser Warte heraus ist es daher verständlich, daß sie mit Angst und Vorsicht auf diese Themen reagieren. Irgendwie besteht nach wie vor die Illusion, daß diese Probleme eine zeitlich beschränkte und vorübergehende Erscheinung seien.

Doch letztendlich dürfte gerade für die sozial schwächeren Schichten ein öko-sozialer Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft vom größten Interesse sein, denn die derzeitige Entwicklung der Industriegesellschaft verspricht auch den Arbeitnehmern nicht viel Gutes.

Die Transformation des bisherigen Wachstumsmodells hat auch das gewohnte Bild der Lohnarbeit radikal verändert.

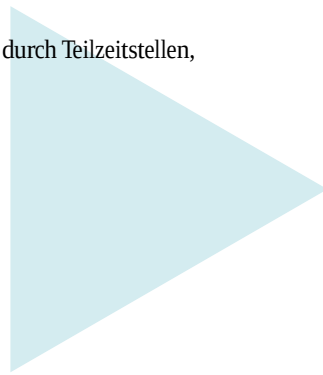
Die Veränderungen betreffen sowohl quantitative Aspekte der Arbeit, - es braucht weniger Lohnarbeit (Die Folge ist Arbeitslosigkeit) - wie auch qualitative Aspekte; es verändern sich die Organisationsmodelle, die Arbeitszeiten, die Anforderungen an die Arbeitnehmer.

Gegenwärtig sind 120 Millionen Menschen weltweit als Arbeitslose registriert, weitere 700 Millionen gelten als unterbeschäftigt. In dem jährlich von UNDP ⁽³⁾ herausgegebenen Bericht zur „Menschlichen Entwicklung“ wurde bereits 1993 festgestellt, daß die Wirtschaft wächst, ohne daß ein Zuwachs an Arbeitsplätzen zu verzeichnen ist („jobless growth“). Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren noch weiter verstärkt: Die fortschreitende Liberalisierung hat zu verschärfter internationaler Konkurrenz und damit zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt.

⁽³⁾ United Nation Development Programm (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)

Einige Stichworte dazu:

- Die Produktion wird in Billiglohnländer ausgelagert;
- gleichzeitig steigt in allen Ländern der Druck auf die Beschäftigten;
- Kinderarbeit nimmt weltweit eher zu als ab, auch in den Industrieländern des Nordens;
- die Fähigkeit zur Selbstversorgung nimmt ab;
- die Abhängigkeit vom Sozialstaat nimmt zu;
- das Pensionsalter rückt in immer weitere Ferne;
- immer weniger Arbeitnehmer erreichen „gesund“ das normale Pensionsalter;
- das durchschnittliche Nettoeinkommen nimmt eher ab als zu; das der Westdeutschen sinkt seit fünf Jahren;
- gleiches gilt für die Lohnabhängigen in den USA; im Jahre 1995 betrugen die Stundenlöhne für vier Fünftel dieser Menschen real elf Prozent weniger als 1973;
- nach den großen Rationalisierungsprozessen, die in den achtziger Jahren Millionen von Arbeitsplätzen in der Industrie vernichtet haben, ist jetzt der Dienstleistungsbereich von diesem Abbau betroffen;
- die verlorenen soliden Arbeitsplätze werden nur zum Teil durch Teilzeitstellen, Zeitarbeit auf Abruf und Niedriglohnjobs ersetzt.

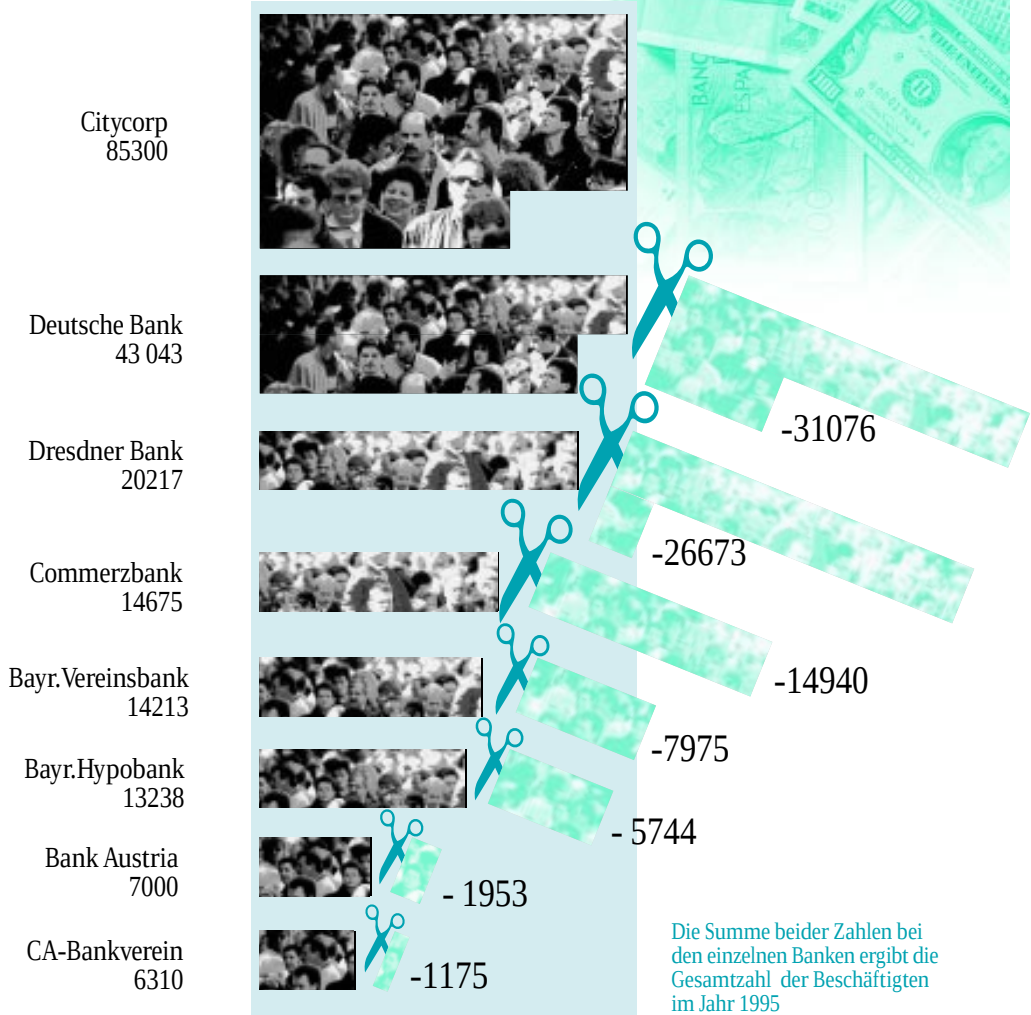


Der große Kahlschlag - Drohende Jobverluste bei wichtigen Dienstleistern ⁽⁴⁾

Schavbild 2

Banken

Überzählige Beschäftigte im In- und Ausland bei deutschen und österreichischen Finanzkonzernen gemessen an der Produktivität der amerikanischen Großbank Citicorp im Jahr 1995 (Betriebsergebnis pro Mitarbeiter = 68.769 US-Dollar)



Lesebeispiel: Wenn die Deutsche Bank so effizient arbeitet wie Citicorp, dann werden bei gleichbleibendem Gewinn 31076 weniger Angestellte benötigt, als im Jahr 1995 bei Deutschlands größtem Geldinstitut beschäftigt waren.

⁽⁴⁾ Aus Martin/Schumann: „Die Globalisierungsfalle“, S. 148

Telekom

Überzählige Beschäftigte bei europäischen Telekomunternehmen gemessen an der Produktivität der US-Telefongesellschaft Pacific Telesis im Jahr 1994 (296 Hauptanschlüsse pro Mitarbeiter)

Pacific Telesis/USA
51600

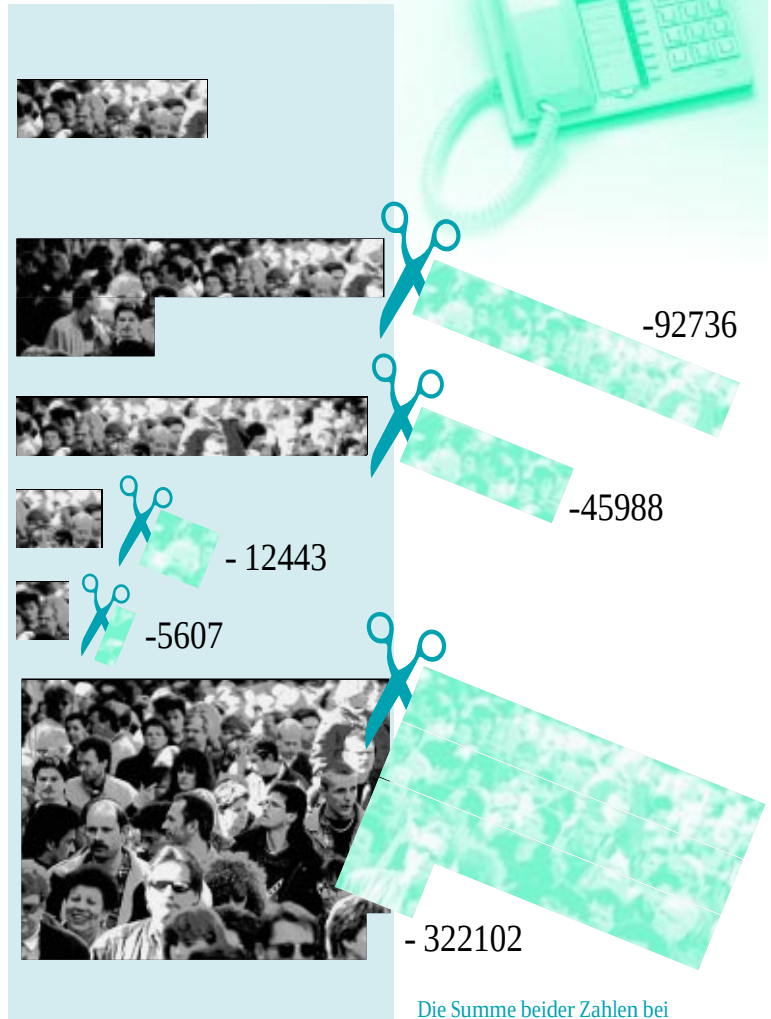
Deutsche Telekom
132264

British Telecom
91512

Telia/Schweden
20150

PTT Austria
12433

EU
(Stand 1995)
597498



Quelle: Martin/Schumann: „Die Globalisierungsfalle“

Die Summe beider Zahlen bei den einzelnen Firmen ergibt die Gesamtzahl der Beschäftigten im Jahr 1994

Einige Fachleute sprechen von einer „Globalisierungsfalle“: Um die derzeit produzierten Güter und Dienstleistungen zu erzeugen, werden in Zukunft nur mehr rund 20% der derzeitigen Anzahl von Lohnabhängigen notwendig sein, schreiben die Wirtschaftsjournalisten Hans Peter Martin und Harald Schumann in ihrem Bestseller.

Tatsache ist, daß mit immer weniger menschlicher Lohnarbeit mehr Produkte produziert werden (Produktivitätszuwachs); gleichzeitig werden immer mehr Produkte in Billiglohnländern (Osteuropa, Asien) hergestellt und zu den Verbrauchern in die Industrieländer exportiert.

Gäbe es eine „Energiesteuer“ auf den Langstrecken-transport von Waren und eine Besteuerung der spekulativen Finanztransaktionen auf internationaler Ebene, würde die Entwicklung einen anderen Verlauf nehmen. Derzeit sind die politischen Voraussetzungen dafür aber noch nicht gegeben.

Die „Globalisierungsfalle“ vernichtet Arbeit und Umwelt

Im Produktionsprozeß werden viele natürliche Ressourcen vernichtet; durch den Verbrauch von fossiler Energie für die Produktion und vor allem für die Transporte der Waren wird das Klimagleichgewicht gefährdet. Im globalen Wettbewerb passen sich die sozialen Bedingungen „nach unten“ an, da die demokratischen Regulierungssysteme unzulänglich sind (in den einzelnen Staaten wie auch auf der Ebene der internationalen Staatengemeinschaften sind die Interessen der Wirtschaftslobbies übermächtig) und es keine „Kostenwahrheit“ für den Transport der Waren gibt.

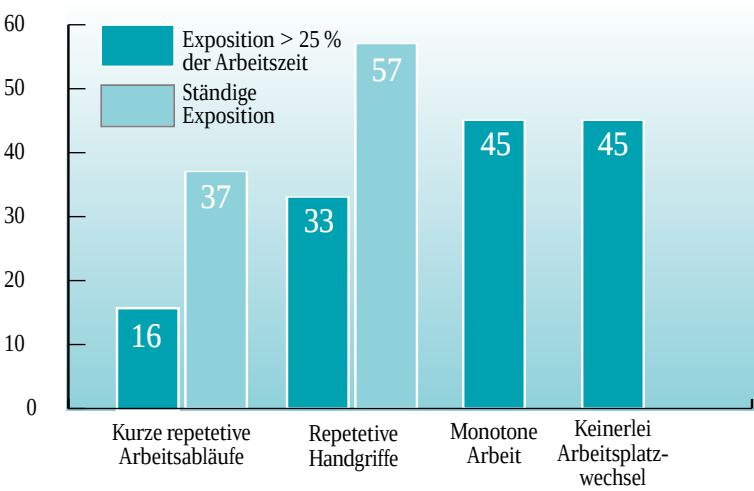
Letztendlich geraten die Arbeitnehmer durch die „Globalisierung der Wirtschaft“ in eine doppelte Falle: Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich im allgemeinen (weniger Lohn und mehr Streß) und gleichzeitig verschlechtern sich die finanziellen Bedingungen für den Sozialstaat; d.h. es stehen weniger Mittel für sozialstaatliche Unterstützung zur Verfügung.

Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang die Daten einer Studie, die 1996 europaweit von der „Dubliner Stiftung“⁽⁵⁾ durchgeführt worden ist:

- Der Arbeitsdruck wird immer stärker; die Arbeitsrhythmen und die Geschwindigkeit im Produktionsprozeß nehmen zu;
- nach wie vor muß ein Großteil der Arbeitnehmer monotone und abstumpfende Arbeit verrichten;
- der Arbeitsdruck wird zunehmend von externen Faktoren bestimmt; nicht mehr die Maschinen allein, sondern die Kundennachfrage bestimmen die Arbeitsrhythmen;
- eine große Anzahl von Arbeitnehmern hat am Arbeitsplatz mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen; vor allem mit Rückenschmerzen und Streß.

⁽⁵⁾„Europäische Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ mit Sitz in Dublin; näheres dazu im Kapitel 3.

Arbeitnehmer mit repetitiven Arbeitsabläufen im Jahre 1996 - Angaben in %

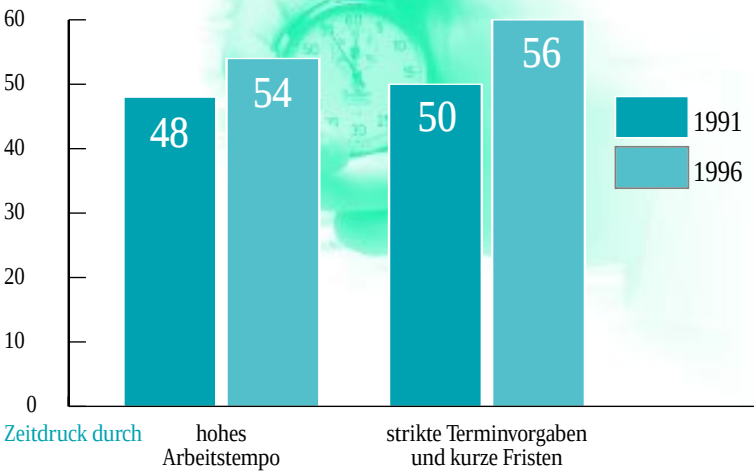


Auf der anderen Seite haben wir in Europa noch rund 20 Millionen Arbeitslose! Dieser Widerspruch spricht Bände: Einerseits gibt es immer mehr Druck auf die Beschäftigten, andererseits steigt die Anzahl jener Menschen, die keine Arbeit finden. Dies ist eine typische Erscheinung für die tiefe Krise des Modells der Wachstumsgesellschaft.

Schavbild 4

Zunahme des Zeitdrucks zwischen 1991 und 1996

Unter Zeitdruck stehende Arbeitnehmer in %



Schavbild 5

Quelle: Dubliner Stiftung

„Eine Entwicklung kann unter sozialen Aspekten nur dann zukunftsverträglich sein, wenn die mit ihr verbundenen Transformationen von der Gesellschaft hingenommen werden. Das erfordert, daß die Bürger politische Entscheidungsprozesse auch nachvollziehen können (...) und nicht mit Wahlenthaltung, mit der Flucht zu radikalen Parteien reagieren. Hier liegt eine Nagelprobe der Demokratie. (...) Soweit es zu Wohlstandsverlusten kommt, setzt eine zukunftsverträgliche Entwicklung nicht nur eine ausreichende soziale Sicherheit voraus, sondern auch lernfähige und lernbereite Bürger, die notfalls bereit sind, solche Verluste im eigenen, längerfristigen Interesse oder im Interesse anderer Menschen hinzunehmen.“

(Bernd Heins, Leiter der Abteilung Umweltschutz, IG-Chemie)

Von den globalen Krisenerscheinungen werden die Arbeitnehmer gleich dreifach getroffen: in der Produktion, im Konsum, als Bürger.

Daher wird in den Zielsetzungen der internationalen Konferenzen zur zukünftigen Entwicklung immer wieder von der Notwendigkeit einer „öko-sozialen Wende“ gesprochen.

Zu den ökologischen Zielen einer nachhaltigen Gesellschaft kommen die sozialen Ziele wie z.B.: soziale Grundsicherung, Partizipation, kulturelle Identität, Lebensqualität, Rechtssicherheit, soziale Mobilität.

Warum soll ein Unternehmen einem amerikanischen Physiker 75.000 \$ pro Jahr bezahlen, wenn ein russischer Nobelpreisträger für 1.000 \$ zu haben ist?“

(Lester Thurow)

Welche Auswege aus der Krise?

Die internationale Staatengemeinschaft hat diese Vernetzung vor allem im Rahmen der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro klar und deutlich anerkannt. In der „Agenda 21“ wird die Bedeutung der gewerkschaftlichen Aktion besonders unterstrichen.

„Die Arbeiter gehören zu den am meisten Betroffenen, wenn es um Veränderungen zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung geht.“
(„Agenda 21“)

Der „Erdgipfel 1992“, die bisher größte Umweltkonferenz der Vereinten Nationen, hatte das Ziel, Strategien zu erarbeiten, um weltweit zu einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Entwicklung zu kommen. In der Agenda 21⁽⁶⁾ wurden unter anderem die Schwerpunkte für den Bereich Arbeit und Wirtschaft festgelegt.

Dabei wird auch die enge Verbindung unterstrichen, die es zwischen den Themen Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Arbeitsumwelt und natürliche Umwelt, Mitbeteiligung und ökologische Weiterbildung zu einem neuen Lebensstil gibt. Gleichzeitig wird aber auch betont, wie wichtig es in diesem Zusammenhang ist, die ge-

⁽⁶⁾ „Agenda 21“- Ein von der internationalen Staatengemeinschaft ausgearbeiteter Plan für eine „nachhaltige Entwicklung“, darin werden politische Maßnahmen und Programme für ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Konsum, Bevölkerung und Lebenserhaltungskapazität der Erde vorgeschlagen.

Die „Agenda 21“ wurde von Italien im Jahre 1993 ratifiziert (Delibera CIPE 28.12.93)

Kapitel 29 setzt sich mit der Rolle der Gewerkschaften auseinander; Kapitel 30 spricht von der Rolle der Privatwirtschaft.

Im Kapitel 28 werden die Kommunalverwaltungen dazu aufgefordert, in einen Dialog mit ihren Bürgern, mit den Wirtschaftsverbänden, aber auch mit den Gewerkschaftsorganisationen zu treten, um eine „kommunale Agenda 21“ auszuarbeiten. Ziel ist es, auch auf Gemeindeebene die Leitlinien für eine nachhaltige Entwicklungspolitik festzulegen.

werkschaftlichen Mitspracherechte auszubauen. In Anbetracht der Wichtigkeit des Kapitels 29 dieser international ratifizierten Agenda 21 wird eine ausführliche Zusammenfassung wiedergegeben:

„Die Arbeitnehmer gehören zu den am meisten Betroffenen, wenn es um die Änderungen zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung geht. Die Gewerkschaften, die große Erfahrungen mit Änderungen in der Industrie und in der Arbeitswelt haben, spielen bei einer nachhaltigen Entwicklung eine besondere Rolle.

Regierungen, Handel und Industrie sollten die aktive und informierte Beteiligung der Arbeitnehmer und Gewerkschaften an der Ausarbeitung und Umsetzung von Umwelt- und Entwicklungsstrategien auf nationaler und internationaler Ebene unterstützen.

Ziel ist die Vollbeschäftigung, die zu einem angemessenen Lebensunterhalt in einem sicheren, sauberen und gesunden Arbeitsumfeld beiträgt.

Es müssen Arbeitsgruppen zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierungsvertretern gebildet werden, die sich mit Sicherheits-, Gesundheits- und Umweltbewußtsein und mit einer nachhaltigen Entwicklung befassen.

Gewerkschaften und Arbeitgeber sollten eine gemeinsame Umweltpolitik erarbeiten und auch in den Kollektivverträgen Prioritäten setzen, um die Arbeitsumwelt und Umweltleistung ganz allgemein zu verbessern.

Die Arbeitnehmer brauchen eine bessere Aus- und Weiterbildung, was den Bereich der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz betrifft; aber auch eine Weiterbildung zum Erlernen der Fähigkeit zu einem umweltgerechten Lebensunterhalt und Lebensstil.

Vorbedingung für eine aktive Beteiligung der Arbeitnehmer an der Unterstützung von Maßnahmen zu einer nachhaltigen Entwicklung ist die Garantie der grundlegenden Gewerkschaftsrechte durch Regierung und Arbeitgeber: das Recht auf Vereinigungsfreiheit und der Schutz des Koalitionsrechtes.“

(Agenda 21).

Konkret wird unter anderem vorgeschlagen, daß bis zum Jahre 2000 folgende Ziele erreicht werden sollen:

- Erhöhung der Zahl umweltschutzbezogener Tarifverträge mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung;
- Erweiterung der industriellen Beziehungen (Gewerkschaften, Unternehmer und Regierungen) in den Bereichen Sicherheit, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung;
- Reduzierung von Arbeitsunfällen, berufsbedingten Verletzungen und Berufskrankheiten nach anerkannten statistischen Berichtsverfahren;
- Erhöhung des Angebots an Aus- und Fortbildungs- sowie Umschulungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer, insbesondere im Bereich Arbeits- und Umweltschutz.

Doch nicht nur die Gewerkschaften sind dazu aufgefordert, neue Schwerpunkte zu setzen: Auch das Unternehmertum wird zu einem verantwortungsbewußten Handeln eingeladen.

Die Unternehmer sollen:

- die Ressourcen effizienter nutzen,
- die Abfallmenge verringern,
- Verfahren und Technologien entwickeln, die die menschliche Gesundheit und die Qualität der Umwelt erhalten.

Weiters wird gefordert, daß der Preis von Waren und Dienstleistungen verstärkt die Umweltkosten von Produktion, Verbrauch, Recycling und Entsorgen widerspiegeln soll.

Die Unternehmer werden außerdem dazu aufgefordert, unter Einbeziehung der Beschäftigten Umweltbetriebsprüfungen (Öko-Audits) vorzunehmen und der Öffentlichkeit jährlich Rechenschaft über ihr Umweltverhalten und über ihren Verbrauch von Energie und natürlichen Ressourcen zu geben.

Auch sollen sie ausländischen Tochterbetrieben in Entwicklungsländern umweltgerechte Technologien zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stellen.

Mit der konkreten Umsetzung dieser Zielsetzungen der „Agenda 21“ ist man weltweit in Verzug; trotzdem darf diese Entwicklung nicht unterschätzt werden. Über kurz oder lang wird sich die Wirtschaft auch im Eigeninteresse diesen Prozessen anpassen müssen und dementsprechend wird es auch Auswirkungen auf die Arbeitswelt geben.

Es liegt unter anderem auch an den Gewerkschaftsorganisationen, auf eine Umsetzung dieser Grundsätze zu drängen. Wie im Kapitel 4 deutlich wird, haben einige Gewerkschaften dies schon mit Erfolg gemacht.



2. Und es bewegt sich doch:

Wie sich Politik und Wirtschaft verändert haben

Einige Beispiele sollen deutlich machen, daß die zukünftige Entwicklung nicht an einer „Ökologisierung“ der Wirtschaft vorbei führen wird. Es bleibt sicherlich die Frage offen, ob die Politik „schnell genug“ reagiert, ob nicht all die getroffenen Maßnahmen zu wenig Tiefenwirkung haben, ob die drohende Klimaveränderung noch aufzuhalten ist.

Doch eines ist sicher: Aufgrund des gestiegenen Umweltbewußtseins in der Bevölkerung hat die Politik reagieren müssen und demzufolge wird sich auch in Wirtschaft, Produktion und Konsum einiges verändern.

Beispiel 1:

„Weltklimagipfel“ in Kyoto (1997)

Erstmals ist es auf dem „Klimagipfel“ in der japanischen Metropole Kyoto zur Annahme verpflichtender Reduktionswerte gekommen, die auch direkte Auswirkungen auf die Energiepolitik in den einzelnen Ländern haben wird.

Italien hat sich beispielsweise zu einer Reduktion der Treibhausgase um 7% verpflichtet. Das CIPE (Comitato interministeriale per la programmazione economica) hatte schon vor der Kyoto-Konferenz ein Maßnahmenpaket in der Höhe von 91.000 Milliarden Lire bis zum Jahre 2010 vorgesehen: Maßnahmen zur Förderung alternativer Energiequellen und Energieeinsparungen in verschiedenen Bereichen (z.B. Entwicklung neuer Autos mit geringerem Treibstoffverbrauch, energiesparsame Haushaltsgeräte, umweltgerechte Abfallentsorgung).

Beispiel 2:

„Zukunftsfähiges Amerika“ (Sustainable America)

Es handelt sich dabei um eine Studie im Auftrag des amerikanischen Präsidenten zu einer neuen ökologischen Entwicklung in den USA.

In dieser Studie, ausgearbeitet von Mitgliedern des Kabinetts und von Führungskräften aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, sollten die Leitlinien zu „einem neuen Konsens für Wohlergehen und Chancen für eine gesunde Umwelt für die Zukunft“ ausgearbeitet werden.

Die Widersprüche sind evident: Einerseits gehörten die USA beim Klimagipfel in Kyoto zu den „Bremsern“, aufgrund des starken politischen Druckes der Erdöllobbies; andererseits sind sie in vielen Fragen des Umweltrechtes (z.B. in der Durchsetzung des Verursacherprinzips, d.h. im Klartext: wer verschmutzt, bezahlt für den entstandenen Schaden) den Europäern weit voraus. Auf einige der „Politikempfehlungen“ dieser Studie wird im Abschnitt 4 näher eingegangen.

Beispiel 3:

Umweltpolitik in der Europäischen Union

Die Umweltthematik hat in den letzten Jahren in Europa einen starken Stellenwert erhalten. Zwar sind auch hier nach wie vor noch viele Widersprüche und Konflikte spürbar, doch haben diese Neuerungen wohl auf kurz oder lang auf alle Länder große Auswirkungen.

Die Grundsätze der europäischen Umweltpolitik:

- explizite Verankerung der umweltpolitischen Zielsetzungen der EG im erweiterten EG-Vertrag von 1986:

„Die Umweltpolitik der Gemeinschaft

trägt zur Verfolgung der nachstehenden Ziele bei:

- Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Verbesserung ihrer Qualität;
- Schutz der menschlichen Gesundheit;
umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen;
- Förderung von Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Bewältigung regionaler und globaler Umweltprobleme“. (Art. 130r-t)

Festgelegt werden außerdem die folgenden Grundsätze:

- die Umweltpolitik zielt auf ein hohes Schutzniveau ab;
- sie beruht auf Vorsorge und Vorbeugung (d.h. der Planung wird eine wichtige Rolle eingeräumt);
- es wird das Verursacherprinzip eingeführt (d.h. grundsätzlich muß der Verursacher von Umweltbelastungen die Kosten der Vermeidung und Beseitigung tragen);
- bei der Festlegung und Durchführung anderer politischer Maßnahmen müssen die Erfordernisse des Umweltschutzes einbezogen werden;
- die Transparenz und die breite Beteiligung der Öffentlichkeit wird zu einem wichtigen Merkmal.

Ein weiterer wichtiger Grundsatzartikel sieht vor:

„Die Mitgliedstaaten bemühen sich, die Verbesserung insbesondere der Arbeitsumwelt zu fördern, um die Sicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmer zu schützen, und setzen sich die Harmonisierung der in diesem Bereich bestehenden Bedingungen bei gleichzeitigem Fortschritt zum Ziel.“ (Art. 118a)

Der Begriff „Arbeitsumwelt“ umfaßt dabei auch ausdrücklich die Gestaltung des Arbeitsplatzes, die Arbeitsorganisation und den Einsatz von Arbeitsmitteln und -stoffen. Die herkömmliche Trennung zwischen Arbeits- und Umweltschutz wird aufgehoben.

In Folge dieser neuen Grundsatzbestimmung wurden verschiedene Aktionsprogramme und Absichtserklärungen verabschiedet; so z.B. das „Weißbuch der Europäischen Kommission“ (1994) und das 5. Programm (1993).

Eine wesentliche Neuerung dabei ist, daß die EG nicht mehr vorrangig auf Ge- und Verbote baut, sondern die gesellschaftlichen Akteure Sozialpartner, Öffentlichkeit, Konsumenten und Behörden zu einer aktiven „vorbeugenden“ Teilnahme motivieren will. Dies stärkt sicherlich auch die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften.

Einladung zur aktiven Beteiligung:

„Bisher basierte der Umweltschutz im wesentlichen auf dem Erlaß von Rechtsvorschriften (...). Die neue Strategie (...) hat die Einbeziehung aller Wirtschaftsbeteiligten und Sozialpartner zur Grundlage.“

(Aus dem Aktionsprogramm der EG)

In der Durchführung dieser Prinzipien werden vermehrt und gezielt auch wirtschaftspolitische Instrumente eingesetzt; so z.B. der gezielte Einsatz von wirtschaftlichen Anreizsystemen und Fördermitteln und (noch in Diskussion) die Einführung von umweltpolitisch relevanten Steuern.

Vor allem werden die Betriebe durch einen stärkeren Druck „von außen“ zu umweltfreundlicherem Verhalten gedrängt. Im Zuge der Durchsetzung der neuen EG-Politik verstärkt sich der Druck des Marktes und der Öffentlichkeit.

Bewußte und informierte Verbraucher werden eine wichtige Rolle spielen, dasselbe gilt für unabhängige und aufmerksame Medien.

Organisierte Informations- und Boykottkampagnen haben schon in den vergangenen Jahren große Erfolge erzielen können: Einige Betriebe, die grobe Vergehen gegen die Umwelt bzw. gegen die Menschenrechte begangen hatten, wurden zu einem Umdenken gezwungen. So z.B. durch die Kampagnen gegen die Ölgesellschaften Shell und Texaco (Ölverschmutzung in der Nordsee und im Amazonasgebiet) oder gegen den italienischen Konzern Chicco/Artsana (Entschädigungszahlungen an die Familienangehörigen der Brandopfer in einer chinesischen Produktionsstätte).

Was bedeutet der Begriff „Zivilgesellschaft“?

„Die Zivilgesellschaft ist, gemeinsam mit dem Staat und der Wirtschaft, eine der drei Bereiche, die in der Bildung demokratischer Gesellschaften zusammenwirken. Die Zivilgesellschaft ist der Wirkungsbereich, in dem sich soziale Bewegungen organisieren können. Die Organisationen der Zivilgesellschaft, die viele unterschiedliche und manchmal auch gegensätzliche soziale Interessen vertreten, sind gut geeignet, ihre gesellschaftliche Basis mit thematischer Orientierung (z.B. Umwelt, Menschenrechte) und Handlungsmodellen zu versorgen. Die Zivilgesellschaft umfaßt kirchliche Gruppierungen, Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugendorganisationen und viele andere Einrichtungen (...)“ Quelle: UNDP (New York 1993)

Viel Geld für Umweltvorhaben...

174 Milliarden ECU sollen in große Umweltvorhaben bis zum Jahre 2000 investiert werden, schätzt die EU-Kommission. Das Gesamtvolumen des Weltmarktes für umweltschutzspezifische Produkte und Dienstleistungen wird im Jahre 1994 auf 190 Mrd. ECU geschätzt, mit einem erwarteten Anstieg auf 270 Mrd. im Jahre 2000.

Diese Schätzungen decken sich im großen und ganzen mit jenen der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung); auch diese betrachtet den Bereich der „Umweltindustrie“ als Zugpferd für die zukünftige Entwicklung. Der globale Umsatz wird auf etwa 200 Milliarden Dollar geschätzt und bis zum Jahre 2000 wird ein Wachstum von 50% vorausgesehen.

Die EU-Kommission sieht daher in einer verstärkten ökologischen Ausrichtung der Wirtschaft die Voraussetzung für eine Wiederankurbelung des Wachstums und eine Sicherung der Beschäftigungslage.

„Zuckerbrot und Peitsche“

Für die Unternehmen ergibt sich eine stärkere Notwendigkeit zum Umweltschutz aufgrund der finanziellen Anreize einer neu konzipierten Förderungspolitik (ein „Zuckerbrot“ der EU) auf der einen Seite und dem Druck schärferer Gesetze, des Marktes und der Öffentlichkeit auf der anderen Seite.

Für die Gewerkschaften ergeben sich dadurch wichtige Handlungsmöglichkeiten: stärkere Kontrollmöglichkeiten, mehr Mitbestimmung, enge Verbindung zwischen Arbeits- und Umweltschutz. Daraus erwachsen auch neue Aktionsmöglichkeiten in Verbindung mit Bürgerkomitees, Verbraucherorganisationen und Umweltgruppen.

Die politische Arbeit innerhalb der sogenannten „Zivilgesellschaft“ wird für die Gewerkschaftstätigkeit eine zunehmend wichtige Rolle spielen.

Auf die Wichtigkeit des gewerkschaftlichen Handlungsfeldes im Rahmen der „Zivilgesellschaft“ wird im Abschnitt 4 noch ausführlich eingegangen

Die Forderung nach einer „umweltfreundlichen Entwicklung“ soll nach Meinung der EU-Kommission vor allem durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Förderung der Ökoindustrie
- Entwicklung einer „sauberen“ Technologie
- längere Produktnutzungsdauer
- mehr Wiederverwendung und Wiederverwertung
- integrierter Umweltschutz und Abfallvermeidung
- Verbesserung der umweltbezogenen Information und Bildung
- Ausbau der Nachbarschaftsdienste im sozialen Bereich
- Verbesserung der Lebensqualität in den Städten durch Renovierung der Stadtviertel und Verbesserung des örtlichen und umweltgerechten Nahverkehrs
- Umweltschutzmaßnahmen durch Erhaltung von Naturschutzgebieten, Wasseraufbereitung, Energieeinsparung und Kontrolle der Einhaltung von Qualitätsnormen.

Die Folgen eines ökologischen Strukturwandels auf die Betriebe

Welches sind nun die möglichen Folgen eines ökologischen Strukturwandels und der Integration der Umweltkosten in die Kostenrechnung der Betriebe?

Manche Produktionszweige werden sicherlich zu den „Gewinnern“ zählen; in anderen wird die ökologische Umgestaltung einige Probleme verursachen. Auch in solchen Bereichen entstehen für die Gewerkschaften wichtige Aufgaben. Sie müssen dafür sorgen, daß der Strukturwandel nach den Kriterien sozialer Gerechtigkeit erfolgt und daß nicht die sozial schwächeren Gruppen die Kosten tragen müssen.

„Wir haben heute in der Gemeinschaft ein Entwicklungsmodell (...), das gekennzeichnet ist durch eine ungenügende Nutzung der Arbeitsressourcen und eine übermäßige Nutzung natürlicher Ressourcen. Dies führt zu einer Verschlechterung der Lebensqualität. Die Gemeinschaft muß untersuchen, auf welche Weise ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gefördert werden kann, das zu einer stärkeren Arbeitsintensität bei gleichzeitig niedrigerem Verbrauch an Energie und natürlichen Ressourcen beiträgt“

Auszüge aus dem „Weißbuch“ der Europäischen Kommission zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung (1994)

Für die Gewerkschaften entstehen neue Herausforderungen auf betrieblicher Ebene:

„Effektiver Umweltschutz beginnt im Betrieb. Es geht darum, durch offensive Umweltschutzmaßnahmen Wettbewerbsvorteile zu nutzen. In der Vergangenheit wurden in der Produktion vor allem nachgelagerte (end of the pipe) Umweltschutzmaßnahmen getroffen, z.B. durch den Einbau von Filtern oder Kläranlagen. Bei der neuen Generation von Umweltschutzmaßnahmen geht es um eine Integration umweltbezogener Überlegungen in den gesamten Lebenszyklus von Produktion und Produkten. Integrierter Umweltschutz bedeutet folglich:

Schließung betrieblicher bzw. regionaler Stoffkreisläufe; Vermeidung und Ersatz von Schadstoffen; Umorientierung auf langlebigere Produkte. Wartung und Reparatur als Dienstleistung kann an die Stelle kurzlebiger Produkte treten. So kann z.B. ein Personal Computer so konzipiert werden, daß das Gerät nicht jeweils zur Gänze ausgetauscht, sondern von der Herstellerfirma in einem Dienstleistungspaket laufend nachgerüstet wird. Design und Material des PC können aufgrund der Langlebigkeit entsprechend hochwertig sein.“ (Evelyn Blau, Umweltreferentin GPA)

Gefragt sind mehr Kreativität und Phantasie für eine technische Innovation und für den sparsamen und sinnvollen Einsatz von Energie und Material („Effizienzrevolution“); gleichzeitig aber auch ein neues Gespür für das „rechte“ Maß in der Entwicklung, ein Mehr an Genügsamkeit („Suffizienzrevolution“) und, damit verbunden, die Suche nach neuen Wertmustern für ein besseres Leben. Beides kann und muß sich gegenseitig ergänzen.

Integrierter Umweltschutz ist letztendlich auch ein Beitrag zum Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz; gleichzeitig wird dadurch auch eine langfristige Sicherung der Arbeitsplätze erreicht.

In den kommenden Jahren sind weiterhin große Veränderungen zu erwarten; die soziale und ökologische Krise erfordert auch seitens der Gewerkschaften einen Kurswechsel und eine neue Schwerpunktsetzung. Dabei müssen die verschiedenen Wechselbeziehungen in einem dynamischen interaktiven Prozeß berücksichtigt werden: Von den veränderten Konsumgewohnheiten der Personen ergeben sich auch Reaktionen auf dem Markt... neue Gesetze durch die Politik ... höhere Umweltauflagen... veränderte Szenarien...veränderte Rahmenbedingungen für neue Lebensstile.

In diesem Prozeß spielt das Verhalten eines jeden Menschen in seiner Arbeits- und Lebenswelt eine große Rolle.



3. Die Rolle der Gewerkschaften in der öko-sozialen Wende

"Alle Arbeitnehmer sollten sich über die globalen Klimaveränderungen Gedanken machen, über die allmähliche Zerstörung der Ozonschicht, über den sauren Regen und das Waldsterben. Die wichtigsten Ursachen sind der steigende Energieverbrauch, der ungebremste Zuwachs bei Transport und Verkehr, die ständig wachsende Müllproduktion, der giftige und nicht wiederverwertbare Abfall. All diese Entwicklungen lassen sich auf Herstellungsprozesse zurückführen, auf die Arbeitswelt, und fallen somit in den Einflußbereich der Gewerkschaften."

(22. Weltkongreß der FIET, des internationalen Dachverbandes der Angestelltengewerkschaften, 1991)

In den siebziger Jahren wäre eine solche Sicht der Gewerkschaften noch ungewöhnlich gewesen. Damals sah man im Umweltschutz vor allem eine Gefahr für die Arbeitsplätze.

Doch innerhalb der Gewerkschaften hat sich einiges getan. Ähnlich dem oben zitierten Beschluß des FIET-Kongresses klingen auch viele andere Kongreßbeschlüsse. Gefordert wird ein "nachhaltiges Wirtschaften" unter Berücksichtigung der sozialen Interessen der Arbeitnehmer und der sozial schwachen Bevölkerung.

Heute ist man in der Gewerkschaftsbewegung weitgehend der Meinung, daß Umweltschutz vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue schaffen kann. Die enge Verbindung zwischen der Sicherheit am Arbeitsplatz und dem Gesundheits- und Umweltschutz wird immer wieder betont. Viele Schadstoffe gefährden die Gesundheit am Arbeitsplatz und sind gleichzeitig auch für die Umweltzerstörung verantwortlich.

In vielen Ländern fordern die Gewerkschaften eine Erweiterung der Arbeitnehmerrechte in Umweltfragen.

Verlierer und Gewinner

Sicherlich gibt es nach wie vor Konflikte innerhalb der Gewerkschaften, da die ökologische Strukturpolitik manchen Kategorien auch Probleme bringt, so z.B. in der Automobilindustrie und in der Produktion fossiler Energiestoffe.

Dennoch können auch Gegner und Skeptiker nicht die Tatsache verkennen, daß die globalen Veränderungsprozesse im ökologischen und sozialen Bereich tiefgreifende Auswirkungen auf die Lohnarbeit haben werden. Eine “Vogel-Strauß-Politik” des Abwartens bringt in diesem Zusammenhang nicht viel, im Gegenteil: Sie schließt Arbeitnehmer und Gewerkschaften von den Möglichkeiten aus, aktiv die Veränderungen in Betrieb und Gesellschaft mitzugestalten.

Beschäftigte und Gewerkschafter sind aus verschiedenen Gründen daran interessiert, eine ökologische Umgestaltung der Betriebe zu fordern und daran mitzuarbeiten:

- “umweltfreundliche” Betriebe bieten bessere Chancen für die langfristige Sicherheit der Arbeitsplätze;
- die Vermeidung bzw. die Reduzierung der Schadstoffe im Produktionssektor und in den Dienstleistungen verbessern auch die Arbeitsbedingungen der beschäftigten Arbeitnehmer;
- außerdem sind auch die Arbeitnehmer Nutznießer einer verbesserten Umweltqualität außerhalb der Erwerbsarbeit.

Im folgenden Kapitel wird ausführlich auf die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz und auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene eingegangen.

“Umweltbeauftragte” in vielen Gewerkschaften Europas

Am Arbeitsplatz können Gewerkschaften auf eine saubere und gesunde Produktion und auf Energiesparmaßnahmen drängen. Auf kommunaler und regionaler Ebene können sie in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Behörden umweltverträgliche Verkehrskonzepte und ganz allgemein Leitlinien für einen ökologischen Wohlstand erarbeiten. Auf nationaler und internationaler Ebene kommt ihnen eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung eines wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmens für eine nachhaltige Entwicklungspolitik zu.

In vielen Gewerkschaften gibt es inzwischen eigene Abteilungen, die sich mit “Umweltpolitik” beschäftigen. Auch die internationalen Berufssekretariate haben Fachleute ausgebildet, die in den verschiedenen europäischen Kommissionen wichtige Lobbyarbeit in Richtung einer öko-sozialen Entwicklung leisten. Im Anhang sind viele Adressen von Bezugspersonen aus verschiedenen Sektoren und Ländern angegeben. Diese sind gerne zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch bereit.

Die Gewerkschaften spielen auch in mehreren Forschungseinrichtungen der EU eine wichtige Rolle. Zwei dieser “Stiftungen”, die für unser Thema eine besondere Bedeutung haben, sollen hier kurz vorgestellt werden.

Die Europäische Agentur für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Diese relativ junge Einrichtung der Europäischen Kommission - sie wurde erst 1995 gegründet - hat ihren Sitz in Bilbao (Spanien). Ähnlich wie bei der "Dubliner Stiftung" sind ihre Leitungsgremien zusammengesetzt aus Vertretern der Europäischen Kommission, der einzelnen Regierungen, der Arbeitnehmer und der Gewerkschaftsorganisationen der 15 EU-Länder.

Zu ihren Zielen gehört es, "allen beteiligten Staaten und interessierten Einrichtungen technische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Informationen zu vermitteln, die den Bereich der Arbeitssicherheit und Gesundheit betreffen, mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen zu verbessern."

Auf der einen Seite geht es in der Europäischen Agentur darum, den Informationsaustausch anzuregen, um die bestmöglichen Lösungen für gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten; dazu sollen auch Forschungs- und Weiterbildungsprogramme angeregt und durchgeführt werden. Andererseits bietet die Agentur durch ihre Datenbank ein wichtiges Instrument für die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb.

Für Italien ist das ISPESL (Istituto superiore per la prevenzione e la sicurezza del lavoro) der Knotenpunkt zur Sammlung und Verteilung der Daten.

Tel. 06/44250648, Fax: 44250972.

Der direkte Zugang zu den Informationen der Agentur in Bilbao wird über Internet gesichert.

Die "Dubliner Stiftung"

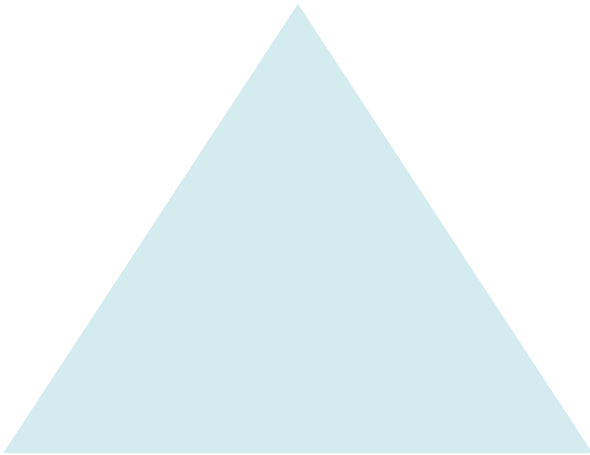
Eine europäische Einrichtung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Die "Dubliner Stiftung" ist vom Ministerrat der EWG schon 1975 eingesetzt worden, mit dem Ziel der Studien-, Forschungs- und Beratungstätigkeit zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

Die Gremien der Stiftung sind paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der EG, der einzelnen Regierungen, der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände. Diese Zusammensetzung ermöglicht eine "interessensübergreifende" Forschungstätigkeit und sichert auch eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der vorgelegten Handlungsvorschläge.

Die wichtigsten Themen der “Dubliner Stiftung” betreffen die Erforschung neuer Arbeitsmöglichkeiten (neue Berufe, Arbeitszeit, Arbeitsorganisation); die Gleichstellung Frau - Mann am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft; die Fragen einer nachhaltigen Entwicklungspolitik (vom Produktionsbereich bis zum Konsumentenverhalten); die soziale Kohäsion (stärkere Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte in das demokratische Leben einer Gemeinschaft, Ausweitung der Bürgerrechte) und schließlich das Thema der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der Gesellschaft. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Errichtung einer Datenbank zur Entwicklung der industriellen Beziehungen in den einzelnen Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen steht im Mittelpunkt des Programmes der Stiftung. Dabei geht man seit Beginn der 90er Jahre immer mehr von einem ganzheitlichen Ansatz aus: von der engen Verbindung, die zwischen dem arbeitsplatzinternen Gesundheitsschutz und den externen Lebensbedingungen bestehen. Von der Produktionsplanung bis zum Konsumenten werden alle Risikofaktoren beleuchtet und vernetzte Lösungsansätze zu einer nachhaltigen Wirtschaft ausgearbeitet. Dadurch wird die Tätigkeit der Stiftung für all jene Gruppen und Personen interessant, die sich mit dem Thema des ökologischen Wohlstandes auseinandersetzen. Sie bietet eine wichtige Fundgrube für Informationsmaterial und Lösungsansätze in Richtung ökologischer Lebensqualität.



4. Schritte zum nachhaltigen Wirtschaften und zum ökologischen Wohlstand

Wie Arbeitnehmer und Gewerkschaften dazu beitragen können

Der Begriff "Wohlstand" ist sicherlich stark vom kulturellen Umfeld und von den sozialen Gewohnheiten geprägt. Was im amazonischen Regenwald als Wohlstand gilt, mag in unseren Breiten als äußerst dürftig und mangelhaft erscheinen.

Manche Bedürfnisse und Träume vom "guten Leben" entstehen erst, weil sie den Menschen "eingeredet" werden; wesentlich ist dabei die Rolle der Werbung zur Förderung des Konsums neuer Güter.

Diese Werbung fällt vor allem dort auf fruchtbaren Boden, wo aufgrund entfremdeter und stressiger Arbeits- und Lebensbedingungen die Flucht in den Konsum vielfach der einzige sinnstiftende Moment im Leben ist. Dadurch wird eine Spirale in Gang gesetzt, die ein Bedürfnis nach höherem Einkommen weckt; das bedingt in den meisten Fällen auch eine höhere und intensivere Arbeitszeit und diese wiederum stärkt die Kompensationsbedürfnisse durch neue Waren und Dienste.

Untersuchungen in den USA haben das erstaunliche Ergebnis gebracht, daß die amerikanischen Arbeiter im Jahre 1976 wegen der Werbung um mehr als ein Drittel länger gearbeitet haben, als sie es ohne Werbung getan hätten. Oder, in absoluten Zahlen: Ohne Werbung hätte die jährliche Arbeitszeit nicht 1940, sondern nur 1510 Stunden betragen. ⁽¹⁾

Eine unbestrittene Tatsache ist, daß aufgrund der Gewöhnung an den Konsum von Gütern viele Menschen geradezu konsumsüchtig werden und die Fähigkeit verlieren, ihren "Wohlstandsbegriff" vom Besitz materieller Güter zu entkoppeln. Gerade dies aber wäre aufgrund der ökologischen Krisensituation ein Gebot der Stunde. Doch diese "Entwöhnung" ist ein langwieriger Prozeß.

⁽¹⁾ Brack J., Cowling K.: *Advertising and Labour Supply*, zitiert in Seifert Eberhard: *Ökonomie und Zeit*, Verlag Haag & Herchen, Frankfurt, 1988

Wie könnte ein “ökologischer Wohlstand” aussehen, was könnte er für den einzelnen bedeuten?

“Nicht nur die Regierungen, die Landwirtschaft, die Industrie und der Handel betreiben Umweltzerstörung, sondern ebenso die Konsumenten. Jeder Konsument hat ein Recht auf eine intakte Umwelt, ist aber zugleich auch verantwortlich für die Schonung und den Schutz der Umwelt. Die Verantwortung der Konsumenten läuft global darauf hinaus, dazu beizutragen, daß in den reichen Ländern der Konsum, der Abfall und die Naturzerstörung vermindert werden und daß in den ärmeren Ländern der Konsum nur in begrenztem Umfang gesteigert wird, während beim Abfall und bei der Naturzerstörung die Fehler der Reichen gleich vermieden werden.”

(Prof. Gerhard Schramm,
Institut für Konsumtheorie,
Universität Stuttgart)

Viel Zeit für sich zu haben, um in einem ungestörten Wald in der Umgebung spazieren gehen zu können; die Arbeitszeit selbst bestimmen zu dürfen; bei der Arbeit die Möglichkeit zur Kreativität und Selbstverwirklichung zu haben; gesunde Nahrungsmittel in einem angenehmen Umfeld zu sich zu nehmen; Stille genießen zu können ...

Die Bestandteile einer “ökologischen Lebensqualität” sind vielfältig und variieren je nach Geschmack und Gewohnheiten der einzelnen Menschen und dem sozialen und kulturellen Umfeld in einer Region. Wesentliche Bestandteile sind dabei - neben einer sozialen Grundsicherung und der sozialen Stabilität - auch die Werte des Friedens und der Rechtssicherheit.

In den Schaubildern 6 und 7 sind einige Elemente der “ökologischen Arbeits- und Lebensqualität” aufgelistet. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sind lediglich als Beispiel für eine neue Sicht der Dinge gedacht, die über einen rein materiellen Wohlstands begriff hinausgeht.

Viele dieser Elemente gehören seit Jahrzehnten zu den klassischen Themen der Gewerkschaftsbewegung. Neu ist in dieser Darstellung die ganzheitliche Sicht dieser Themen, d.h. die Betrachtung der Zusammenhänge und der Querverbindungen untereinander und ihre Vernetzung zu einem Modell des ökologischen Wohlstands.

Der ökologische Arbeitsplatz in einer umweltfreundlichen Stadt

Zusammenhänge und Querverbindungen



Schavbild 6

Ausarbeitung: Ecolnet, 1997



Schavbild 7

(aus "Towards an economic evaluation of urban innovative Projects" - Dubliner Stiftung, 1997)

Ökologisch erweiterte Arbeitspolitik

Allgemeine Schwerpunkte und Zielsetzungen

Schaubild 8



Rolle und Gestaltungselemente

Schaubild 9



Ausarbeitung: Ecolnet, 1997

Die Schwerpunkte und Methoden einer ökosozialen Umgestaltung im Sinne der "Agenda 21" und der neuen internationalen Ausrichtung mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung werden aus den Schaubildern 6, 7 und 8 deutlich. Ebenso die wichtigsten Handlungsfelder und Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften. In allen angeführten Bereichen haben die Arbeitnehmerorganisationen in der einen oder anderen Form die Möglichkeit zur Einflußnahme und Mitgestaltung. Das "Wie" hängt wesentlich von dem Organisationsgrad, der politischen Situation und den allgemeinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab.

In der Folge sollen nun stichwortartig die einzelnen Punkte näher beleuchtet werden und kurze Beispiele aus der konkreten Gewerkschaftstätigkeit angeführt werden.

4.1 Leitlinien für eine “umweltfreundliche” und “zukunftsfähige” Stadt

Wie sehen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Arbeits- und Lebenswelt aus? Mit welchem Fragenraster kann die ökosoziale Qualität einer Stadt bewertet werden?

Die folgenden Fragen erstrecken sich zwar nicht auf alle Bereiche des ökologischen Wohlstands, geben aber trotzdem einen Einblick in bestehende bzw. mangelhafte Ausgangsbedingungen.

- Welches sind die Leitlinien für die städtische Entwicklung?
- Wo werden die Produktionszentren ausgewiesen? Mit welcher Anbindung an das Verkehrsnetz?
- Mit welchen politischen Maßnahmen wird die lokale bzw. regionale Wirtschaft gefördert?
- Wie sicher sind die Arbeitsplätze? Wie stark ist die Abhängigkeit von einzelnen Unternehmen? Und vom Export?
- Wie sieht es mit der Wohnungsqualität aus? Werden im Wohnungsbereich Maßnahmen zur Einsparung von Energie und zu einer Reduzierung der Abfälle getroffen?
- Wie wird der Nahverkehr geregelt? Werden Maßnahmen gefördert, die zu einem sparsamen Umgang mit Rohstoffen anregen?
- Wie sieht es mit der Luft- und Wasserverschmutzung aus?
- Wie stark ist der Reparatur- bzw. Recycling-Bereich entwickelt?
- Gibt es “Second-hand-shops”, Bioläden, Bauernmärkte und “Weltläden”?
- Welche Initiativen zur Umwelterziehung und Umweltberatung werden ergriffen?
- Ist die Stadt Mitglied des “Klimabündnisses”?
- Gibt es in den einzelnen Stadtvierteln genügend Räume für gemeinschaftliche Aktivitäten?
- Welche Maßnahmen werden zur sozialen Integration von Ausländern und Randseibern getroffen?
- Haben Kinder und alte Menschen Möglichkeiten zur Eigeninitiative, haben sie “ihre Plätze” in der Stadt?
- Welche Unterstützung erhalten arme und sozial benachteiligte Gruppen?
- Wie stark ist die soziale Kohäsion in der Gemeinschaft? Sind Nachbarschafts- und Familienhilfe gefördert und anerkannt?
- Wie sieht es mit der Selbsthilfe und Selbstversorgung aus?

- Wird die “Freiwilligenarbeit” im sozialen und kulturellen Bereich anerkannt und gefördert?
- Wie “offen” und bürgernah sind die öffentlichen Ämter und Dienstleistungen?
- Begünstigt der “Zeitrahmen” (z.B. die Regelung der Öffnungszeiten von Geschäften, Ämtern, Schulen und die Taktzeiten des öffentlichen Nahverkehrs) einen individuellen Entscheidungsfreiraum?
- Welche Strukturen stehen für die Freizeit zur Verfügung?
- Gibt es “Stätten der Begegnung” für Menschen unterschiedlicher Sprache, Religion und Kultur?
- Besteht eine “weltoffene” Geisteshaltung und eine Förderung der sozialen Kreativität?
- Welche Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten bestehen für die Bürger?



Lebensraum Stadt

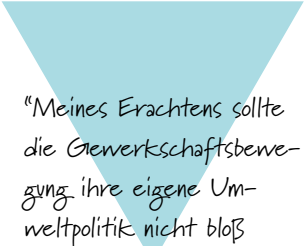
Im "Lebensraum Stadt" konzentrieren sich eine Reihe von sozialen und ökologischen Problemen; die kommunale Ebene spielt eine entscheidende Rolle im Umweltschutz und der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Da in Städten Regierung und Verwaltung in unmittelbarer Bürgernähe arbeiten, kann es leichter zu einem gemeinsamen Dialog und zu jenen Veränderungen kommen, die letztendlich auch zur Lösung der globalen Umweltprobleme beitragen können. Die Veränderung in vielen Städten kann in ihrer Multiplikatorwirkung rasch eine globale Wende im nationalen und internationalen Umfeld bewirken.

Die Gewerkschaften haben aufgrund der im Schaubild 8 aufgelisteten Gestaltungsinstrumente in vielen Bereichen konkrete Möglichkeiten der Mitsprache und Mitgestaltung. Die städtische Umwelt- und Sozialpolitik bietet ein weites Handlungsfeld für sektorenübergreifende Aktivitäten. Die Gewerkschaftsbünde haben dank ihrer "Doppelstruktur" (Vertretung innerhalb der einzelnen Berufsgruppen und Vertretung territorialer fachgruppenübergreifender Interessen der Arbeitnehmer) beste Grundvoraussetzungen für eine solche Aktion. Keine andere Organisation im Rahmen der Zivilgesellschaft hat diese Ausgangsvoraussetzungen.

Abgesehen von der direkten Präsenz von Gewerkschaftsvertretern in den Gemeindestuben (in den italienischen Organisationen besteht immer noch eine Unvereinbarkeitsklausel für die Ausübung einer politischen Tätigkeit) haben die Gewerkschaften mehrere Möglichkeiten zur direkten oder indirekten Einflußnahme.

Es gibt dabei sicherlich größere Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Doch sind im großen und ganzen folgende Handlungsmöglichkeiten gegeben:

- Mitsprache in Beratungsgremien und Kommissionen, die zu verschiedenen Bereichen eingesetzt werden: z.B. im Wohnbau, im Verkehrssektor, zur Regelung der Öffnungszeiten von Büros und Geschäften
- Kollektivvertragliche Gestaltung im öffentlichen Bereich
- Kollektivvertragliche Gestaltung im privaten Sektor mit Auswirkungen auf das städtische Gemeinschaftsleben (z.B. Regelung der Arbeitszeiten, des Pendlerverkehrs...)
- direktes Angebot von Dienstleistungen
- Informations- und Bewußtseinsarbeit für Mitglieder und Bürger in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Bürgerinitiativen.



"Meines Erachtens sollte die Gewerkschaftsbewegung ihre eigene Umweltpolitik nicht bloß deshalb konzipieren und praktizieren, weil jeder 'etwas für die Umwelt tun sollte'. Natürlich teilen die Gewerkschaften die Verantwortung für unsere Umweltprobleme und für die Entwicklung von Modellen für eine umweltverträgliche Fortentwicklung. Dennoch könnte die Gewerkschaftsbewegung auch einen unabhängigen Beitrag zu dieser ungeheuren Anstrengung leisten, weil sie die Möglichkeit besitzt, die Interessen ihrer Mitglieder als menschliche Individuen im ganzen (Arbeiter, Verbraucher, Bürger) zu vertreten – in einem ganzheitlichen Ansatz, der sehr organisch an die Art und Weise herangeht, wie sich das ökologische Problem darstellt."

(Borge Lorentzen, Wissenschaftler und Gewerkschafter in Dänemark)

Lebensqualität in den Städten

Die dänische Gewerkschaft SID, in der auch die Arbeiter der städtischen Müllabfuhr organisiert sind, hat zusammen mit Umweltorganisationen eine alternative Strategie der Abfallwirtschaft entwickelt, bei der einerseits die Verbesserung von Recyclingmöglichkeiten, andererseits auch die Reduzierung der Gesundheitsschädigungen der Arbeiter angestrebt werden. Die Gewerkschaft war unter anderem auch bei der Entwicklung neuer Sammelbehälter und der Ausarbeitung europäischer Normen für die zur Abfallbeseitigung benötigten technischen Hilfsmittel behilflich und erstellte Schulungsprogramme für Müllarbeiter.

Erwähnenswert ist auch das Beispiel der dänischen Gewerkschaft für Schreiner, Kunsttischler und Zimmerer, die sich darum bemüht hat, eine Baugenossenschaft in eine Produktions- und Beratungsfirma für Initiativen auf dem Gebiet städtischer ökologischer Bauverfahren umzuwandeln. Ein weiteres Beispiel ist der Versuch der dänischen Gewerkschaft der Elektriker, das Konzept des "grünen Elektrikers" als Betreuer für Energiesparmaßnahmen einzuführen.

In einigen Gemeinden Dänemarks hat die Pensionistengewerkschaft der SID eine Initiative ergriffen, um versteckte Chemiemüllkippen ausfindig zu machen: Die älteren Arbeiter betätigen sich als "Pfadfinder" und suchen an jenen Orten nach Chemiemüll, wo sie ihn vor 15 - 20 Jahren auf Geheiß ihrer Firmen abgeladen haben.

Die Rentnergewerkschaft spielt auch in Italien eine wichtige Rolle, wenn es um Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität geht. In einer Studie der Rentnergewerkschaft der CGIL (Rassegna Lavoro 7/98) werden für die Zeitspanne 1993 - 1997 insgesamt 2.240 kommunale Abkommen angeführt. Es handelt sich vor allem um Abkommen zur kommunalen Sozialpolitik, aber auch zu den Dienstleistungen und zur Einrichtung von Freizeitstrukturen und zur Weiterbildung.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß ein Teil dieser Abkommen auch "generationenübergreifend" konzipiert ist; d.h. es geht darin ganz allgemein um eine Verbesserung der städtischen Lebensbedingungen für alle Menschen mit Behinderungen und um eine soziale Grundsicherung. In den letzten Jahren wurden verstärkt auch Umweltbelange in solche Abkommen eingebaut.

Wichtig in diesem Zusammenhang sind auch die Projekte zur "Zeitbank" und zu einer "menschenfreundlichen Zeitplanung" in den Städten. Darüber wird in einem eigenen Abschnitt berichtet.

"Sobald die Behörden und Unternehmer erkannt hatten, daß wir nicht nur unsere eigenen Interessen verfolgten, sondern uns glaubhaft für den Umweltschutz einsetzten, wurden wir respektiert und in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen. Zunächst waren unsere Mitglieder etwas unsicher, aber dann erkannten alle den Vorteil eines umfassenderen Profils. Nur so wird der Beruf des Abfallentsorgers trotz der zunehmenden Automatisierung langfristig überleben können."

(Ein Sprecher der SID - Dänemark)

Graz - Ökostadt 2000

In der "Agenda 21" der Un-Konferenz von Rio wurden die Gemeindeverwaltungen aufgefordert, eine "Lokale Agenda 21" zu erstellen. Die Stadt Graz hat im Jahre 1995 ein Umweltsachprogramm mit dem Titel "Ökostadt 2000" beschlossen. Dadurch sollten der kommunalen Umweltpolitik neue Perspektiven eröffnet werden: Besonders interessant in diesem Projekt ist die Vernetzung zwischen den verschiedenen Komponenten einer neuen ökologischen Qualität (vom Umweltschutz in privaten Haushalten und öffentlichen Einrichtungen bis hin zur ökologischen Landwirtschaft). Einen wichtigen Stellenwert hat dabei auch der betriebliche Umweltschutz. Unter dem Markenzeichen "Ökoprofit" soll ein "All-Winner-Modell", die Versöhnung zwischen Ökologie und Ökonomie in der Praxis demonstrieren.



4.1.1 Gesunde Ernährung und Landwirtschaft

Die Gewerkschaften gehören auch in diesem Bereich in mehrfacher Hinsicht zu den Betroffenen: als Interessensvertreter der Arbeiter und Tagelöhner in der landwirtschaftlichen Produktion wie auch der Arbeitnehmer im Chemiebereich, der eng mit dem Agrarbereich verstrickt ist. Gleichzeitig gehören viele Arbeitnehmer als Konsumenten zu den Nutznießern und Betroffenen der Agrarproduktion. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem "Gesundheitsschutz" der Beschäftigten und der Bürger und der Qualität der Ernährung.

Daher haben sich auch die in der Europäischen Föderation des Agrarsektors (EFA) zusammengeschlossenen Gewerkschaften intensiv mit den Themen einer sicheren Produktion von gesunden Lebensmitteln auseinandergesetzt.

Die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen weltweit machen den Agrarsektor zu einem schwierigen Tätigkeitsfeld für die Gewerkschaften. Vor allem im Süden der Welt werden bevorzugt Frauen und Kinder eingesetzt. Viele Landarbeiter genießen nur einen geringen rechtlichen Schutz, die "Schwarzarbeit" unter denkbar schlechten gesundheitlichen Bedingungen gehört auch in Europa zum Alltag. Jahr für Jahr ereignen sich nach Statistiken der EFA rund 1.800.000 Unfälle, davon 3.600 mit tödlichen Folgen.

Die Gewerkschaften bekämpfen insbesondere den unkontrollierten Einsatz von Pestiziden, da diese sowohl für die Arbeiterinnen in der Produktion und Verarbeitung, wie auch für die Verbraucher gefährlich sind. Pestizide und Insektizide, deren Verwendung in Europa und den USA verboten sind, werden beispielsweise nach Ghana, Brasilien und Malaysia exportiert, wo sie die Gesundheit der Arbeiterinnen auf den Kakaoplantagen und die Umwelt schädigen und als Restmengen in den Produkten zu finden sind, die dann wieder zu den Verbrauchern in unsere Länder gelangen.

So ist z.B. allein in Chile der Import von z.T. verbotenen Pestiziden zwischen 1984 und 1996 von 5.500 auf 13.000 Tonnen angestiegen. Ein Großteil dieser Gifte wird in den Obstplantagen eingesetzt.

Die Weltgesundheitsorganisation geht davon aus, daß der Einsatz von Pestiziden weltweit jährlich für drei Millionen Fälle von akuter Vergiftung verantwortlich ist. Doch keine Statistik ermittelt, wie viele Menschen indirekt - als Konsumenten und Endverbraucher - an den Folgen dieser Vergiftungen sterben oder erkranken.

Daher haben die Gewerkschaften internationale Informationskampagnen gestartet, um vor den Gefahren im Umgang mit Pestiziden zu warnen. Vor allem die britische Gewerkschaft hat Kampagnen zur Förderung von Kakaoanbau ohne Einsatz von Pestiziden gestartet.

Ein weiteres Handlungsfeld betrifft die Verpflegung am Arbeitsplatz, ein sektorenübergreifendes Thema. Durch eine neue Schwerpunktsetzung in der Organisation der Verpflegung in Krankenhäusern, Schulen, Betriebsmensen können sich die Gewerkschaften für eine umweltschonendere Landwirtschaft einsetzen und gleichzeitig eine bessere Qualität der Ernährung sichern.

Zum Beispiel durch Ankauf von biologisch angebautem Gemüse, durch Milchprodukte und Fleisch, die von Bauern aus der Region produziert werden, durch Ankauf von Tee und Kaffee aus dem "gerechten Handel", der den Landarbeitern menschenwürdige Arbeitsbedingungen und einen angemessenen Lohn sichert.

In einigen Ländern haben sich die Gewerkschaften für eine regionale landwirtschaftliche Entwicklung eingesetzt, so z.B. in der Provence in Frankreich oder auch im Po-Delta, um eine umweltgerechte und ausgeglichene regionale Nahversorgung mit Lebensmitteln zu sichern.

In Dänemark haben sich die Gewerkschaften innerhalb der Lebensmittelindustrie an einem Projekt zur Förderung der Produktion und des Vertriebes von Brot auf der Grundlage ökologischer Prinzipien beteiligt.

Qualität, Sicherheit und Dauerhaftigkeit der Nahrungsmittel

Die europäische Gewerkschaft im Lebensmittelsektor IUL (Internationale Union der Lebensmittelarbeiter) ist seit Jahren um Qualität, Sicherheit und Nachhaltigkeit in der Nahrungsmittelproduktion bemüht.

Ein dauerhaftes System der weltweiten Nahrungsmittelproduktion ist untrennbar mit dem Kampf um Gewerkschafts- und Demokratierechte (vor allem in den Ländern des Südens) sowie eine sichere Arbeitswelt für die ArbeitnehmerInnen in allen Phasen der Nahrungsmittelkette verbunden.

Aus diesem Grunde gibt es auch eine klare Position gegen den Einsatz von gentechnisch manipulierten Nahrungsmitteln sowie den Einsatz dieser Technologie in der Landwirtschaft. Die ablehnende Position ergibt sich daraus, daß es bis jetzt keine wissenschaftlichen Forschungsergebnisse darüber gibt, wie sich diese neuen Technologien auf Verbraucher und beschäftigte ArbeitnehmerInnen in diesen Bereichen auswirken.

Die IUL fordert ein weltweites Verbot des Einsatzes von Agro-Chemikalien, die eine Gefährdung des Menschen und der Umwelt darstellen, durch verbindliche internationale Vereinbarungen. Ebenso wird ein Verbot des Einsatzes neuer Pestiziden verlangt.

Darüberhinaus hat sich vor allem in Europa die Position der Gewerkschaften durchgesetzt, daß zur Sicherung von Arbeitsplätzen, aber auch zur Schonung der Umwelt regionale Nahrungsmittelproduktionen gefordert werden. Sie warnen vor den Gefahren eines Rohstoff- und Fertigprodukttourismus kreuz und quer durch Europa.

Agrarpolitik darf aus der Sicht der Gewerkschafter nicht nur ein Thema für die Bauern sein. Der Einsatz von Gentechnik in der Nahrungsmittelproduktion ist nicht nur ein ethisches Problem, sondern eine eminent arbeitsmarktpolitische Frage.

4.1.2 Energieverbrauch - Energiebesteuerung

Die europäischen Gewerkschaften fordern in einem Grundsatzbeschuß eine nachhaltige Energieversorgung auf dezentraler kommunaler und regionaler Ebene. Gleichzeitig wird eine allgemeine Energieabgabe auf nicht erneuerbare Primärenergieträger unterstützt, wobei gefordert wird, daß ein Teil des Finanzaufkommens aus der Steuer zweckgebunden wird, zur Finanzierung von Modernisierungsinvestitionen, zur Energieeinsparung, zur Substitution von nicht regenerativen durch regenerative Energiequellen und - soweit notwendig - für mittelfristige Überbrückungshilfen für soziale und wirtschaftliche Notlagen.

Energieproduktion und Energieverbrauch gehören zu den zentralen Themen eines ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Konsum. Daher spielt die Frage einer "Energieabgabe" eine wesentliche Rolle. Diese Steuer kann beispielsweise den internationalen Transport bestimmter Waren verteuern und damit die lokale Produktion wieder interessanter machen. Außerdem macht eine solche Steuer - vor allem wenn sie mit einer steuerlichen Entlastung der Lohnarbeit verbunden ist - bestimmte "energiefressende" Automatisierungen der Produktion weniger interessant.

Weitere Hinweise zur Vertiefung dieser Themen finden sich im Anhang.

Die deutsche Gewerkschaft "Bau-Steine-Erden" fordert ein Programm zur Gebäuderenovierung und zur Nutzung alternativer Energien im Baubereich und erwartet sich dadurch die Schaffung von 400.000 neuen Arbeitsplätzen. Vor allem im Bausektor lassen sich Maßnahmen zur Energieeinsparung mit einer langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze verbinden.

Die italienische Vereinigung "Ambiente e lavoro" hat in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im Bausektor ebenfalls eine Rechnung angestellt, wie viele Arbeitsplätze durch Wärmedämmung und Solarwärme für Warmwasser kurzfristig geschaffen werden könnten. Erwartet werden durch diese Maßnahmen ca. 50.000 neue Arbeitsmöglichkeiten und eine wesentliche Reduzierung der Klimabelastung.

Das World-Watch-Institute hat errechnet, daß für die Produktion von je 1.000 Gigawattstunden (GWs) im Jahr in der Kernenergie 100 Arbeitsplätze erforderlich sind, bei Kohle 116, bei solarthermischen Anlagen 248 und bei der Nutzung von Windenergie 542.

Der ÖGB in Österreich fordert in einem Grundsatzpapier (1997) für die Energiewirtschaft die Abkehr vom reinen Bereitstellungsprinzip von Energie hin zu einer Optimierung von Energiedienstleistungen; d.h. einen maximalen Gebrauchswert mit geringstmöglichem Energieeinsatz. Konkret wird der Ausbau von erneuerbaren Energiequellen gefordert. Forschung und Entwicklung müssen sich auf den Wirkungsgrad und auf die ökologische Gesamtbilanz inklusive Energie- und Rohstoffeinsatz konzentrieren.

Nach der Klimakonferenz in Kyoto, bei der erstmals international verbindliche Reduktionsziele festgesetzt worden sind, wird allgemein eine Wende in der Energiewirtschaft erwartet.

4.1.3 Freizeit und Tourismus

Die Gewerkschaften können auf verschiedene Art und Weise die Entwicklung eines umweltfreundlichen Freizeitverhaltens und eines ökologischen Tourismus fördern. In vielen Betrieben bestehen Freizeitclubs, die für die Beschäftigten auch ökologisch sinnvolle Aktivitäten anbieten können.

Auf regionaler Ebene können die Gewerkschaften durch Mitarbeit in Planungsausschüssen und durch politischen Druck für einen umweltfreundlichen Tourismus eintreten und gleichzeitig die Voraussetzungen für eine ausgewogene regionale Entwicklung schaffen.

Im Po-Delta haben die Gewerkschaften den Plan zu einem regionalen Umweltpark mitgetragen. Dabei haben sie gefordert, daß er von lokalen Fachleuten geleitet wird und daß neben der neuen Tourismusindustrie auch die traditionelle Landwirtschaft und Fischerei aufgewertet werden.

In Porto Marghera bei Venedig waren die Schadstoffe aus einem petrochemischen Betrieb eine Gefahr für die Gesundheit der Arbeitnehmer der Firma, wie auch für die Einwohner und Touristen. Die Gewerkschaften wurden aktiv und drängten die Unternehmensleitung dazu, Lösungen zu finden. Mit Erfolg, denn inzwischen ist das Wasser, das der Chemiebetrieb in die Lagune einleitet, sauberer als das, das entnommen wird.

In Yorkshire in England beteiligen sich die Gewerkschaften an der Wiederbelebung eines dem Verfall preisgegebenen Industriegebietes und Bergbaureviers, das in ein Zentrum für Freizeit und Bildung umgewandelt werden soll. Sie gehen davon aus, daß es nötig ist, Lebensqualität im Alltag zu gewährleisten und die Umwelt "vor der eigenen Haustür" zu verbessern, um so allen Menschen die Möglichkeiten zu bieten, sich in der Nähe der eigenen Heimat ausruhen und erholen zu können.

In diese Richtung geht auch ein im Trentino von den Gewerkschaften ausgearbeitetes "Beschäftigungsprogramm" für Langzeitarbeitslose: Wanderwege in den Bergen werden hergerichtet und verbessert damit die Voraussetzungen für eine ökologisch sinnvolle Naherholung. (Progetto speciale per l'occupazione attraverso la valorizzazione delle potenzialità turistiche ed ecologiche ambientali - 1988).

Eine andere wichtige Aufgabe können die Gewerkschaften dort übernehmen, wo die Bedürfnisse zum "Reisen" entstehen.

"Der oft verzweifelte Wunsch vieler Menschen, "aus allem einmal wegzukommen", ist Ausdruck und Spiegelbild der Bedingungen des Arbeitslebens. Je stressiger unser Arbeitsleben wird, je verschmutzter unsere Städte sind, desto attraktiver erscheint die Aussicht, zu weit entfernten Stränden zu fliehen."

(Aus den "Materialien" der Europäischen Gewerkschaftsakademie).

Gewerkschaften und Unternehmensleitungen haben gleichermaßen ein großes Interesse daran, daß die touristischen Ziele langfristig nichts von ihrer Attraktivität einbüßen, weil dadurch die Zukunft der Arbeitsplätze gesichert wird und die Gebiete für die Naherholung der Bürger nicht zerstört werden.

In England haben Gewerkschaften und WWF gemeinsam einen Entwurf über Prinzipien und Aktionen für einen umweltverträglichen Tourismus vorgelegt. Darin wird u.a. unterstrichen, wie wichtig die Ausbildung des Personals und die regelmäßige Konsultation mit den Sozialpartnern in den betroffenen Gebieten sind. Nähere Angaben dazu in der Bibliographie.

Eine ähnliche Richtung wird auch von der deutschen Tourismuswirtschaft eingeschlagen; in einer 1997 veröffentlichten "Umwelterklärung" wird eine Einführung der EU-Öko-Audit-Verordnung auf den Dienstleistungssektor befürwortet. Außerdem wird festgehalten, daß Tourismusprojekte umweltgerecht gestaltet und unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung geplant werden sollten. Auch wird eine "umweltschonende Mobilität" zu den touristischen Zielen angestrebt.

4.1.4 Transportpolitik

Trotz aller ökologischen Warnrufe haben sich in den letzten Jahrzehnten der Personenverkehr und die Warentransporte immer mehr auf energieintensive Verkehrsmittel verlagert. Die Bedeutung der Binnenschifffahrt und des Schienentransportes ist zurückgegangen; dafür sind die Transporte auf Straße sprunghaft angestiegen, der Flugverkehr wächst seit 1980 durchschnittlich um 6,2 % pro Jahr. Erwartet wird, daß der Straßenverkehr in der EU bis zum Jahr 2010 um rund 70% zunehmen wird, der Güterverkehr auf der Straße um 95%. Von 1987 bis 2010 wird sich die Anzahl der privaten PKW um 45% vergrößert haben.

Der Straßenverkehr zerstört Natur und Gesundheit auf vielerlei Weise: durch Energieverbrauch und Umweltverschmutzung, durch den Bau von Verkehrswegen und die Einengung des Lebensraumes, durch Lärm und Unfälle. Jährlich sterben mehr als 50.000 Menschen auf den Straßen der Europäischen Union.

Gesundheits- und Umweltschäden werden nicht in die Kostenrechnung für das Verkehrswesen miteinbezogen. Mit der Einführung einer Ökosteuer für den energieintensiven Verkehr würden öffentliche Transportmittel aufgewertet und gleichzeitig wäre dadurch auch für die Industrie ein stärkerer Anreiz gegeben, energiesparende Fahrzeuge zu produzieren. Viele Gewerkschaftsorganisationen fordern deshalb die Einführung einer solchen Steuer, um eine "Kostenwahrheit" im Transportsystem zu erreichen (z.B. der Internationale Verband der Transportarbeiter und die Internationale Gewerkschaftsorganisation im Öffentlichen Dienst).

Ein schweizerisches Textilunternehmen verschickt halbfertige Bekleidungsstücke an sein Tochterunternehmen in Portugal, wo eine Reihe von Nähten hinzugefügt wird. Anschließend werden die Güter 2000 km in die Schweiz zurücktransportiert. Eine Näherin in Portugal verdient 6 SF pro Stunde anstatt der in der Schweiz üblichen 17 SF. Die Transportkosten betragen 8.500 SF pro Fracht - dennoch spart das Unternehmen 37.000 SF an Lohnkosten.

(Aus den "Materialien." der Europäischen Gewerkschaftsakademie)

Vor allem in Deutschland hat es in den letzten Jahren viele gewerkschaftliche Initiativen gegeben, um den Gebrauch von PKW im Berufsverkehr einzuschränken. Mit vielen Arbeitgebern konnten sogenannte "Job-Tickets" ausgehandelt werden, Informations- und Motivationskampagnen für die Beschäftigten wurden initiiert und "Prämien" für umweltfreundliche Pendler vereinbart. Weitere Pilotprojekte betreffen den versuchsweisen Einsatz von Elektro- und Solarfahrzeugen sowie von Fahrzeugen mit "Biodiesel" in firmeneigenen Fahrzeugparks. In Hamburg und Bremen laufen Modellprojekte mit dem Carsharing (gemeinsames Benutzen eines Autos anstelle der herkömmlichen Anschaffung eines privaten PKW).

Einige ausgewählte Beispiele:

Die Gewerkschafter der IG-Metall in Freiburg haben ein Konzept zu einem "Öko-Fahrgeld" vorgelegt; durch einen Festbetrag von 50 DM im Monat sollen die Beschäftigten, die zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit kommen, honoriert werden. Dies soll die steuerlichen Vorteile der Autopendler ausgleichen.

In der Firma Upat (300 Beschäftigte) in Emmendingen erhalten die Fahrradpendler dieselbe finanzielle Unterstützung, die für Busbenutzer und Teilnehmer von Fahrgemeinschaften vorgesehen ist. Die Autopendler erhalten keinen Beitrag. Der Anteil der Mitarbeiter, die umweltfreundlich zum Betrieb kommen, wurde durch diese finanziellen Anreize von 15% auf 60% gesteigert.

Bei der Firma Gödecke in Freiburg, ein Betrieb mit Gleitzeit, wurde ein gut organisiertes System der Mitfahrmöglichkeiten geschaffen. Dieses ermöglicht trotz der flexiblen Arbeitszeiten gemeinsame Fahrtgelegenheiten. Außerdem wurden betriebliche Aktionstage durchgeführt, Radlergruppen gebildet und eine Radwegebroschüre herausgegeben.

Die Stadt Freiburg gilt als Musterbeispiel für ökologische Initiativen zur Verbesserung der Lebensqualität. Seit 1990 greifen lokale Betriebs- und Personalräte in die Verkehrsgestaltung ein und diese Initiativen wurden durch die Bildung einer überbetrieblichen Arbeitsgemeinschaft gebündelt und schlagkräftiger gemacht.

Gerade im Bereich der regionalen und städtischen Regelung der Verkehrsflüsse können Gewerkschaften einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensqualität sichern: etwa als Tarifpartner für die Gestaltung der Rahmenbedingungen für den Pendlerverkehr und als Verhandlungspartner der kommunalen Verwaltungen bei der Festlegung und Gestaltung des "Zeitrahmens" in der Stadt (Stichwort Ladenöffnungszeiten). Außerdem haben die Gewerkschaften die Möglichkeit, ihre Mitglieder zu einem "ökosensiblen" Verkehrsverhalten zu motivieren.

Schavbild 10



Quelle: Biere / Zimpelmann (HRSG.), Umwelt - Arbeit - Betrieb

Beispiele aus Österreich

Landbus in Vorarlberg

Im Gebiet um die Gemeinde Rankweil haben einige Betriebe mit der Gemeindeverwaltung ein Konzept erarbeitet, das den bestehenden Werkverkehr der einzelnen Firmen optimiert und zusammen mit dem Schulbusverkehr in den ÖPNV (Öffentlicher Personenennahverkehr) integriert. Netzergänzungen durch Sonderbusse für Schichtarbeiter werden von den Unternehmen mitfinanziert. Ihren Mitarbeitern bieten sie vergünstigte Regional- und Streckenkarten an. Das neue Busnetz wird offensichtlich gut angenommen. Der Anteil der "Autopendler" ist in einigen Betrieben unter 10% gesunken.

Suchard-Schokoladefabrik in Bludenz

Mit einem anderen Ansatz versucht die Firma Suchard, ihre 500 Beschäftigten zur Benutzung umweltverträglicher Verkehrsmittel anzuhalten: Wer nicht weiter als 1,5 Km vom Betriebsstandort entfernt wohnt, erhält keinen Firmenparkplatz, da sich der Weg zur Arbeit gut zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen läßt. Beschäftigte, die ihren Wohnort außerhalb des 1,5 Km-Radius haben, können dauerhaft einen Parkplatz mieten. Wer darauf verzichtet, bekommt einen Zuschuß für die Anschaffung eines Fahrrades oder eine Netzkarte des lokalen Verkehrsverbundes. Diese Zuschüsse werden aus den Einnahmen für die Vermietung der Autoparkplätze finanziert. Für Fahrradpendler gibt es weitere Anreize: neue überdachte Abstellplätze, Duschräume, einen Regenmantelverleih sowie Luftpumpstation und kostenlosen Fahrradcheck.

(Beispiele aus der Zeitschrift "Arbeit & Ökologie", AIB-Verlag, Köln)

4.1.5 „Zeitdesign“ in den Städten

Die „Zeit-Rhythmen“ einer Stadt sind ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität. Vor allem in den Großstädten (aber nicht nur dort) wird ziemlich einige Zeit dafür „verbraucht“, den Dingen hinterherzulaufen; beispielsweise beim Schlängestehen in öffentlichen Ämtern oder beim stundenlangen Im-Stau-Stehten auf dem Weg zur Arbeit.

Der hektische Rhythmus einer Stadt bedeutet noch lange nicht, daß dafür alle Angelegenheiten rascher erledigt werden können. Gerade das Gegenteil ist meist der Fall, und die Menschen haben für sich und für den Nächsten immer weniger Zeit.

Ausgehend von diesem Unbehagen mit den „Zeiten der Städte“ haben vor allem in Skandinavien und in Italien die Gewerkschaften Initiativen ergriffen, um eine bessere „Zeitqualität“ zu sichern. Das große Problem dabei ist, daß die Gewerkschaften auf der einen Seite die Ansprüche der Bürger auf eine möglichst bürgernahe Zeitgestaltung vertreten. Auf der anderen Seite betrifft diese Zeitregelung die Arbeitszeit von vielen Arbeitnehmern, die in Büros, Schulen, Museen, im Transportbereich usw. von solchen Maßnahmen betroffen sind. Nicht immer sind dabei innergewerkschaftliche Konflikte zu vermeiden, wenn es beispielsweise um die Frage bürgernaher Öffnungszeiten geht.

Von den vielen Konzepten, die in diesem Bereich verwirklicht worden sind, sind zwei Beispiele besonders interessant:

die Projekte „Zeitdesign für eine lebenswerte Stadt“ und „Zeitbanken für den Austausch von Zeit“.

Die rechtliche Grundlage für eine gewerkschaftliche Aktion in diesem Bereich ergibt sich aus dem Gesetz Nr. 142/1990, das im Artikel 36 dem Bürgermeister die Vollmacht gibt, die „Zeiten“ (vor allem die Öffnungszeiten von Büros, Schulen, Geschäften) zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Der Bürgermeister ist dabei angehalten, auch die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu konsultieren.

In der Folge hat es in verschiedenen Städten regelrechte Abkommen zwischen den Gewerkschaftsbünden und der Gemeindeverwaltung gegeben, um ein solches „bürgernahes Zeitdesign“ zu schaffen.

Die bisherigen Erfahrungen zielen auf fünf Schwerpunkte ab:

- die rigiden „Zeitmaschinen“ zu lockern (z.B. im öffentlichen Transport, in den Öffnungszeiten der Ämter), um die sozialen Kontakte zwischen den Menschen zu erleichtern;
- den Bürgern mehr Möglichkeiten zu geben, die „Schätze und Besonderheiten“ der Heimatstadt besser kennenlernen zu können (z.B. Öffnungszeiten der Museen);
- das Kultur- und Freizeitangebot zu erweitern durch die Schaffung von dafür geeigneten Dienstleistungen und Strukturen;
- zwischen den Beschäftigten in öffentlichen Betrieben und den Bürgern einen Dialog zu den unterschiedlichen Vorstellungen und Bedürfnissen der „Zeitregelung“ herzustellen;
- die Zeiten für die Mobilität zu reduzieren und das Angebot an flexiblen öffentlichen Transportmitteln zu erweitern.

In der Zwischenzeit sind in vielen italienischen Städten eigene Arbeitsgruppen eingesetzt worden („Uffici Tempi e Orari“), an denen die Gewerkschaften beteiligt sind.

Die „Zeitbanken“

Das erste Beispiel einer „Zeitbank“ in Italien geht auf eine Initiative der Rentnergewerkschaft UILP in Parma zurück. Diese hatte im November 1991, dem Beispiel eines kanadischen Projektes folgend, eine solche „Bank“ ins Leben gerufen.

In dieser „Bank“ geht es nicht um Geld, sondern um Zeit und „Zeitgutscheine“, die von verschiedenen Personen zur Verfügung gestellt werden. Die „Bankverwaltung“ organisiert diese Zeit.

In der Anfangsperiode zielte die Gewerkschaft vor allem darauf ab, die soziale Isolation der Rentner in der Stadt abzumildern und die älteren Menschen, die meist viel Zeit haben, einzubauen in ein Netz des „Zeitaustausches“.

Ein Beispiel: Ein Rentner stellt eine bestimmte Menge seiner Zeit dafür zur Verfügung, anderen Personen zu helfen (Kinderaufsicht, Betreuung von Kranken oder Behinderten, Einkaufen, Blumen gießen...). Dafür hat er das Recht darauf, bestimmte Dienstleistungen von anderen Personen, die mit in diese „Zeitbank“ eingebaut sind (z.B. Handwerker, Lehrer) zu erhalten, ohne dafür bezahlen zu müssen. Alles wird mit „Zeit“ und „Zeitgutscheinen“ abgerechnet.

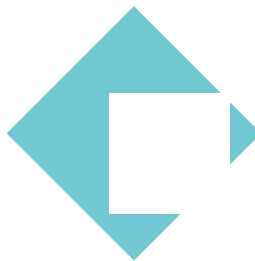
In der Zwischenzeit hat sich das Spektrum dieses „Zeitaustausches“ erweitert; im Jahre 1997 hat es in der Stadt Parma mehr als 150 unterschiedliche Projekte in vielen sozialen Bereichen gegeben und die „Bank“ umfaßt immer breitere Kreise. Zwar sind die Beteiligten immer noch zum Großteil Frauen, doch nimmt auch die Anzahl der Männer zu. In Parma sind rund ein Drittel Männer am Projekt beteiligt.

Die Erfahrung in Parma wurde auch auf andere Städte ausgeweitet und hatte einen großen Erfolg; inzwischen gibt es solche „Zeitbanken“ in 170 weiteren italienischen Städten.

Die wichtigsten Dienstleistungen sind dabei:

- Betreuung von Kindern: Abholdienst und Betreuung nach der Schule, die Veranstaltung von Festen für Kinder, Beaufsichtigung von Babys;
- Betreuung von älteren Menschen: Begleitung, Transport, Einkaufsdienste;
- Haushalt: Pflege von Haustieren und Pflanzen während des Urlaubs, Hilfe beim Kochen, Reinigen, Bügeln;
- Garten: Planung und Pflege;
- Begleitung: zum Einkauf, zum Arzt, zu Veranstaltungen;
- kulturelle Aktivitäten: gemeinsam ins Kino, Theater und zu Diskussionsveranstaltungen;
- Hilfe im Umgang mit Ämtern.

Neben den unmittelbaren Vorteilen, die allen Beteiligten daraus entstehen, wird auch die soziale Isolation, die vor allem in den Städten die Lebensqualität wesentlich beeinflusst, deutlich abgemildert. Außerdem wird dadurch ein anderes Lebensmodell aufgewertet, das nicht auf Geld und auf den Austausch materieller Güter aufgebaut ist.



4.1.6 Reparaturgesellschaft: und Selbsthilfe

Verändern sich Lebensstil und Konsumverhalten, wird der gesamte Wirtschaftsprozess in Bewegung gebracht. Wo nach neuen Produkten und Dienstleistungen nachgefragt wird, reagiert normalerweise auch das Angebot. So hat beispielsweise Karstadt, Europas größtes Kaufhausunternehmen, schon vor einigen Jahren damit begonnen, ökologische Anforderungen stärker zu berücksichtigen. Vor allem bei der Sortimentsgestaltung, bei der Reduzierung von Verpackungsmüll und bei der Verkehrsverminderung durch eine neue Logistik. Karstadt bietet als erstes Kaufhaus bundesweit in allen Filialen kontrolliert biologisch erzeugte Lebensmittel an. Auch im Bereich der Textilien wird angestrebt, daß bei allen angebotenen Waren möglichst schadstofffreie Rohstoffe zur Verwendung kommen. In allen Karstadt-Häusern gibt es seit 1995 "Umweltkoordinatoren", die u.a. dafür verantwortlich sind, daß der Abfall verringert und getrennt gesammelt wird. In der innerbetrieblichen Weiterbildung wird auf die "Umweltorientierung" Wert gelegt. Gleiches gilt auch für die Lehrlingsausbildung.

Regelmäßige Treffen zwischen der Umweltabteilung der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat sichern eine Mitbestimmung zu organisatorischen und inhaltlichen Aspekten dieses Umweltprogrammes.

Inzwischen sind schon die ersten Öko-Kaufhäuser errichtet worden; so z.B. in Mannheim das "Markthaus". Es bietet vor allem Recycling- und Second hand-Waren an. Reparaturwerkstätten, Leasing und ähnliche Dienstleistungen sollen manchen Neukauf überflüssig machen. In mehreren Werkstätten werden defekte Fahrräder, Haushaltsgegenstände oder Computer repariert. In einem Hol- und Bring-System werden Dienstleistungen angeboten, wie z.B. eine Änderungsschneiderei.

Besondere Beachtung findet in der Öko-Kaufhaus-Konzeption die Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit der Produkte.

Entstanden ist diese Idee nach der Schließung der Hertie-Filiale; die Gewerkschaftsvertretung im Kaufhaus hatte versucht, die drohenden Entlassungen durch die Schaffung eines Öko-Kaufhauses zu verhindern. Damals hatte dieser Vorschlag zwar keinen Erfolg, doch wenige Zeit später kam es dann zur Bildung des "Markthauses", das u.a. aus einem Förderprogramm der EU mitfinanziert wird.

Weitere Initiativen der Gewerkschaften betreffen die Information und Sensibilisierung der Kunden sowie die Weiterbildung der Mitglieder.

In Österreich ist es vor allem die Gewerkschaft GPA, die sich mit dem Thema der langlebigen Produkte und der Reparaturgesellschaft auseinandergesetzt hat. Ihr Projekt ist im Frühjahr 1997 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Projekt “Reparaturgesellschaft” der österreichischen Gewerkschaft der Privatangestellten

Die Industriegesellschaft zerstört und verschwendet die Produktivkräfte Natur, Arbeit und Kapital. Die Reparaturgesellschaft ist eine mögliche Antwort darauf.

Die sorgfältige Nutzung von Ressourcen, die Verlängerung der Lebensdauer von Produkten, Gebäuden und Anlagen, die Erhaltung und Wiederherstellung der Natur und die Nutzung menschlicher Schaffenskraft und Kreativität bilden ein Gegenkonzept zur Wegwerfkultur.

Gleichzeitig bietet das Modell einer dezentralen, dienstleistungsorientierten Gesellschaft die Möglichkeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Verbesserung der Lebensqualität.

Reparaturgesellschaft meint Reparieren im engsten und weitesten Sinn des Wortes:

- Reparieren im Sinne von “den Verschleiß verringern” und damit die Nutzungs- und Lebensdauer von Gütern, Gebäuden und Fahrzeugen erhöhen;
- die Natur reparieren, dort, wo wir sie bereits tiefgreifend geschädigt haben;
- die Gesellschaftsordnung “reparieren”, an der die Menschen zu Grunde gehen;

Hinter dem Reparaturgedanken steht auch das Konzept, die gewaltigen Ströme an Waren, Rohstoffen und Energie rund um den Erdball zu verringern und zumindest teilweise durch im Kreislauf geführte Stoffströme in der Region zu ersetzen.

Ziel ist die Aufwertung des in unserer Gesellschaft oft negativ bewerteten Begriffes der “Reparatur” und eine neue Lebensqualität:

- Durch Reparatur und Langlebigkeit wird höhere Qualität erschwinglicher .
- Reparatur schafft ein neues Qualitätsbewußtsein. Minderwertiger Ramsch verliert seine Attraktivität.
- Die Dinge halten länger und ersparen uns damit viel Ärger, Geld und Zeit.
- Durch Reparatur werden Rohstoffquellen geschont und in der Folge wird weniger Energie verbraucht, werden Emissionen und Abfälle reduziert.

Die GPA hat eine grobe Schätzung vorgenommen, wie sich der Wandel von der Wegwerf- zur Reparaturgesellschaft auf die Arbeitsplätze in den einzelnen Wirtschaftssektoren auswirken würde:

- Die Arbeitsplätze in der Neuproduktion würden abnehmen und es käme zu einer Umstrukturierung in Richtung Herstellung von Qualitätsprodukten.
- Bei industrieller Instandhaltung von Produkten würden jedoch Arbeitsplätze geschaffen werden: in der Sekundärproduktion und bei der Reparatur durch Aufarbeitungen, Instandsetzung in Serie etc.
- Im Handel mit neuen Produkten verringern sich die Arbeitsplätze.
- Im Sekundärhandel mit gebrauchten und aufgearbeiteten Gütern gibt es einen Zuwachs an Arbeitsplätzen.
- Mehr Arbeitsplätze würden auch im produzierenden Reparaturgewerbe geschaffen werden und allgemein im Dienstleistungsbereich.
- Weniger Arbeitsplätze gäbe es im Transportwesen.

Sicherlich hängen die Beschäftigungseffekte auch von anderen Faktoren ab; so z.B. von den Arbeitskosten in einer Region im Verhältnis zu den Kosten von Maschinen, Energie und Transport. Arbeitsintensive Reparatur hat nur dann eine Chance, wenn sie nicht teurer ist als die Herstellung neuer Produkte und deren Transport. Daher sind zwei Maßnahmen erforderlich:

- die Durchsetzung der Kostenwahrheit im Transport (zur Reduzierung des Öko- sowie des Lohn-Dumpings)
- eine ökologische Steuerreform (Senkung der Lohnnebenkosten und Erhöhung der Kosten für den Natur- und Energieverbrauch).

4.1.7 Umweltschutz: “Jobkiller” oder Chance für neue Arbeitsplätze?

Um diese Frage drehten sich jahrelange Grundsatzdebatten zwischen Gewerkschaften und Umweltschützern. Dabei wurde die Tatsache nicht berücksichtigt, daß die Antwort darauf einem permanenten Wandel unterliegt. Ob und wie der Umweltschutz Chancen für neue Arbeitsplätze schafft, hängt letztendlich von mehreren Faktoren ab, so z.B. von der Rolle des Staates (Umweltgesetzgebung, Festlegung von Standards, finanzielle Anreize für innovative Anstrengungen) und dem Verhalten der Bürger und Konsumenten (Frage der “Lebensstile”).

Es macht einen Unterschied, ob die Schwerpunkte in einer “Effizienzrevolution” liegen (Senkung der Umweltbelastung in der Produktion) oder in einer “Suffizienzrevolution” (Senkung der Gütermenge pro Kopf).

Nach einer Studie, die im Auftrag des deutschen Umweltministeriums von vier Wirtschaftsforschungsinstituten durchgeführt wurde, gab es in Deutschland im Jahre 1994 rund 950.000 Beschäftigte im Umweltbereich. Diese Ziffer wird als “Untergrenze” betrachtet, da z.B. Beschäftigungseffekte durch integrierte Umweltschutzmaßnahmen nur zum geringen Teil erfaßt worden sind. Etwas mehr als die Hälfte dieser Zahl ist im Dienstleistungssektor beschäftigt.

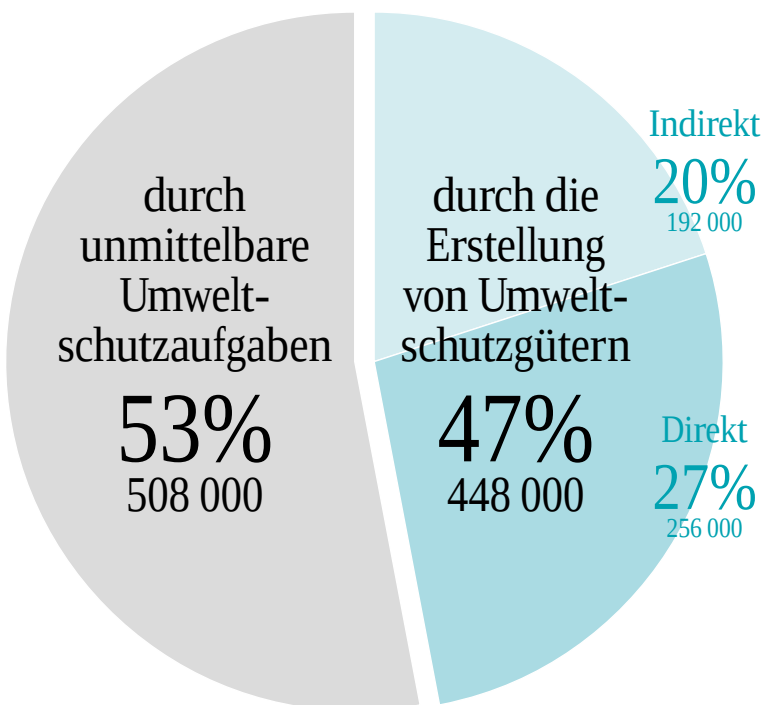


Schaubild 11

Quelle: Politische Ökologie Nr. 50/97

Besonders stark ist der Zuwachs im Bereich des Energiesparens. Das Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung hat ermittelt, daß seit 1973 durch Energiesparmaßnahmen 400.000 neue Arbeitsplätze entstanden sind und daß je eingespartem Petajoule Energie (in etwa 34.000 Tonnen Steinkohle) etwa 100 neue Arbeitsplätze im Baugewerbe, im Maschinenbau und in der elektrotechnischen Industrie geschaffen werden können.

Diese Tendenz läßt sich auch für die Zukunft absehen. Das Öko-Institut Freiburg schätzt den Zuwachs bis zum Jahre 2020 auf weitere 200.000 "gesündere und sichere" Arbeitsplätze. Bei einer nachhaltigen Energiewirtschaft würde es zwar auch Verlierer geben (z.B. im Kohlebergbau und in der Energieproduktion), doch würden die neuen Arbeitsplätze weniger von den Folgen der Globalisierung bedroht sein.

Beschäftigungseffekte einer nachhaltigen Energie- wirtschaft insgesamt

Schaubild 12

1	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 21 800
2	Energieerzeugung, Gewinnung von Wasser, Bergbau	- 270 000
3	chemische und Mineralölerzeugnisse Steine Erden	+ 16 700
4	Erzeugung von Eisen, Stahl, NE-Metallen	+ 20 900
5	Herstellung von Stahl und Maschinenbauerzeugnissen usw.	+ 98 000
6	Elektrotechnische und feinmechanische Erzeugnisse	+ 50 100
7	Holz, Papier, Lederwaren, Textil	+ 19 600
8	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 700
9	Bau	+ 205 600
10	Handel, Verkehr, Postdienst	+ 34 400
11	übrige marktbestimmte Leistungen	+ 12 200
12	nicht marktbestimmte Leistungen	- 2 100
Gesamt		+ 207 800

(aus "Arbeit & Ökologie 11/97)

Ähnliche Daten ergibt eine Studie der IG-Metall, die für das Jahr 2000 in Deutschland insgesamt 1.140.000 Beschäftigte im Umweltbereich vorsieht. Während in der verarbeitenden Industrie seit 1980 pro Jahr mindestens durchschnittlich 1,3% Arbeitsplätze verlorengehen, wächst die Anzahl der Beschäftigten im Umweltbereich pro Jahr um 0,2%.

Insgesamt wird in der Studie dieser Sektor als "zwar kleiner, aber starker Wachstumsfaktor" bezeichnet, der die Wettbewerbsfähigkeit steigert.

Nach Schätzungen der OECD wird der Weltmarkt für Umweltschutzgüter im Jahre 2000 ein Volumen von 300 Milliarden US-Dollar erreichen; dies bedeutet sicherlich ein weiteres Anwachsen der Beschäftigten in diesem Sektor.

Zum Teil wird dieser Zuwachs im Bereich der "end-of-the pipe"-Technologien liegen, die allerdings mittel- und langfristig durch "vorbeugende" Umweltschutzmaßnahmen und prozeß-integrierten Umweltschutz ersetzt werden. Andererseits gibt es im Bereich der umweltfreundlichen Produktion noch einen enormen Nachholbedarf, sodaß die Güter und Dienstleistungen in diesem Bereich mit guten Wachstumsraten rechnen können.

Umweltschutz verursacht allerdings eine Veränderung innerhalb des Arbeitsmarktes, wie aus der Studie der GPA über die Reparaturgesellschaft deutlich wird.

Außerdem bindet eine nachhaltige Wirtschaftspolitik viele Arbeitskräfte in anderen Bereichen, so z.B. in der Landwirtschaft, und reduziert somit den Druck auf den Arbeitsmarkt. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Untersuchung zum Beschäftigungspotential in der ökologischen Landwirtschaft.

Das "Höfesterben" aufgrund der Rationalisierung in der Landwirtschaft kann durch Ausweitung der ökologischen Bearbeitung aufgehalten werden, neue Arbeitsmöglichkeiten können geschaffen und gleichzeitig die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte wesentlich verbessert werden.

"Umweltschutz verbessert die Standortqualität; für einige Branchen ist dies sogar unabdingbare Produktionsvoraussetzung: Nahrungs- und Genussmittelindustrie (z.B. Mineralwasserquellen, Brauereien), Mikrochips (staubfreie Luft), Tourismus (...). Eine ökologische Steuerreform könnte innerhalb von 10 - 15 Jahren mehr als eine halbe Million zusätzlicher Arbeitsplätze schaffen(...). Wenn diese Steuereinnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt werden, verbessert sich die Wettbewerbsfähigkeit beschäftigungsintensiver Produkte und Dienstleistungen quer durch alle Branchen".

(Rudi Kurz, Wirtschaftsexperte des BUND - Deutschland)

In Italien ist es vor allem die gewerkschaftsnahe Vereinigung “Ambiente e lavoro”, die durch wissenschaftliche Untersuchungen ermittelt hat, daß in vier umweltpolitisch relevanten Sektoren ohne großen finanziellen Aufwand von 200.000 bis 400.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. ⁽²⁾

Diese Bereiche betreffen die städtische Verkehrspolitik und den Ausbau der öffentlichen Transporte, den Gewässer- und Bodenschutz, die Energieeinsparung im Bausektor durch Wärmedämmung und Solarenergie sowie die Sanierung von insgesamt 400 historischen Stadtkernen.



Schaubild 13

Höfesterben, Arbeitsplatzverluste und Rationalisierung				
Jahr	Landwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha LF	Voll- und Teilzeitarbeitskräfte		Arbeitskräftebesatz
	Anzahl	Personen	Arbeitskraft-Einheiten (AK)	AK/100 ha
1985	720.835	1.821.100	901.800	5,88
1995	523.037	1.232.200	565.500	4,13
Veränderung	-197.798	-588.900	-336.300	-30%

Arbeitsaufwand im ökologischen und konventionellen Anbau		
Ackerfrüchte	Arbeitsaufwand in Arbeitskraftstunden je Hektar (AKh/ha)	
	ökologisch	konventionell
Hafer , Winterroggen, Winterweizen	10,3 - 11,8	9,7 - 10,8
Ackerbohnen	9,1	8,8
Silomais	15,0	12,1
Kartoffeln	58,1	41,8
Zuckerrüben ohne und mit Blattbergung	83,8 - 94,8	20,9 - 31,9
Möhren	250,3	50,2

Ökologischer Landbau und Strukturwandel				
Jahr	Bio-Betriebe insgesamt	Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	Fläche je Betrieb	Arbeitskräftebesatz
	Anzahl	Hektar	Hektar	AK/100 ha LF
1984/85	1.562	27.700	17,7	6,87
1994/95	4874	136.681	28,0	4,57
Veränderung	+ 3.312	+ 109.000	+ 58%	-33%

Quelle: Politische Ökologie, Nr. 50, März/April 1997, S. 31-33

⁽²⁾Sondernummer “Dossier Ambiente” - Ambiente e occupazione Nr. 24/93

4.1.8 Neue Allianzen für eine lebenswerte Region

Das regionale Handlungsfeld ist für die europäischen Gewerkschaften relativ neu. Als mittlere Instanz zwischen einer Entwicklung, die sich immer stärker in Richtung Globalisierung bewegt, und den lokalen Partikularinteressen, hat die Region eine besondere Funktion zwischen der lokalen Ebene einerseits und der supranationalen Ebene (z.B. EG) andererseits.

Wenn auch die Tätigkeit auf regionaler Ebene stark von den institutionellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern abhängt, so sind doch europaweit viele interessante Beispiele gewerkschaftlicher Aktionen in Richtung einer ökosozialen Lebensqualität festzustellen.

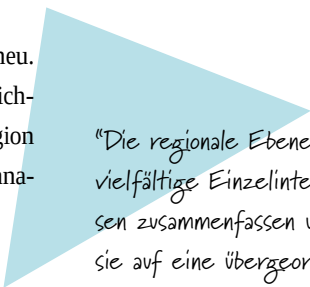
In Italien spielen dabei die Regionen Veneto, Emilia Romagna und die Lombardei eine wichtige Vorreiterrolle. Anzuführen ist dabei vor allem ein Abkommen, das schon im Jahre 1991 in der Lombardei zwischen den Sozialpartnern getroffen wurde: Dadurch wurde auf regionaler Ebene eine gemeinsame Kommission zu Umwelt- und Sicherheitsfragen eingesetzt.

Im Text des Abkommens erklären Gewerkschaften und Assolombarda (Industriellenvereinigung der Lombardei), daß Umwelt- und Gesundheitsschutz zu den wichtigsten Zielen der Sozialpartner gehören.

Die eingesetzte Kommission soll vor allem eine spezifische Umweltausbildung anregen und bei Konflikten zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitungen schlichtend eingreifen. Außerdem soll sie die Möglichkeiten einer ökologischen Umstrukturierung einzelner Betriebe untersuchen.

In der Folge dieses Abkommens sind in verschiedenen Provinzen der Lombardei konkrete Initiativen ergriffen worden, so z.B. in Pavia und Varese ("Dienstleistungszentren" mit gewerkschaftlicher Beteiligung zur Beratung und Umstrukturierung von Industriebetrieben); in anderen Zonen (Legnano, Arese und Lodi) sind Abkommen zu einer "territorialen Entwicklungspolitik" unter Berücksichtigung der Umweltaspekte getroffen worden.

Interessant ist außerdem das Beispiel der "Abkommen" (Protocollo d'intesa) zwischen den Gewerkschaften und den Stadtverwaltungen von Mantova und Como. Diese betreffen u.a. die Verbesserung der "Umweltqualität" in diesen Städten und die Bereiche der urbanistischen Planung, des Verkehrs, der Öffnungszeiten, des Energieverbrauchs. Weitere Informationen zu diesen Aktivitäten der regionalen Gewerkschaften in der Lombardei sind im Anhang erwähnt.



"Die regionale Ebene kann vielfältige Einzelinteressen zusammenfassen und sie auf eine übergeordnete Ebene bringen; sie bietet andererseits relative Bürgernähe und demokratische Kontrollmöglichkeiten, die über die der zentralen Ebene weit hinausgehen."

(Martina Seitz, Universität Bremen).

In der Region Venetien haben die Gewerkschaften ein detailliertes Konzept zu einer ökosozialen Entwicklung der Region und des "Großstadtraumes Venedig" ausgearbeitet. Dadurch soll ein neues Gleichgewicht zwischen einer möglichst umweltfreundlichen Großindustrie (Industriezone Porto Marghera), einer möglichst chemiefreien Landwirtschaft und einem sozial- und umweltfreundlichen Tourismus gefunden werden.

Im Mittelpunkt steht dabei die Forderung nach der Errichtung eines "Parco tecnologico" zur Entwicklung von nachhaltigen Produktionsmodellen in der Region.

Doch auch in den sogenannten unterentwickelten Regionen des "Mezzogiorno" gibt es interessante Ansätze einer gewerkschaftlichen Regionalpolitik mit ökosozialen Schwerpunkten.

"Nach dem Scheitern der kurzsichtigen Politik einer möglichst raschen Industrialisierung der Region, die nach der ersten großen Energiekrise im Jahre 1974 nur die Trümmer leerer Werkshallen und eine zerstörte Landschaft hinterlassen hat, begann in der Gewerkschaft die Diskussion über ein umweltverträgliches Entwicklungsmodell. Diese Frage war innerhalb der Gewerkschaft mit großen Konflikten verbunden, da ein großer Teil der Führungsspitze sich immer noch dem Modell einer intensiven Industrieproduktion verbunden fühlte. Der kontinuierliche Einsatz der Betriebsgewerkschafter in Pozzoli brachte dann doch eine Wende. Dort hatte die Firma Solfer jahrelang ohne jegliche Sicherheitsvorkehrungen Asbest verarbeitet. Viele Arbeiter waren an den Folgen der Produktion gestorben. Gleichzeitig begann man sich die Frage zu stellen, wo die vielen Abfälle der Asbestproduktion gelandet waren. Im Zuge der Auseinandersetzungen um diese Fabrik, begann man zu erkennen, wie weit die Zerstörung der natürlichen Ressourcen der Region schon fortgeschritten war. Die Region war zu einem Abladeplatz für Giftmüll degradiert; aus den Regionen Norditaliens wurden täglich Lastzüge von gefährlichen Abfällen nach Kampanien gebracht und dort mit Unterstützung korrupter Politiker und unter der Regie der Camorra beseitigt

(Giuseppe Biasco, Gewerkschafter in Kampanien).

Sicherlich haben auch diese Aktionen der Gewerkschaften dazu beigetragen, daß es letztendlich zu einer politischen Wende in der Region gekommen ist; viele korrupte Politiker landeten im Gefängnis; bei der Planung von Produktionsanlagen werden die möglichen Umweltbelastungen stärker berücksichtigt, der Giftmüll-export in die Region Kampanien ist unterbrochen worden. Die Stadt Neapel hat in den letzten Jahren einen großen Aufschwung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht erfahren.

Zum Thema "Asbest" hat es auch interessante Abkommen zwischen den Metallgewerkschaften Italiens und der FIAT gegeben. Ähnliche Abkommen wurden auch in Porto Marghera in den großen Chemiebetrieben erzielt.

Trotz dieser vielen interessanten Beispiele ist im allgemeinen allerdings festzustellen, daß die regionalen Handlungsspielräume immer noch wenig genutzt werden. Große Unterschiede bestehen dabei zwischen der Gewerkschaftspolitik in den italienischen Regionen und den deutschen Bundesländern, was sicherlich auch mit der unterschiedlichen Organisationsstruktur der Gewerkschaften zusammenhängt.

Arbeit, Umwelt, nachhaltige Entwicklung

(Protocollo d'intesa. Abkommen zwischen der Legambiente und den Gewerkschaftsbünden CGIL/CISL/UIL (13.3.96)

In diesem Grundsatzdokument, vereinbart zwischen der größten italienischen Umweltorganisation und den drei großen Gewerkschaftsbünden, werden die Voraussetzungen für eine gemeinsame Arbeit zur Verbesserung der Lebensqualität definiert und ein gemeinsames Aktionsprogramm erstellt. Das Dokument ist deshalb wichtig, weil es - zumindest offiziell - einen Schlußstrich zieht unter die jahrelange Diskussion zur Frage, ob und wie die soziale Frage im Konflikt mit den Erfordernissen einer tiefgreifenden Umweltpolitik steht.

Im Dokument wird folgendes festgehalten:

- das Entwicklungsmodell in allen Industrieländern baut auf eine geringe qualitative und quantitative Nutzung der verfügbaren menschlichen Arbeit und auf eine untragbare Ausbeutung der natürlichen Ressourcen auf;
- die wirtschaftlichen und sozialen Kosten dieses Entwicklungsmodells sind nicht mehr tragbar: Zwar steigt die Produktivität, doch gleichzeitig steigen auch die Kosten für die Gemeinschaft. Es ergeben sich enorme soziale Kosten aufgrund der wachsenden Arbeitslosigkeit, gleichzeitig steigen aber auch die wirtschaftlichen Kosten für die Sanierung der Umweltschäden;
- Entwicklung und Umweltschutz werden nicht mehr als Widerspruch gesehen, sondern im Gegenteil als eine wichtige Chance für den wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung und als ein wichtiges Feld für neue Beschäftigung;

Dokumentation

- die Gewerkschaftsbünde und Legambiente verpflichten sich zu einer gemeinsamen Aktion im Einsatz für ein neues Entwicklungsmodell und zu einer kontinuierlichen Kooperation mit dem Ziel, Umweltrecht und Umweltqualität zu verbessern, neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Umweltbereich zu schaffen, Konflikten vorzubeugen und gemeinsame Bildungsinitiativen zum Thema der nachhaltigen Entwicklung anzubieten.

Neben diesen allgemeinen Erklärungen zur gemeinsamen Information, Beratung und Kooperation wird auch ein konkretes Aktionsprogramm vereinbart, das folgende Schwerpunkte aufweist:

- Aufwertung und Sanierung der Altstadtzentren, zur Verbesserung der Lebensqualität;
- Beschäftigungsprogramme im Umweltbereich in Süditalien;
- Ausbau des Nationalparks im Apennin (Appennino Parco d'Europa), vor allem in Hinblick auf die Errichtung von neuen Arbeitsmöglichkeiten;
- Sensibilisierungskampagne auf nationaler und regionaler Ebene zur Energieeinsparung und zur Aufwertung alternativer Energiequellen;
- Initiativen im Bildungssektor zur Qualifizierung der Dozenten im Umweltbereich sowie Aufwertung der "Umweltberufe".

Grundsätzlich wird in diesem Abkommen auch ein gemeinsamer Einsatz zur Einführung von Ökosteuern, einer Neuberechnung des BSP (mit Berücksichtigung des Umweltverbrauches) sowie die Schaffung eines "Umweltforums für eine nachhaltige Entwicklung" beschlossen.

4.1.9 Globales Denken - Lokales Handeln

Internationale Solidarität für eine weltweite öko-soziale Entwicklung

Ein ausführlicher Bericht zu diesem Thema würde wohl mehrere Bücher umfassen. Daher beschränken wir uns hier auf einige besonders signifikante Aktionen europäischer Gewerkschaften. Kennzeichnend ist in den meisten Fällen, daß es zu Allianzen zwischen Gewerkschaften, Konsumenten und Nord-Süd-Solidaritätsgruppen kommt, um die soziale und ökologische Qualität der Produktion zu verbessern.

Beispiel "Bittere Orangen"

Mit einer internationalen Kampagne soll in der Region Sao Paolo in Brasilien für die rund 80.000 Erntearbeiter ein gerechter Lohn, die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen sowie ein Beschäftigungsverbot für Kinder erreicht werden. Gleichzeitig sollen auch Alternativen in der Produktion gefördert werden.

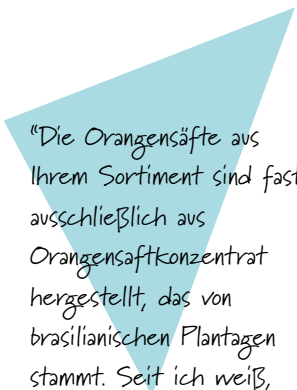
Dieses Projekt wird von der österreichischen Gewerkschaft ANG (Agrar - Nahrung - Genuß) gemeinsam mit mehreren Solidaritätsgruppen aus Österreich, Deutschland und Brasilien durchgeführt und zielt darauf ab, durch eine Informationskampagne innerhalb der Beschäftigten und der Konsumenten von Orangensaft den Druck auf die verarbeitenden Konzerne zu erhöhen.

Ein großer Teil der Erntearbeiter auf den Orangenplantagen ist nicht sozialversichert und hat kein Recht auf die Bildung einer gewerkschaftlichen Interessensvertretung. An die 15% der Arbeiter sind Kinder unter 14 Jahren. Diese Kinderarbeit hat drastische Konsequenzen: Irreversible gesundheitliche Schäden entstehen durch das Schleppen der 25 kg schweren Säcke und Vergiftungen durch Pestizide.

Die Kampagne in Österreich und Deutschland soll ein öffentliches Problembewußtsein schaffen und die Fruchtsaftersteller (auch mit Hilfe von Postkartenaktionen) dazu drängen, nur Orangensaftkonzentrat aus sozialverträglicher Produktion zu verwenden.

Nähere Informationen erteilt das ANG-Sekretariat Wien. (Diese besonders aktive Gewerkschaft führt ähnliche Kampagnen auch im Bereich der Bananen-, Kakao- und Kaffeeproduktion durch).

In Italien werden solche Aktionen vor allem vom "Centro nuovo modello di sviluppo" in Vecchiano/Pisa koordiniert. Adressen im Anhang.



"Die Orangensäfte aus Ihrem Sortiment sind fast ausschließlich aus Orangensaftkonzentrat hergestellt, das von brasilianischen Plantagen stammt. Seit ich weiß, daß dort Kinderarbeit zum Einsatz kommt, hinterläßt dies bei mir einen bitteren Nachgeschmack. Daher fordere ich Sie auf, sozial verträgliche Orangensäfte in Ihr Programm aufzunehmen!"

(Aus dem Text der Protestkarte an die Geschäftsleitung mehrerer österreichischer Getränkeproduzenten)

Beispiel “Klimabündnis”

Die Verbindung zwischen lokalen Initiativen zur Verbesserung der Lebensqualität und internationalen Aktionen zur Lösung globaler Probleme kommt vor allem beim “Klimabündnis” zwischen den europäischen Städten und den Völkern des Regenwaldes zum Ausdruck. Dieses Klimabündnis wird aktiv auch von vielen Gewerkschaftsorganisationen unterstützt, so z.B. von der GPA in Österreich und den Gewerkschaftsbünden in Italien. So stellt der Gewerkschaftsbund UIL in einem Grundsatzdokument fest:

“Mit dem Beitritt zu dieser ‘Allianz’ verpflichtet sich die UIL, am Arbeitsplatz wie in den Städten eine Politik der Verbesserung der Umweltqualität zu verfolgen, die auf eine Verringerung der Umweltbelastung abzielt(...). Gleichzeitig verpflichtet sie sich zur Unterstützung des Kampfes der indianischen Völker im Amazonasbecken für den Erhalt der tropischen Regenwälder. Dieser Beitritt (...) erlaubt uns, unser Engagement für eine höhere Qualität der natürlichen und sozialen Umwelt in unseren Städten mit dem Kampf von Völkern zu verbinden, die uns nicht nur geographisch, sondern vor allem aufgrund wirtschaftlicher und kultureller Unterschiede sehr fern sind, mit denen uns aber das gemeinsame Interesse verbindet, das globale Klima zu schützen und unseren Kindern eine Erde zu hinterlassen, auf der man leben kann. Das “Klimabündnis” erlaubt uns, voneinander zu lernen sowie die unterschiedlichen Lebensstile kennenzulernen.

Verschiedene Initiativen zum Schutz der Wälder hat auch der Internationale Bund der Bau- und Holzarbeiter angeregt. In seinem “Waldprogramm” von 1993 stellt der IBBH fest:

“Der Schutz des Waldes kann erreicht werden, wenn nachhaltige Nutzungsformen entwickelt werden, die den tropischen Ländern und ihren Völkern eine dauerhafte Nutzung der Erträge sichern und den Wald als Ökosystem erhalten. Die traditionellen Waldnutzungsrechte der lokalen Bevölkerung müssen in das System einer nachhaltigen Bewirtschaftung einbezogen werden. Die Holz- und Forstwirtschaft werden aufgefordert, durch nachhaltige Bewirtschaftung und Weiterverarbeitung der Forstprodukte im Ursprungsland die Wälder wirtschaftlich aufzuwerten und damit die Wälder zu schützen.”

(Aus den “Materialien” der Europäischen Gewerkschaftsakademie)

Betriebe im Klimabündnis

Gewerkschaftsprojekt im Klimaschutzprogramm der Stadt Wien

Ziel des Projektes ist die betriebliche Umweltvorsorge nach dem Motto “Mit grünen Maßnahmen schwarze Zahlen schreiben”.

In der Stadt Wien stehen etwa 60% der gesamten CO₂-Emissionen in direktem Zusammenhang mit Betrieben, wenn der Weg von und zur Arbeit mitberücksichtigt wird.

In Klein- und Mittelbetrieben stecken große Energieeinsparungspotentiale. Durch gezielte Maßnahmen können allein in diesem Bereich mehr als 50 Prozent der Kohlendioxidemissionen verhindert werden. Doch geht es nicht nur um den Schutz von Natur und Umwelt: Für die Betriebe selbst können wesentliche Kosteneinsparungen entstehen. Gleichzeitig sind gute “Image-Effekte” zu erwarten.

Vorteile für die Betriebe:

- Kosteneinsparung durch geringeren Energieverbrauch, weniger Abfall, sparsamen Materialeinsatz
- Standort- und Arbeitsplatzsicherung durch Vermeidung von Umweltproblemen
- Beratung und Information über neueste Technologien zur umweltgerechten Produktion
- Optimierung von betrieblichen Abläufen
- Förderung und Unterstützung durch die Gemeinde Wien

Einige der wichtigsten Maßnahmen:

- Verwendung von Energiesparlampen, Nutzung natürlicher Lichtquellen
- Jahreskarten für den öffentlichen Transportdienst
- Aufstellen überdachter Radabstellanlagen
- Organisieren von Fahrgemeinschaften der Mitarbeiter
- Sorgfältige Auswahl der Betriebsfahrzeuge hinsichtlich des Treibstoffverbrauches
- Nutzung von Abwärme für Heizung und Warmwasser durch entsprechende Technologie
- Einbeziehen alternativer Energieformen: Sonnen-, Windenergie, Biomasse
- Wärmedämmung bei Gebäudesanierung
- Kraftwärmekoppelung im Produktionsprozeß
- Optimierung der Transportlogistik
- Maßnahmen in der Produktentwicklung wie z.B. Materialeinsparung, Reparierbarkeit, Langlebigkeit usw.
- Kaffee, Tee und andere fair gehandelte Produkte aus biologischem Anbau aus dem Süden (aus “Weltläden”)
- Umweltmanagement: Öko-Audit, Ökobilanzen



„Zukünftig muß auch die Frage, für welche Produkte, in welcher

Arbeitsumgebung, mit welchen Arbeitsmitteln, Arbeitsstoffen und Arbeitsverfahren gearbeitet wird, zum Gegenstand gewerkschaftlicher Politik werden.

Dabei sind nicht nur Risiken und Folgen für die Angestellten und Arbeiter im Betrieb, sondern die Auswirkungen auf alle betroffenen Menschen und Bevölkerungsgruppen und die Natur zu berücksichtigen. Dies bedeutet, daß einerseits ökologische Überlegungen in alle Gebiete der Gewerkschaftspolitik integriert und andererseits neue Bereiche und Formen der politischen Arbeit erschlossen und entwickelt werden müssen.“

(Beschluß des Gewerkschaftstages der GPA-Österreich)

4.2 Neue Leitbilder in der Produktion - Schritte zu einem ökologischen Arbeitsplatz

Im Kapitel 2 ist schon über die möglichen Folgen eines ökologischen Strukturwandels auf die Unternehmen gesprochen worden. Viele Manager und Betriebsinhaber haben unter dem Motto eines neuen “Qualitätsmanagements” schon mit Umstrukturierungen begonnen.

Es ist für die Belegschaft und die Gewerkschaftsvertreter wichtig, schon in der Planungsphase miteinbezogen zu werden. Andererseits kann es auch für das Management interessant sein, solche Umstrukturierungen nicht “gegen” sondern in enger Zusammenarbeit mit den Beschäftigten durchzuführen. Gerade in diesem Bereich ist es notwendig, die alten Schemen von einem “Null-Summen-Spiel” zu überwinden und gemeinsam neue Wege zu finden, die allen Beteiligten etwas bringen: den Arbeitnehmern, dem Betrieb, der Gemeinschaft.

Worum geht es bei dem neuen Leitbild einer “ökologischen Qualitätsorientierung”?

Es geht dabei vor allem um:

- den verstärkten Einsatz von umweltfreundlichen Technologien zur Reduzierung der Umweltbelastung und für eine rationelle Energienutzung;
- die Schließung von Stoffkreisläufen, mit dem Ziel der bestmöglichen Verwendung aller Rückstände und Abfallstoffe für eine Wiederverwertung im Betrieb (z.B. Verpackungsmaterial, Elektronikschrott, Altfahrzeuge);
- die ökologische Bilanzierung des Produktionsprozesses;
- das ökologische Design von Produkten;
- es geht aber auch um bessere und gesunde Arbeitsbedingungen
- um Organisationsmodelle, die eine kreative Entfaltung und Mitsprache ermöglichen;
- um Arbeitszeitmodelle, die den Arbeitnehmern eine “Zeitsouveränität” und Eigengestaltung gestatten.

4.2.1 Ökologisches Design im Produktionsprozeß

In der Vergangenheit war Umweltpolitik stark technisch orientiert; d.h. es wurde nach technischen Lösungen gesucht, um die Umweltbelastungen für Produktionsanlagen schnell und wirksam zu verringern. Kennzeichnend sind dabei vor allem additive Entsorgungsanlagen (z.B. Filter zur Abgas- und Abwasserreinigung). In einer zweiten Phase wurden vor allem produktionsintegrierte Umweltschutzmaßnahmen getroffen, insbesondere durch die Entwicklung emissions- und abfallarmer Produktionsverfahren.

Zu den technisch orientierten Leitbildern kommen nun verstärkt umsetzungsorientierte Zielsetzungen, die vor allem die Schließung von Stoffkreisläufen (Rückführung von gebrauchten Produkten in den Produktionsprozeß) zum Ziele haben. Beabsichtigt wird die Erhöhung der stofflichen Verwertung von Abfällen (z.B. Verpackungsmaterial, Elektronikschrott, Altautos).

Die Realisierung dieses Konzeptes stellt auch bestimmte Anforderungen an das Produktdesign; vor allem wenn die Absicht verfolgt wird, eine Verlängerung der Produktlebensdauer zu erreichen.

In der Steigerung der Produktivität der eingesetzten Rohstoffe und Materialien liegt eine der größten Herausforderungen im betrieblichen Umweltschutz, aber auch ein großer betriebswirtschaftlicher Vorteil. Während die Produktivität des Faktors Arbeit in den letzten hundert Jahren um das 20-fache gesteigert wurde, sind die Einsparungspotentiale im Materialeinsatz nur geringfügig genutzt worden.

Ein Beispiel:

“Bei der Produktion eines PKW mit einem Gesamtgewicht von 1,16 Tonnen entstehen ca. 1,5 Tonnen Abfälle. Bei der Rohstoffgewinnung für diesen einen PKW fallen 25 Tonnen Abfall an (Abraum und Schlake), solange Stahl und Nicht-Eisen-Metalle nicht aus Altmaterial gewonnen werden.” (Aus: Öko-Bilanzen von Fahrzeugen, Umwelt- und Prognose-Institut Heidelberg)

Das “ökologische Design von Produkten” bedeutet somit mehr als ein besseres Recycling-System: Die Lebensdauer eines Produktes soll wesentlich verlängert werden. Das bedeutet, daß im Unternehmensbereich die strategischen Entscheidungen sich vom Produktionsbereich mehr in Richtung Wartung und Dienstleistungen bewegen. Ein Beispiel: Durch die Produktion von Langzeitautos würde die Anzahl von neu zu produzierenden PKWs sinken, gleichzeitig könnte sich für die Autoindustrie ein neues Geschäftsfeld ergeben, wenn in diesem Langzeitauto systematisch bestimmte Komponenten ausgetauscht werden könnten und dem Kunden nicht nur der PKW, sondern eine Mobilitätsdienstleistung verkauft wird. (Ähnliches könnte auch für den Bereich der Computerproduktion interessant sein).

Eine wesentliche Frage in diesem Zusammenhang stellt sich auch in der Akzeptanz durch den Verbraucher. Auch diesbezüglich ist eine enge Einbeziehung der Mitarbeiter im Betrieb ein wichtiges Testmittel.

Konzept für gesunde Produktion:

“Design for Health”: unter dieser Bezeichnung läuft seit 1991 ein Studienprojekt der “Dubliner Stiftung”. Dabei geht es darum, alle Phasen, von der Produktionsplanung bis zum Konsum der Güter, unter dem Gesichtspunkt der Gesundheit, der Sicherheit und der Umweltbelastung zu überprüfen. So werden u.a. folgende Aspekte berücksichtigt:

- Zyklen des eingesetzten Materials (Langlebigkeit, Wiederverwertbarkeit);
- Auswirkungen auf Gesundheit der Arbeiter und Konsumenten;
- Vermeidung von Umweltbelastungen.

Ein geeignetes “Softwareprogramm” soll den Produzenten schon vor Beginn der eigentlichen Planung helfen, mögliche Risiken zu minimieren und eine gute Umweltqualität zu sichern.

4.2.2 Gesundheitsschutz und Arbeitsumwelt

Jährlich ereignen sich weltweit 125 Millionen Arbeitsunfälle, darunter 220.000 tödliche (Daten des internationalen Arbeitsamtes 1997).

Doch bringen diese Ziffern lediglich die sprichwörtliche “Spitze eines Eisbergs” zum Ausdruck. Statistisch kaum erfaßt sind die vielen leichten und schweren Krankheiten, die aufgrund schlechter und unangemessener Arbeitsbedingungen entstehen. Ein häufiger Grund für diese Krankheiten sind die vielen chemischen Stoffe, die im Arbeitsprozeß eingesetzt werden.

Es wird davon ausgegangen, daß etwa 100.000 chemische Stoffe in unterschiedlichem Ausmaß an den Arbeitsplätzen “bearbeitet” werden. Innerhalb der EU wird mit einer jährlichen Vermarktung von 3000 bis 5000 neuen Stoffen gerechnet. Fachleute schätzen, daß ein erheblicher Teil der Krebssterblichkeit und die Mehrzahl der immer häufiger auftretenden allergischen Reaktionen auf die am Arbeitsplatz verwendeten Stoffe zurückzuführen sind. ⁽³⁾

Nicht immer lassen sich “innerbetriebliche” und “außerbetriebliche” Umwelt klar trennen, denn Gefahrstoffe belasten oft gleichermaßen die Gesundheit der Arbeitnehmer wie die der Menschen, die in der Nachbarschaft leben.

Eine Unterscheidung ist deshalb wichtig, weil es (leider immer noch) eine unterschiedliche gesetzliche Regelung für beide Bereiche gibt. Die Arbeitssicherheit ist



“Gesundheit ist nicht die Abwesenheit von Krankheit, sondern ein Zustand körperlichen, psychischen und sozialen Wohlbefindens.”

(WHO - Weltgesundheitsorganisation)

⁽³⁾ Aus dem Dokument der Arbeitsgruppe “Humanisierung, Technologie, Umwelt des ÖGB, 1997

derzeit etwas eingehender geregelt als der “äußere”, betriebsexterne Umweltschutz. Andererseits nehmen die Fragen der Gesundheitsförderung in der öffentlichen Diskussion einen geringeren Stellenwert ein als der Umweltschutz. Nur so ist das relativ geringe Interesse der Medien an der steigenden Anzahl von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten zu erklären.

Für die Arbeit der Betriebsgewerkschafter ist es daher wichtig, die zahlreichen Querverbindungen zwischen den beiden Bereichen nicht aus den Augen zu verlieren.

Es kann an dieser Stelle nicht ausführlich auf die verschiedenen Aspekte des Gesundheitsschutzes im Betrieb eingegangen werden; diesbezüglich verweisen wir auf die Publikation des AFI “Moderne Zeiten - Gesunde Zeiten” (1997) und auf die vielen Publikationen zur Erläuterung des Gesetzes 626/94.

Tatsache ist, daß trotz technologischer Fortschritte in der Produktion die gesundheitlichen Belastungen in vielen Arbeitsbereichen zunehmen.

Besonders dramatisch ist die steigende Zahl der berufsbedingten Hautkrankheiten sowie der Krebserkrankungen. An vielen Arbeitsplätzen entstehen Schadstoffkonzentrationen, die weit über jenem Niveau liegen, das der Bevölkerung im Umweltbereich zugemutet wird.

Die MAK-Werte (maximale Arbeitsplatzkonzentration gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe) gibt es nicht für alle krebserzeugenden und erbgutverändernden Arbeitsstoffe. Problematisch ist außerdem, daß diese Werte nur einen “Mittelwert” angeben, der nicht auf unterschiedliche Arbeitsbedingungen eingeht.

All diese Stoffe treffen den Arbeitnehmer doppelt: in seiner Arbeit im Betrieb ebenso wie in seiner Lebenswelt als Konsument und Bürger.

Überall, wo Gefahrenstoffe im Spiel sind (=Arbeitnehmerschutzproblematik), sind auch Schadstoffe/Emissionen/ Abfälle/Abwässer (=Umweltproblematik) anzunehmen und umgekehrt.

Gewerkschaftskampagne “Tatort Betrieb”

Von besonderem Erfolg war in Deutschland die Aktion der IG Metall unter dem Titel “Tatort Betrieb”.

“Die IG Metall beginnt (1988) in ihren 29 Verwaltungsstellen in Baden-Württemberg die Aktion ‘Tatort Betrieb’ als Beitrag zur Verbesserung des Gesundheits- und Umweltschutzes. Hintergrund für diese Aktion ist die unbestreitbare Tatsache, daß erstens immer mehr Beschäftigte durch den Umgang mit Gefahrstoffen erkranken und zweitens Umweltbelastungen, die in der unmittelbaren Arbeitsumwelt entstehen, einen Hauptanteil an allen Umweltschäden darstellen. Insofern ist die Verbesserung der Arbeitsumwelt nicht nur Gesundheitsschutz für die unmittelbar Betroffenen, sondern gleichzeitig das Herzstück des Umweltschutzes insgesamt,”

(Presse-Info der IG Metall, Stuttgart).

Es sind viele Ursachen, die zu psychischen Belastungen bei der Bildschirmarbeit führen können; oft ist die Computertechnik nicht ausgereift. Systemabstürze, streikende Drucker oder Softwarefehler behindern die Arbeit und lösen Streß aus, vor allem wenn die Arbeitsmenge groß ist und Zeitdruck herrscht. (...)

Im Vergleich zur herkömmlichen Büroarbeit stellt Bildschirmarbeit größere Anforderungen an die Konzentration. Wer häufig durch Telefonanrufe unterbrochen wird, muß sich später in den Vorgang wieder eindenken. Die Belastung liegt hier also nicht in der eigentlichen Arbeitsaufgabe, sondern im Aufwand, der nötig ist, die Aufgabe überhaupt erledigen zu können. Die Folge: Abendliche Erschöpfung. Man kann nicht abschalten, ist unruhig und angespannt, weil wichtige Dinge am Tage nicht mehr erledigt werden konnten.

(Aus "Arbeit & Ökologie" 22/97)

Ausgehend von der Information zu vielen gefährlichen Schadstoffen (z.B. Per-Chlorethylen und Tri-Chlorethylen, Kühlschmiermittel, Lösemittel und Lacke) wurden auch die Risiken der Lärmbelastung sowie die Gesundheitsrisiken im Büro aufgearbeitet.

Streß

Neben dem Umgang mit gefährlichen Substanzen stellt die Belastung durch Streß in wachsendem Ausmaß ein Gesundheitsproblem dar. Die wichtigsten Quellen von psychischer Belastung und Streß liegen in folgenden Bereichen:

- schlechte Arbeitsorganisation
- Über- oder Unterforderung
- monotone Arbeit
- zu geringe Arbeitspausen
- Zeitdruck und Leistungsdruck
- mangelnde Weiterbildungsmöglichkeiten
- undurchschaubare Leistungsbeurteilung
- ständige Überwachung
- schlechtes Betriebsklima.

Unterstrichen werden müssen in diesem Zusammenhang die hohen sozialen und ökologischen Folgekosten dieser Gesundheitsbelastungen am Arbeitsplatz. Auch in diesem Bereich kann von einer "Externalisierung der Produktionskosten" gesprochen werden, denn letztendlich müssen die Belastungen von den betroffenen Personen und den gesellschaftlichen Strukturen (mit öffentlichen Finanzmitteln) getragen werden.

Psychische Belastungen:

Viele kleine Ursachen haben große Wirkung

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Arbeitsorganisation und der gesundheitlichen Belastung der betroffenen Arbeitnehmer. "Rationalisierungsmaßnahmen" in der Betriebsorganisation bedeuten vielfach eine Straffung der Arbeitsabläufe und damit eine weitere Verdichtung und Intensivierung der Arbeit. Dadurch entfallen einerseits die arbeitsablaufbedingten Kurzuhepausen (erhöhte Dauerbelastung). Andererseits wirken sich auch Störungen des Arbeitsablaufes weit drastischer aus.

Burnout - eine Krankheit im "Trend der Zeit"

(drei Symptome)

- Rasche Ermüdung oder Erschöpfung
- Die Wirksamkeit der eigenen Arbeit wird nicht mehr gesehen
- Menschen, mit denen beruflich umgegangen wird, werden nicht mehr als Persönlichkeiten, sondern mit Gleichgültigkeit und wie Objekte behandelt.

Gewerkschaftliche Aktionen zum Gesundheitsschutz stehen in enger Verbindung mit den Aktionen zur Arbeitszeit und zur Arbeitsorganisation.

Unter dem Motto "Arbeitszeitpolitik ist zugleich auch Arbeitsschutzpolitik" haben einige Gewerkschaften (vor allem in Deutschland) deutlich gemacht, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht nur zur Sicherung der Beschäftigungslage dient, sondern auch dem vorbeugenden Gesundheitsschutz.

Ebenso haben Gewerkschaften in verschiedenen Ländern eine stärkere Mitbestimmung im organisatorischen Bereich gefordert, um durch eine direkte Beteiligung der Arbeitnehmer am Gestaltungsprozeß Krankheiten vorzubeugen. In diesem Sinne wird versucht, das Öko-Audit-System bzw. das "ökologische Gütesiegel" auch auf diese soziale Komponente auszudehnen.

Auf mehrere Handlungs- und Beratungshilfen, die von den Gewerkschaften zum Thema "Gesundheitsschutz" veröffentlicht worden sind, wird im Anhang verwiesen.

Tatsache ist, daß noch sehr viel "Interpretationsspielraum" bleibt; im Gesetz 626/94 wird nicht klar und deutlich genug den Auflagen der europäischen Verordnung entsprochen. Diese sieht nämlich einen "vorbeugenden Gesundheitsschutz" ausdrücklich vor. Und was ist "vorbeugend", wenn viele der wichtigsten Auslöser von Krankheit, die mit der Arbeitszeit und Arbeitsorganisation in Zusammenhang stehen, nicht berücksichtigt werden?

"Die neuen rechtlichen Bestimmungen zur Arbeitssicherheit sehen ausdrücklich vor, daß 'objektive' und 'subjektive' Bewertungskriterien berücksichtigt werden müssen. Dies bedeutet, daß auch der 'subjektive Faktor', die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, so z.B. die geschlechts- und altersspezifischen Unterschiede eine Rolle spielen. Es geht folglich nicht nur um die Festsetzung von 'objektiven' Grenzwerten. Dadurch wird auch dem Thema des 'psychischen Gesundheitsschutzes' mehr Handlungsraum gegeben.

Das 'Wohlbefinden' einer Person wird nicht als Zustand, sondern als ein kontinuierlicher Prozeß betrachtet, in Richtung einer steten Verbesserung.

Die persönliche Einschätzung der Gesundheitsrisiken durch die Arbeitnehmer bedeutet auch eine aktivere Rolle der Arbeitnehmer zur Vorbeugung eventueller Risiken (...).

Vorbeugender Gesundheitsschutz bedeutet folglich auch eine Berücksichtigung der Arbeitsorganisation, der Arbeitsrhythmen und der Raumgestaltung zur Abschätzung von möglichen Risiken für das persönliche Wohlbefinden."

(Gabriela Galli, Verwaltungsratsmitglied der "Europäischen Agentur für Gesundheit und Sicherheit", Bilbao).

4.2.3 Arbeitszeit und Zeitsouveränität

Die Regelung der Arbeitszeit gehört historisch zu den wichtigsten Themen der gewerkschaftlichen Aktion.

Hier sollen nur einige der vielen Zusammenhänge hervorgehoben werden, die mit dem Thema des “ökologischen Wohlstandes” verbunden sind.

Die Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß aufgrund der rapide ansteigenden Produktivität im Arbeitsprozeß die notwendigen Waren und Dienstleistungen von immer weniger Beschäftigten hergestellt werden. Einer der Vordenker der Gewerkschaftsbewegung, André Gorz, schreibt dazu:

“In der Industrie beträgt der jährliche Produktivitätszuwachs seit 1978 zwischen 5 und 6%; auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zwischen 3 und 4% pro Jahr. Die Produktion von Gütern und (ver)käuflichen Dienstleistungen hingegen wächst jährlich höchstens um 2%. Mit anderen Worten: auch ohne Unterbrechung eines beständigen Wachstums nimmt doch jährlich die gesamtwirtschaftlich erforderliche Arbeitsmenge um 2% ab.”⁽⁴⁾

Eine Neu- und Umverteilung der Arbeit wird daher zu einer absoluten Notwendigkeit; mehrere Möglichkeiten bieten sich an, so z.B.:

- die Verkürzung der wöchentlichen bzw. jährlichen Arbeitszeit
- die Erweiterung von Part-time- Arbeitsmöglichkeiten
- die Einführung von “Sabbaticals” bzw. die Ausweitung der Möglichkeit zu einem Wartestand
- der Abbau von Überstunden.

Uns interessiert in diesem Kontext vor allem die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und ökologischer Arbeits- und Lebensqualität.

Entscheidend ist dabei vor allem die Frage der “Zeitsouveränität”, d.h. selbst über Menge und Verteilung der Arbeitszeit bestimmen zu können. Empirische Untersuchungen belegen, daß in Deutschland ungefähr 2,5 Millionen Menschen mehr arbeiten als sie arbeiten wollen - und bereit wären, bei weniger Arbeit auf Einkommen zu verzichten. Dies würde auch ohne “Wirtschaftswachstum” allein durch eine intelligentere Form der Arbeitsorganisation rund eine Million Menschen mehr beschäftigen (Rudi Kurz in “Ökologische Beschäftigungskonzeption - ökologische Wirtschaftspolitik”).

⁽⁴⁾ Gorz A., *Kritik der ökonomischen Vernunft*, Rotbuch Verlag, 19..

Allerdings wird bisher die flexible Gestaltung der Arbeitszeit vor allem im Interesse des Produktionsprozesses gesehen (z.B. für die “Just-in-time-Produktion”). Die Selbstbestimmung der Arbeitszeit gibt es nur in seltenen Ausnahmefällen.

Trotzdem können gerade in diesem Bereich entscheidende Weichen für eine ökologische Wirtschaftspolitik gestellt werden.

“Zeitsouveränität” bedeutet u.a.:

- eine Entlastung vom “Pendlerstreß”
- mehr Möglichkeiten zur Abstimmung zwischen Familien- und Arbeitserfordernissen
- mehr Zeit für die Freiwilligenarbeit und die ehrenamtliche Tätigkeit
- individuelle Entscheidungsmöglichkeiten zwischen “mehr Lohn” oder “mehr Muße”
- größere Kombinationsmöglichkeiten zwischen Erwerbs- und Eigenarbeit.

Langfristig wird die Tendenz unweigerlich in Richtung einer neuen Mischung zwischen Erwerbs- und Eigenarbeit gehen müssen, um einer Eskalation des Kampfes um Arbeit vorzubeugen, aber auch um die finanzielle Krise des Sozialstaates einigermaßen bewältigen zu können.

Eine Vorbedingung dazu ist allerdings die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen (z.B. durch Einführung eines Grundeinkommens) und eine gesellschaftliche Aufwertung der informellen Tätigkeit.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Aufklärung und Werbung zu neuen “Zeitpräferenzen”; positive Beispiele und erfolgreiche Modelle können zur Übernahme neuer Leitbilder motivieren.

Eine neue Zeitkultur steht in einer engen Wechselbeziehung mit einer garantierten sozialen Grundsicherung, die eine Entkoppelung von Einkommen und Arbeit ermöglicht, sowie mit der Frage nach einer ökologischen Struktur- und Finanzreform, z.B. der steuerlichen Entlastung der Arbeit bei gleichzeitiger Mehrbelastung des Energie- und Materialverbrauchs. Beide Themen werden hier aus Platzgründen nicht näher behandelt.

Festzustellen ist, daß in diesem Bereich noch ein enormer Nachholbedarf an Diskussion und vor allem an der Verwirklichung neuer “Zeitmodelle” besteht. Es gibt zwar interessante Beispiele: die Zeitregelung in den “Volkswagen”-Werken in Deutschland (siehe dazu die Studien von Hildebrandt/Rindersbacher) oder auch die Regelungen in einigen italienischen Betrieben. Doch sind solche Betriebe immer noch die Ausnahme und es gibt noch wenige Studien, die Aufschluß darüber geben, wie sich dadurch die “Arbeits- und Lebensqualität verbessert hat.

Beispiele aus italienischen Betrieben:

ACOTRONICS - drei Arbeitsturnusse - 32.50 Wochenstunden

BONFIGLIOLI - vier Arbeitsturnusse - 30 Wochenstunden

ZANUSSI - verschiedene Zeitmodelle - 34,5 Stunden im Durchschnitt

NIGGELER/KUPFER/LEGLER - im Durchschnitt 32 und 33 Stunden

Siderurgica INSEE - Durchschnitt von 33,5 Stunden

In all diesen Beispielen wurde die Arbeitszeit ohne Lohnverlust reduziert.

Von den vielen Themenfeldern zur Thema zur Frage der Arbeitszeit soll hier aus Platzgründen lediglich die Telearbeit näher behandelt werden.

Telearbeit

Eine Studie des deutschen Bundesarbeitsministeriums (1997) macht deutlich, daß rund 10% aller Betriebe schon Telearbeit anbieten. Es werden 500.000 Arbeitsplätze für mobile Telearbeit (Außendienstbeschäftigte) und 350.000 Arbeitsplätze für alternierende Telearbeit genannt. In 75% aller Fälle liegt der Telearbeit eine freiwillige Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugrunde. Rund drei Viertel aller Telearbeiter gaben bei einer Befragung an, auch an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten. (Weitere Hinweise dazu im Anhang).

Wie bei vielen anderen Neuigkeiten innerhalb der Arbeitswelt gibt es auch bei der Telearbeit aus der Sicht der Gewerkschaften Licht- und Schattenseiten.

Auf der einen Seite bietet sie die Möglichkeit einer größeren Selbstbestimmung der Arbeitszeit (freie Zeiteinteilung und selbständiges Arbeiten), einer besseren Vereinbarkeit zwischen Beruf, Familie und persönlichen Interessen; ebenso gibt es eine bestimmte "Zeitersparnis", weil die Fahrtzeiten zum Betrieb wegfallen.

Auf der anderen Seite stehen die Risiken: Tendenz zur Vereinzelung und zur Isolation, weniger Möglichkeit zu betrieblichem Erfahrungsaustausch.

Viele sozialen Implikationen der telematischen Heimarbeit sind noch ungenügend betrachtet worden, so z.B. Fragen des Arbeitsrechts und des Gesundheitsschutzes. Es stellt sich die Frage, wer die Einhaltung der Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften kontrollieren kann, ohne dabei die Privatsphäre zu verletzen. Oft sind die Wohnungen zu klein, um Raum für einen geeigneten Arbeitsplatz zu schaffen. Wer trägt die Risiken bei Arbeitsunfällen? Welche Risiken ergeben sich mittel- und langfristig aufgrund der relativ "isolierten" Arbeitsbedingungen? Wie wird das Familienleben durch das Ineinanderfließen von Freizeit und Arbeit beeinflusst?

In den letzten Jahren wurden aufgrund des zunehmenden Interesses an dieser besonderen Form von Arbeitsorganisation auch die ersten Kollektivverträge ausgearbeitet.

Die Schwerpunkte sind dabei:

- Erhaltung eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses; Wahrung von bestimmten Grundrechten auch bei Selbständigkeit;
- Datenschutz;
- Einbindung in den Betrieb;
- Arbeitszeitgestaltung;
- Leistungskontrolle.

Besonders aktiv sind in diesem Bereich die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) in Österreich und die Deutsche Postgewerkschaft. Diese hat in Verbindung mit der Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Versicherungen) und der Industriegewerkschaft Medien auch über Internet eine "Basisinformation" zur Telearbeit angeboten (E-mail "Info@onforte.de" und Internet: www.onforte.de.) Auch eine schriftliche Broschüre wird zur Grundinformation angeboten. (Adressen im Anhang)

4.2.4 Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen

Seit mehreren Jahren kommt es im Bereich der industriellen Produktion (aber zunehmend auch im Dienstleistungssektor) zu neuen organisatorischen Leitbildern. Von einer stärkeren Qualitätskontrolle der Produkte ausgehend, werden der gesamte Organisationsprozeß und auch die umweltbezogene Leistung einer Qualitätsprüfung unterzogen.

Bezeichnet wird dieser dynamische Prozeß mit dem Begriff "Total Quality Management" (TQM) zum Teil sind diese Qualitätskriterien auch in der internationalen Normenserie ISO 9000 - 9004 festgehalten.

Eine besondere Form des TQM ist das Umweltmanagementsystem nach den Verordnungen der Europäischen Union. Auf dieses System wird in einem gesonderten Abschnitt näher eingegangen.

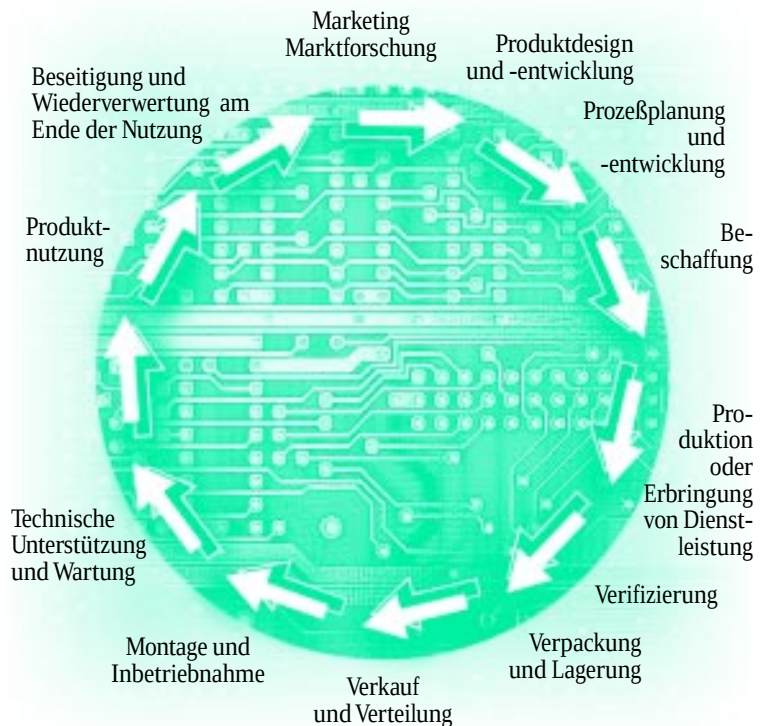
Zu den tragenden Säulen dieses TQM gehören die Kundenorientierung und die Prozeßorientierung, aber auch die Mitarbeiterorientierung.

Für die Beschäftigten im Betrieb ergeben sich durch diese neuen Managementsysteme die Möglichkeiten zu größeren Spielräumen in der Arbeitsgestaltung.

Kreativität und Flexibilität erhalten als “effizienzsteigernde Elemente” einen großen Stellenwert. Psychische und soziale Leistungsvoraussetzungen werden stärker berücksichtigt. Die betriebliche Umstrukturierung kann u.a. auch mehr Autonomie, Verantwortung und Qualifikation für die Beschäftigten mit sich bringen.

Von vielen Managern wird das TQM als reine Angelegenheit der Unternehmensleitung betrachtet und sicherlich gibt es auch bei der Durchsetzung von Rationalisierungen große Interessenskonflikte zwischen Betriebsleitung und Gewerkschaften. Dennoch kann eine echte Einbindung der Arbeitnehmervertreter für beide von großem Interesse sein. Letztendlich läßt sich ohne Verbesserung der Qualität der Arbeitsbedingungen und ohne die kreative Einbeziehung von Arbeitern und Angestellten langfristig keine Verbesserung der Produktqualität erzielen.

Schavbild 14



Quelle: GPA, Wien



Schaubild 15

Quelle: GPA, Wien

Ziele und Nutzen für die Beteiligten

- Kostenersparnis durch verbesserte Ressourcennutzung
- Reduzierung des Materialeinsatzes durch ökologisches Produktdesign
- Verringerung der Entsorgungskosten
- Verbesserte Voraussetzungen für die Planung von Kosten, Risiken und Nutzen
- "Umwelt-Transparenz" und Einhaltung der Umweltgesetze
- Wettbewerbsvorteile sowie niedrigere Versicherungsprämien
- Verbesserte Arbeitssicherheit
- Verbesserte Arbeitsorganisation
- Schutz der Umwelt und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Zwei Beispiele aus dem Dienstleistungsbereich:

In der britischen Nat West Group ergaben sich nach Einführung des TQM in den letzten 5 Jahren Kosteneinsparungen von 40 Millionen Pfund; in der Credit Swiss wurde der Strom-, Wärme- und Wasserverbrauch um 10% reduziert, mit einer Kosteneinsparung von jährlichen 3 Millionen Schweizer Franken.

Beispiel Lern- und Vorschlagsgruppen im Chemieunternehmen Hüls AG, Marl - Deutschland

“ Umweltmanagement verlagert den Schwerpunkt der Rationalisierung weg vom Faktor Arbeit, hin zur Steigerung der Material- und Ressourcenproduktivität.

Die Effekte auf die Arbeitsplätze sind nicht eindeutig bestimmbar.

Einerseits werden zweifellos die Unternehmen gestärkt und damit Arbeitsplätze abgesichert. Andererseits kann mit der ökologischen Effizienzsteigerung auch der Wegfall von Arbeitsplätzen verbunden sein. Es besteht auf alle Fälle ein Elementarinteresse der Belegschaftsvertretung mitzuwirken.“

(Aus dem “Leitfaden zum Qualitätsmanagement” der GPA).

Diese jeweils 5-8 Beschäftigte umfassenden Gruppen haben das Ziel, die Erfahrungen und Kenntnisse der Mitarbeiter einzubauen, um dadurch eine Verbesserung der Arbeitsqualität zu erzielen. Eingesetzt wurden diese Gruppen durch eine im Jahre 1988 abgeschlossene Betriebsvereinbarung. Darin ist vorgesehen, daß sich die Mitarbeiter während der Arbeitszeit mit den Themen des Qualitätsmanagements beschäftigen. Die Beteiligung ist freiwillig; für die eingereichten Verbesserungsvorschläge erhalten die Gruppenmitglieder eine Prämie, die abhängig ist vom Nutzen des Vorschlages. Diese Summe wird in der Gruppe zu gleichen Teilen aufgeteilt.

Die Anzahl der eingereichten Vorschläge ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Von den insgesamt im Jahre 1995 bearbeiteten 1.111 Themen betreffen rund ein Drittel ökologische Bereiche, wie z.B. Energie- und Materialersparnis, Arbeitssicherheit und Umweltschutz. ⁽⁵⁾

4.2.5 Öko-Audit und “ökologische Selbstverpflichtung”

Im Juni 1993 hat der Rat der Europäischen Gemeinschaft eine Verordnung über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Umweltmanagementsystem und einer Umweltbetriebsprüfung beschlossen (kurz: Öko-Audit oder EMAS-Verordnung).

Diese Verordnung soll innerhalb des Jahres 1998 überarbeitet werden.

Voraussichtlich wird diese Verordnung auch auf den Dienstleistungssektor ausgedehnt. In einigen Ländern (so z.B. in Österreich) sind auch die Bereiche Banken und Verkehrswesen miteinbezogen worden.

Zwar liegt es im Ermessen der einzelnen Unternehmen, ob sie sich diesem Prüfungssystem unterziehen lassen wollen oder nicht, doch ist es wahrscheinlich, daß sich immer mehr Betriebe dafür entscheiden werden, weil dadurch ein großer Image-Effekt erzielt werden kann, gleichzeitig aber auch nach außen hin die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften des Umweltschutzes nachgewiesen werden können und weil dadurch auch Kosten (z.B. Energie/Rohstoffe) gespart werden.

Um dieses “Umweltsiegel” zu erhalten, müssen die beteiligten Betriebe in einer schriftlichen Erklärung ihre Umweltmaßnahmen darlegen.

⁽⁵⁾ Weitere Informationen zu diesem Modell: Biere/Zimpelmann, Seite 167 ff.

Die einzelnen Schritte des Öko-Audit:

- Definition der Umweltpolitik, Bestimmung der quantitativen und qualitativen Ziele
- Umweltprüfung vornehmen, Bestandsaufnahme der IST-Situation
- Umweltprogramm entwerfen, Programm der technischen Maßnahmen
- Umweltmanagementsystem einrichten, organisatorische Schritte
- Dokumentation erstellen, Umwelthandbuch
- Teilnahmeerklärung abgeben
- Umweltbetriebsprüfung vornehmen
- Umwelterklärung abgeben, Öffentlichkeitsarbeit

Chancen und Risiken für die betriebliche Interessensvertretung

In den Betrieben, die sich dem Öko-Audit unterziehen, ergeben sich einige wesentliche Veränderungen, die sich auf die Arbeitsbedingungen sicherlich auswirken:

- Der gesamte Betrieb wird in den einzelnen Produktionsbereichen genau auf die jeweiligen Umweltbelastungen überprüft; dabei wird sich unweigerlich einiges an der Arbeitsorganisation verändern.
- Die Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes wird zu einer Daueraufgabe, die nicht nur den Spezialisten vorbehalten ist, sondern alle Beschäftigten miteinbezieht.

In diesem Bereich ergeben sich auch die Anknüpfungspunkte für den Einsatz von Betriebsgewerkschaften und Betriebsräten.

Die EG-Verordnung spricht nicht ausdrücklich von einer gewerkschaftlichen Beteiligung im Bereich des Öko-Audits; die Gewerkschaften erwarten sich von der Überarbeitung der Verordnung diesbezüglich einige Neuigkeiten.

Trotzdem gibt es schon aufgrund der bestehenden Regelung mehrere Ansatzpunkte für eine Arbeitnehmerpartizipation:

- in der beruflichen Ausbildung wird eine ökologisch ausgerichtete Qualifikation gefordert;
- das Öko-Audit muß von den Beschäftigten mitgetragen werden; für den Bereich des Umweltmanagements wird gefordert, daß im Rahmen von Personal, Kommunikation und Ausbildung geeignete Maßnahmen getroffen werden;
- konkret bedeutet dies, daß die Betriebsleitung gezielte Initiativen zur Bildung und Information ergreift und die Beschäftigten zur aktiven Mitarbeit motiviert. Die Öko-Audit-Prüfung sollte auch das Verhalten und den Kenntnisstand der Mitarbeiter erfassen.

Daraus ergeben sich einige Handlungsmöglichkeiten für die Betriebsgewerkschaften:

- Im Zuge der organisatorischen Umstrukturierungen können verschiedene Aspekte eingefordert werden, so z.B. mehr Eigenverantwortung, mehr Teamarbeit, eine Anreicherung der Arbeitstätigkeiten.
- Im Bereich der Fort- und Weiterbildung kann das Selbstbewußtsein der Beschäftigten gestärkt werden.
- In den Betriebsverträgen kann die kreative Mitarbeit und das betriebliche Vorschlagswesen auch in seinen finanziellen Auswirkungen für die Mitarbeiter geregelt werden (z.B. Beteiligung an den Gewinnen durch Reduzierung der Produktionskosten).

Auf der anderen Seite sind die Risiken beim Öko-Audit aber nicht zu übersehen. So schreiben Regina Biere und Beate Zimpelmann in ihrem Handbuch über den betrieblichen Umweltschutz:

“Nicht immer wird es den Firmen nur um den rationelleren Einsatz von Rohstoffen und Energie gehen. Sie werden Umstellungsprozesse auch zu einer Rationalisierung im Personaleinsatz nutzen. Die Anforderungen an die Arbeit werden steigen, da ein Mehr an Kenntnissen und an Aufmerksamkeit verlangt und zusätzliche Arbeitsverrichtungen geleistet werden müssen. Die Gefahr besteht, daß die Arbeit unter der Hand qualifizierter und intensiver wird, ohne daß dies formal festgehalten und entlohnt wird”.⁽⁶⁾

Allerdings unterstreichen beide Autorinnen die Chancen, die auch langfristig für die Sicherung der Arbeitsplätze bestehen, denn “ein qualitativ guter betrieblicher Umweltschutz bietet die Chance für die Entwicklung zukunftsfähiger Produkte, sinnvoller Tätigkeiten und sicherer Arbeitsplätze. Eine solche Entwicklung ist ohne eine aktive Mitwirkung und Beteiligung der Beschäftigten nur schwer vorstellbar.”

Der DGB hat im Frühjahr 1997 erstmals eine Bilanz nach zwei Jahren Öko-Audit gezogen und sich die Frage gestellt, was diese Regelung den Beschäftigten konkret gebracht habe. Fazit dieser Untersuchung: Dem betrieblichen Umweltschutz hat diese Regelung sicherlich einigen Nutzen gebracht. Die betriebsinternen Informationsflüsse wurden verbessert, doch gibt es eine echte Beteiligung der Beschäftigten und der Betriebsräte nur in Ausnahmefällen.

Trotzdem setzt sich die Gewerkschaft weiterhin für einen Ausbau des Öko-Audit ein; allerdings soll die gewerkschaftliche Mitsprache dabei erweitert werden. Einige Beispiel haben deutlich gemacht, daß bei Einbau des Personalrates im Ökomanagement wesentliche Kosteneinsparungen möglich sind. So waren z.B. bei der Stuttgarter Landesgirokasse seit 1992 Einsparungen von mehreren hunderttausend Mark möglich. Dadurch ist in diesem Betrieb der Druck auf Einsparungen beim Personal nicht so stark.

⁽⁶⁾ ebenda, S. 33

Schaubild 16

- ④ Umweltmanagement bringt positive Ergebnisse
- ④ positive Auswirkungen auf
 - Mitarbeitermotivation
 - Beteiligungsmöglichkeiten
 - Arbeits- und Gesundheitsschutz
 - Transparenz von Zuständigkeiten und Abläufen
 - Arbeitsplatzsicherheit
- ④ hilfreich für die Systematisierung und Dokumentation von Umweltschutzaktivitäten
- ④ hilft, Schwachstellen und Einsparpotentiale aufzuspüren
- ④ positive Wirkung auf innerbetriebliche Kooperation

Mitarbeiter entscheiden über den Erfolg

„Umweltmanagement wirkt sich auf die Arbeitswelt aus und führt zu einer Veränderung bei einer Vielzahl von Arbeitsplätzen. Dadurch sind die Interessen der Beschäftigten unmittelbar betroffen.“

Gleichzeitig können motivierte und qualifizierte Mitarbeiter zum Motor für Innovationen im betrieblichen Umweltschutz werden. Voraussetzung dafür ist, daß im Betrieb Strukturen aufgebaut werden, die es den Beschäftigten ermöglichen, sich an der Gestaltung des Umweltmanagements wirkungsvoll zu beteiligen.

Betriebsräte können das Umweltmanagement mitgestalten, z.B. über die Mitarbeit im betrieblichen Audit-Team. Sie können dabei Verantwortung mit dafür übernehmen, daß im Betrieb Umweltmanagement beteiligungsorientiert umgesetzt und die notwendige Qualifizierung der Beschäftigten gewährleistet wird.“

(Barbara Hemkes, Projektleiterin im DGB-Bildungswerk)

Schaubild 17

- ④ Information deutlich intensiver als Beteiligung
- ④ Mitarbeit in Strukturen des Umweltmanagementsystems ist eher die Ausnahme
- ④ 1/4 der Betriebsräte wurden weder informiert noch durch Mitarbeit einbezogen

Die Gewerkschaften stehen im allgemeinen dem „Öko-Audit“ positiv gegenüber. Dagegen stehen die Gewerkschaften und die Umweltverbände den „Selbstverpflichtungserklärungen“ der Unternehmen ziemlich kritisch gegenüber; diese werden als ungenügend betrachtet, weil sie zu wenig Verpflichtungen und Kontrollen enthalten.

Gefordert wird seitens der Gewerkschaften eine Ausweitung der „Umweltzeichen“ auch auf soziale Kriterien.

Ein großer Teil der deutschen Industrie hat sich bis 1997 in einer Selbstverpflichtungserklärung zum Klimaschutz verpflichtet. "Die deutsche Wirtschaft", so lautet es in der Erklärung, "ist auf freiwilliger Basis bereit, besondere Anstrengungen zu unternehmen, ihre spezifischen CO₂-Emissionen bzw. den spezifischen Energieverbrauch bis zum Jahr 2005 auf der Basis des Jahres 1990 um 20% zu verringern."

Solche "Selbstverpflichtungen" sind auch in anderen Bereichen, so z.B. von der Tourismuswirtschaft übernommen worden. Die Mängel solcher Erklärungen liegen darin, daß die konkrete Durchsetzung im Ermessensspielraum der einzelnen Unternehmen liegt. Andererseits gibt sie den internen Gewerkschaftsvertretungen die Möglichkeit, bei Betriebsverhandlungen auf die konkrete Umsetzung dieser Verpflichtung zu drängen und dabei die sozialen und ökologischen Aspekte zu verbinden.

Eine besondere Form der Selbstverpflichtung ist das "Responsible Care-Programm" der chemischen Industrie (vor allem in Deutschland). Damit wird die Verpflichtung zu vorsorgendem Umwelt- und Gesundheitsschutz eingegangen und zu einer offenen und aktiven Information der Öffentlichkeit. Diese Übernahme von Eigenverantwortung ist erstmals Mitte der achtziger Jahre in der nordamerikanischen Chemieindustrie erfolgt. Anfang der neunziger Jahre wurde sie von europäischen Betrieben aufgegriffen. Ein Grund dafür: einige spektakuläre Unfälle in chemischen Betrieben und eine zunehmend kritischere Öffentlichkeit.

In Deutschland gibt es seit 1987 ein Abkommen zwischen den Sozialpartnern, das den Betriebsräten eine Reihe von Informationsrechten und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich des Umweltschutzes zusichert. In Folge dieses Abkommens wurde auch von Gewerkschaften und Unternehmerverband eine "Gesellschaft zur Information der Betriebsräte über Umweltschutz in der chemischen Industrie" (GIBUCI) gegründet. Seit diesem Abkommen wurden auf betrieblicher Ebene inzwischen mehr als 60 Betriebsverträge zum Thema Umweltschutz abgeschlossen.

In Italien wartet man immer noch auf die Verabschiedung einiger Durchführungsbestimmungen zur europäischen Öko-Audit-Verordnung; daher kann mit der ökologischen Überprüfung der Betriebe noch nicht begonnen werden.

4.2.6 Umweltschutz in den “industriellen Beziehungen”

Der Begriff der “industriellen Beziehungen” umschreibt ganz allgemein die Verhandlungstätigkeit (Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge) zwischen Gewerkschaften und Unternehmen.

Das “ökologische Thema” ist als relativ neuer Bereich der gewerkschaftlichen Aktion nicht Bestandteil der Vertragsverhandlungen. Allerdings gehören viele Teilbereiche der Arbeitsökologie zum klassischen Repertoire der Gewerkschaftstätigkeit. So z.B. die Aspekte der Arbeitszeit, der Arbeitsorganisation und ganz allgemein das Thema der “Arbeitsqualität”.

Es gibt in Europa viele unterschiedliche Ansätze zu gewerkschaftlichen Öko-Aktionen innerhalb dieser “industriellen Beziehungen”. Zum Teil wurden dabei schon vorhandene Mitbestimmungsrechte in Einzelfragen (so z.B. im Bereich des Gesundheitsschutzes) “ökologisiert”, d.h. auf Umweltfragen ausgedehnt.

Mit Unterstützung der “Dubliner Stiftung” sowie der “Hans-Böckler-Stiftung” beschäftigt sich seit mehreren Jahren ein Wissenschaftler-Team aus verschiedenen europäischen Ländern mit der Frage, wie die ökologischen Themen in die industriellen Beziehungen eingebaut und welche konkreten Ergebnisse dabei erzielt worden sind. Allerdings wird bei diesen Untersuchungen der Schwerpunkt vor allem auf “umweltrelevante” Aspekte (im engeren Sinn des Wortes) gesetzt. Themen, die zur klassischen Aktionspalette der Gewerkschaften gehören, werden dabei nicht berücksichtigt.

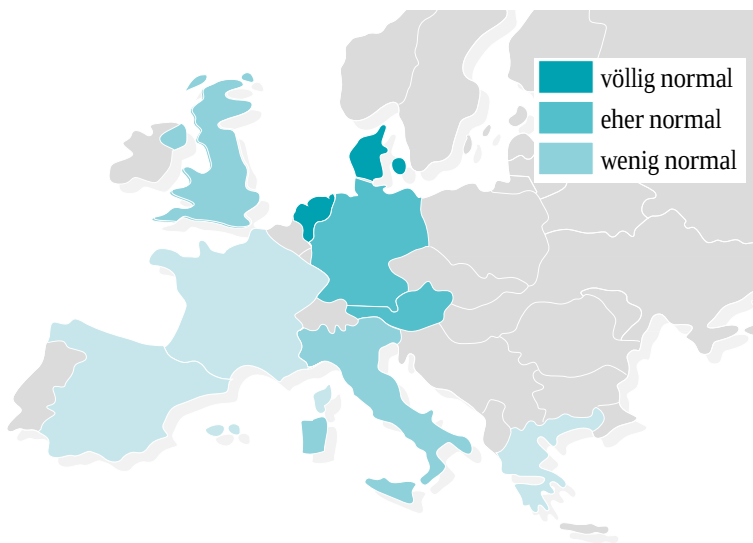


Schaubild 18

Das Schaubild 18 macht deutlich, daß inzwischen in mehreren europäischen Ländern “Umweltthemen” zum Verhandlungsgegenstand zwischen den Sozialpartnern geworden sind.

Vor allem von deutschen und österreichischen Gewerkschaften sind verschiedene “Musterbetriebsvereinbarungen” und “Vertragsentwürfe” ausgearbeitet worden.

Im wesentlichen geht es dabei vor allem um folgende Aspekte:

- Ausweitung der Informationsrechte für alle Arbeitnehmer im Betrieb;
- Regelung der Fortbildung zu Umweltthemen und Festschreibung einer bestimmten Anzahl von Freistellungen für den betrieblichen Umweltschutz;
- Regelung der Möglichkeit, externe Sachverständige in Anspruch zu nehmen;
- Einführung von Umweltberichten, Arbeitskreisen und Beratungsgremien; Ausweitung des Vorschlagsrechtes auf ökologisch relevante Themen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der “Umwelt-Tarifvertrag” zwischen der Deutschen Telekom AG und der Postgewerkschaft. In diesem Vertrag, der ab Jänner 1998 in Kraft getreten ist, ist die Einrichtung von Umweltausschüssen und die Benennung von Umweltbeauftragten vorgesehen. Die Beteiligung der Beschäftigten und der Betriebsräte sowie die Freistellungen für Weiterbildung sind ebenfalls ausführlich geregelt.

In den Betriebsverträgen liegen die Schwerpunkte vor allem bei den folgenden Inhalten (aus Biere/Zimpelmann “Handbuch für den betrieblichen Umweltschutz”):

- verkehrsbezogene Maßnahmen, die den Umstieg auf das Zufußgehen, das Radfahren, die Bildung von Fahrgemeinschaften oder die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel (Job-tickets) finanziell honorieren;
- die ökologische Gestaltung des Kantinenwesens: Angebot von Vollwertkost, Benutzung von Mehrweggeschirr und umweltfreundlicheren Reinigungsmitteln, Einsatz energiesparender Geräte;
- die Erweiterung des betrieblichen Vorschlagswesens auf den betrieblichen Umweltschutz.”

In Italien sind kollektivvertragliche Regelungen vor allem im Bereich der Chemieindustrie abgeschlossen worden. In diesem Sektor gab es schon im Jahre 1967 eine vertragliche Regelung, welche die Bildung von “Komitees zum vorbeugenden Sicherheits- und Gesundheitsschutz” vorsah.

Diese “Vorreiterrolle” spielt der Chemiesektor immer noch.

Im Kollektivvertrag ist die Ernennung von “Umweltbeauftragten” vorgesehen und auch die bezahlten Freistellung für die Weiterbildung dieser Delegierten. Außerdem sieht der Vertrag vor, daß zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitungen über “Umweltthemen” (z.B. Investitionen, Umstrukturierungen, Einsatz von bestimmten Chemikalien bzw. neuer Substanzen) verhandelt werden muß.

In Österreich spielt vor allem die GPA eine Vorreiterrolle bei der Ausarbeitung von Handlungshilfen für die ökologische Betriebsarbeit.

Eine Gruppe von Betriebsräten hat einen umfassenden Entwurf zu einem “Betriebsabkommen” ausgearbeitet ⁽⁷⁾.

⁽⁷⁾ veröffentlicht in der Broschüre “Umweltschutz in der praktischen Betriebsarbeit”, Hrsg. Evelyn Blau.

Rahmentarifvertrag zum ökologischen Wirtschaften

Dokumentation

Entwurf der Gewerkschaft ÖTV - (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) in Deutschland

Präambel:

Die Vertragsparteien verpflichten sich im Geltungsbereich dieses Vertrages ökologisch zu wirtschaften. Dieses Ziel umfaßt die Planung, Entwicklung, Beschaffung, Erstellung eines Produktes oder einer Anlage, Verrichtung einer Dienstleistung einschließlich der Entsorgung. Zu diesem Zweck sind die Erkenntnisse über ökologisches Wirtschaften in den öffentlichen Verwaltungen, Betrieben sowie Unternehmen umzusetzen, die Vorbildfunktion im Umweltschutz auszubauen und entsprechende Handlungsanleitungen für Beschäftigte und Unternehmensleitungen zu schaffen.

Gegenstand des Vertrages ist die vorbildliche Umsetzung eines ökologischen Wirtschaftens. Insbesondere geht es um

- rohstoff- und energieschonendes Wirtschaften;
- Abfallvermeidung, Wiederverwendung, Schadstoffentfrachtung, Abfallverwertung, Abfallbehandlung sowie, falls unvermeidbar, eine umweltverträgliche Beseitigung des Abfalls;
- Unterstützung eines ökologischen Produzierens und Konsumierens, das eine an der Erhaltung und Schonung der Natur (Klima, Luft, Wasser usw.) orientierte Anlagen- und Produktgestaltung sowie eine umweltverträgliche Logistik und ein entsprechendes Beschaffungswesen beinhaltet;
- Reduzierung des motorischen Individualverkehrs und Stärkung des öffentlichen Personenverkehrs (z.b. job-tickets);
- Verbesserung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes durch Vermeidung von gesundheitsschädlichen Belastungen;
- Verankerung der Themen "Arbeitssicherheit, präventiver Gesundheitsschutz und vorsorgender Umweltschutz" in der betrieblichen Aus-, Fort- und Weiterbildung;
- Erstellung von Ökobilanzen, Öko-Audits sowie die Entwicklung von erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen, Energie- und Stoffbilanzen, Umweltdaten, Umweltbetriebsprüfungs- und Umweltmanagementsystemen.

Zur Durchsetzung und Überwachung des Vertrages werden auf betrieblicher Ebene paritätisch besetzte Umweltausschüsse gebildet. Die konkrete Ausgestaltung und Zusammensetzung kann betrieblich vereinbart werden. Dieser Umweltausschuß hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit den für Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutz Beauftragten sich mit allen Fragen des betrieblichen Umweltschutzes zu befassen.

So z.B.: Entgegennahme und Beratung des jährlichen Umweltberichtes, Beteiligung bei der Erstellung einer Ökobilanz über Energie- und Stoffströme im Betrieb, Anwendung und Umsetzung des Öko-Audits mit den damit verbundenen Qualifizierungsfragen.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Umweltausschuß über geplante Veränderungen und Neueinführungen von Arbeitsabläufen, Produktionsprozessen, Produkten und Entsorgungsmaßnahmen zu informieren. Der Umweltausschuß hat Einspruchsrechte.

Gleichzeitig wird ein Umweltbeauftragter eingesetzt, der einen besonderen Kündigungsschutz genießt und die Aufgabe der Überwachung und Kontrolle hat.

Ein weiterer wichtiger Punkt dieses "Tarifvertrages" betrifft die Qualifizierung und die Mitsprache der Arbeitnehmer:

- Anspruch auf bezahlte Freistellung zur Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen zum ökologischen Wirtschaften (5 Arbeitstage pro Kalenderjahr, akkumulierbar bis zu 20 Arbeitstagen);
- Ausweitung der betriebsinternen Weiterqualifizierung im Bereich Umweltschutz;
- die Arbeitnehmer müssen die Gelegenheit erhalten, über die Probleme des betrieblichen Umweltschutzes zu sprechen. Der Umweltausschuß führt in allen Abteilungen des Betriebes während der Arbeitszeit Beratungen durch; dadurch soll erreicht werden, daß die Beschäftigten stärker an die Fragen des ökologischen Wirtschaftens beteiligt werden; diese Beratungen sind mindestens zweimal jährlich durchzuführen;
- Verpflichtung zur Weiterqualifizierung in Fragen des ökologischen Wirtschaftens für alle Arbeitnehmer in Leitungsfunktionen.

Durch bezirklichen oder örtlichen Tarifvertrag (Zusatzvertrag) kann dieser Rahmentarifvertrag durch ergänzende oder konkretisierende Regelungen erweitert werden. Dies gilt insbesondere für tarifliche Regelungen in einzelnen Bereichen oder für einzelne Betriebe, Verwaltungen oder Krankenhäuser.

(Vertragsentwurf ausgearbeitet im September 1994)

Nachwort

Warum sich der Einsatz lohnt...

Immer mehr Menschen haben irgendwie das schale Gefühl, daß mit unserer Welt und unserem Lebensstil nicht alles in bester Ordnung ist. Alles scheint schneller zu werden, die Menge an Waren in den Kaufhäusern nimmt Tag für Tag zu, die Vielfalt an Informationen, die wir über unsere Medien erhalten, hat ein Ausmaß erreicht, das noch vor wenigen Jahren unvorstellbar war.

Und dennoch stellt sich vielen die Frage: Ist die Qualität meiner Arbeit besser geworden? Habe ich mehr Zeit als früher? Lebe ich durch diese "Beschleunigung" der Zeiten gesünder und sicherer?

Fragen, die zum Nachdenken anregen, ob nicht vielleicht das "rechte Maß" der Dinge, die Ausgewogenheit in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung abhanden gekommen ist.

In Antwort auf diese Zweifel bemühen sich viele Menschen in ihrer Freizeit um ein "besseres Leben", für sich, für die Familie, vielleicht auch für die ganze Welt.

So gibt es in Südtirol inzwischen sehr viele Landsleute, die sich in ihrer Freizeit für eine saubere Umwelt, für einen gerechten und solidarischen Handel, für gesunde Ernährung und eine "sanfte" Medizin einsetzen. In vielen Familien ändern sich Lebensstil und Konsumverhalten zunehmend.

Und in der Welt der Arbeit?

Immer noch geht es vielfach am Bewußtsein der Menschen vorbei, daß die 35 oder 40 Wochenstunden, die sie am Arbeitsplatz verbringen, genauso zur Umweltzerstörung beitragen: zur Zerstörung der "physischen" Umwelt, aber auch zur (vielfach verkannten) Zerstörung der inneren "psychischen" Umwelt. Wieviel zerstörerisches Potential liegt in der Hektik, im Streß, in der seelischen Leere, im Konkurrenzdruck, die oft das Arbeitsleben prägen?

Warum sich also nicht öfter Gedanken machen, wie die eigene Arbeitsqualität verbessert werden kann? Von der Arbeitszeit zur Arbeitsorganisation, zu den ergonomischen und gesundheitlichen Bedingungen am Arbeitsplatz: Ansatzmöglichkeiten gibt es genug, und es braucht dabei nicht unbedingt Konflikte mit den Vorgesetzten und der Firmenleitung. In vielen Fällen bringt ein gesundes, kreatives, selbstgestaltetes Arbeitsleben der Arbeitnehmer einen frischen Wind und eine positive Energie in die Betriebe.

Vielfach sind es vor allem die eingerosteten kulturellen Barrieren und “Feindbilder”, die einen solchen Qualitätssprung verhindern.

Dabei paarten sich oft Unwissenheit mit Unsicherheit: Wer ist für die ökologischen Themen und den Umweltschutz im Betrieb zuständig? Was kann der einzelne tun? Was sollte eher dem Betriebsrat, dem Sicherheitsbeauftragten oder den Gewerkschaften überlassen werden? Für welche Anliegen kann der Konsumentenschutz eingeschaltet werden? Wann gerate ich in ein Konfliktverhältnis mit der Betriebsleitung?

Es sind manchmal viele solcher Fragen, die Unsicherheit schaffen.

Am Ende dieser Broschüre soll noch einmal unterstrichen werden, was bisher schon mehrfach gesagt worden ist: Es geht beim Thema der “Ökologisierung der Arbeitswelt” weniger um die Durchsetzung von geschriebenen und paragrafierten “Rechten”; es gibt bisher für die Arbeitnehmer im Betrieb keine Art von “ökologischem Mandat”.

Es handelt sich vielmehr um einen Prozeß, der Überzeugung, Kraft, Phantasie, Freude und Spaß an der Sache erfordert. Die meisten der dargestellten Beispiele sind aus dieser Geisteshaltung entstanden.

Sicherlich hat sich in der Folge davon auch die “Rechtslage” verändert; doch wäre beispielsweise auch ein geregeltes “Öko-Audit-System” nicht vorstellbar, wenn es nicht eine tiefgreifende Veränderung im Konsumentenbewußtsein gegeben hätte.

Zweifellos gibt es auch einige rechtliche Grundlagen für ökologisches Engagement am Arbeitsplatz; meist nicht direkt, sondern über den “Umweg” des Schutzes der Gesundheit. Aber ist denn der Gesundheitsschutz nicht eine Form des Umweltschutzes? In diesem Sinne ist der Art. 32 der italienischen Verfassung (“Die Republik schützt die Gesundheit als grundlegendes Recht des Individuums und im Interesse der Allgemeinheit..”) oder auch der Art. 9 des “Arbeiterstatutes” (Gesetz 300/70) eine gute Ausgangsbasis.

Noch mehr Spielräume gibt es durch das Gesetz Nr. 626/94, das ausdrücklich von einem “vorbeugenden Gesundheitsschutz” spricht.

Doch gibt es noch andere “Umwege”: etwa die Erneuerungen der Betriebs- und Kollektivverträge, in denen die Arbeitszeit und die Arbeitsorganisation geregelt werden können.

Auf kommunaler und provinzieller Ebene gibt es weitere Handlungsmöglichkeiten, auf die “Zeiten” und “Rhythmen” der Städte einzugehen, oder bestimmte ökologische Dienstleistungen einzufordern. Nicht umsonst ist es den italienischen Rentnergewerkschaften gelungen, in den letzten Jahren viele solcher Abkommen zur Verbesserung der Lebensqualität zu erzielen.

Es geht also vielfach um ein neues “Bewußtsein” am eigenen Arbeitsplatz: Es kann sich am Anfang darin äußern, daß man die Abfälle trennt, oder einige Grünpflanzen ins Büro bringt; Bioprodukte für die Betriebsmensa fordert, oder Fahrradständer und Duschkabinen für die Fahrradpendler...

Später erwacht dann vielleicht das Interesse an größeren Freiräumen zur kreativen Gestaltung der eigenen Arbeit, oder auch ein Nachdenken über eine stärkere ökologische Ausrichtung in der Produktion von Waren oder Dienstleistungen...

Wichtig ist es, die Zeit am Arbeitsplatz nicht einfach zu “vergessen”. Sie ist und bleibt für viele immer noch der größte Teil des “Zeitkuchens”, den sie in ihrem Leben zur Verfügung haben.

Vielleicht ist das ein Grund, das Buch nochmals durchzublättern...



Zur weiteren Vertiefung

Aus der Vielzahl von Publikationen zur öko-sozialen Wende in Gesellschaft, Arbeit und Wirtschaft haben wir einige wenige Titel ausgewählt, die einen allgemeinen Einstieg ins Thema ermöglichen und zu einer weiteren Vertiefung anregen.

Es sind Bücher, in denen die globalen Zusammenhänge, die unzähligen Verknüpfungen und Interdependenzen zwischen den vielen Bereichen der Arbeits- und Lebenswelt - ohne deren Verständnis ein Zugang zur „Arbeitsökologie“ kaum möglich ist - klar veranschaulicht werden.

Interessierte Leser können in der Bibliothek des AFI Hinweise und Ratschläge zur weiteren Vertiefung einzelner Themenbereiche erhalten. Außerdem vermitteln wir gerne die Namen und Adressen jener „Kontaktpersonen“ (Gewerkschafter, Betriebsräte, Umweltschützer und Wissenschaftler), die sich im In- und Ausland mit diesen Themen auseinandersetzen. Im unten angeführten Adressenverzeichnis haben wir uns auf wichtige Kontaktadressen aus den gewerkschaftlichen Umweltabteilungen und europäischen Einrichtungen begrenzt.

Soziale Solidarität und das Internet:

Die Kernfrage ist: „Was haben wir uns zu sagen?“ (*)

Bevor wir über die Nützlichkeit der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sprechen, sollten wir uns ernsthaft diese Frage stellen. *Wozu dienen hochentwickelte Werkzeuge, wenn wir uns nichts zu sagen haben?* Die Frage führt uns direkt in den Bereich der Kommunikation. Es sind im wesentlichen diese zwei Bereiche, in denen die Informatik „mehr“ bieten kann: die Information und die Kommunikation. In vielerlei Hinsicht miteinander verbunden, sind es doch zwei verschiedene Realitäten. In der Tat gibt es die *Information ohne Kommunikation* (monodirektionale Information), wie auch die *Kommunikation ohne Information* (siehe die lange Reihe „volksnaher“ Fernsehsendungen, die ausschließlich auf Konsens und Zuschauerquoten abzielen).

Die neuen digitalen Technologien werden unmittelbar mit *Information* assoziiert. Der Computer erscheint als das wundersame Instrument zur Archivierung und Verfügbarkeit unbegrenzter Datenmengen, zur Ausforschung immer neuer Informationsquellen. Dieser Logik entspringt der unglaubliche Erfolg des *World Wide Web*, wie auch der „Bedarf“ nach immer schnelleren und potenteren Computern, in der „besten“ Tradition der Konsumgesellschaft.

Heute kann auch die Welt der sozialen Solidarität, des Volontariates, der Projektgruppen zu gesellschaftlichen Themen enorme Vorteile aus der zielstrebigem Nutzung der neuen Informationstechnologien ziehen, im Hinblick auf die interaktive Kommunikation im Netz, auf den Austausch von Ideen und Informationen, auf die wechselseitige Abstimmung der eigenen Aktionen, zur Analyse oder zur praktischen Umsetzung im lokalen oder globalen Zusammenhang. Es geht darum, die „digitale Autobahn“ zu nutzen, um die zivile Gesellschaft vitaler, aktiver und „öffentlicher“ zu machen.

Um den Computer als Kommunikationswerkzeug zu nutzen, braucht es weder einen Supercomputer, noch braucht es komplizierte Computerprogramme oder Zugang zu allen Diensten des Internet. Um *VERNETZT ZU HANDELN*, genügt auch „nur“ die Nutzung der elektronischen Post als Erweiterung der Textverarbeitung am Computer.

*) Dieser Beitrag ist von Anton Auer, Gewerkschafter und Intert-Experte, gestaltet worden, nach der Vorbemerkung von Heinz Hunke in: *Navigare nella solidarietà - Come orientarsi nell'universo telematico*, IDOC (International Documentation and Communication Center - Roma)
www.ines.org/inpagina/Idoc.htm – e-mail: idoc@gn.apc.org

„Ökologie der Arbeit“ und Internet - *Hinweise.*

Die folgenden Hinweise sollen einzig dazu dienen, beispielhaft auf Möglichkeiten der Vertiefung “im Netz” zu verweisen. Die Computernetze (Stichwort “Internet”) können auf 2 Wegen erschlossen und gesehen werden:

- als Mittel zur Vereinfachung der direkten Kommunikation mit anderen Menschen bzw. Gruppen;
- als weltweite Datenbank, die als solche “unpersönlich” ist.

Für den ersteren Aspekt steht die E-mail, die vergleichbar ist mit einer Postadresse oder der Telefonnummer einer bestimmten Person.

Beispiel: support@dialogon.it : dieser E-mail Adresse steht eine Person oder Gruppe von Personen, die zu bestimmten Fragen “im Netz” Hilfestellung geben. Es gibt eine lange Reihe von Computerprogrammen zur Nutzung der E-Mail.

Für den zweiten Aspekt steht die Webpage, ein elektronisches Schaufenster, von dem aus weitere Informationen eingesehen bzw. gesucht werden können. Als Beispiel dient die WWW-Adresse (im Jahrgon URL genannt):



<http://www.gpa.at/default.htm>

<http://www.gpa.at/default.htm> - diese WWW-Adresse stellt die elektronische “Eingangstür” der Gewerkschaft der Privatangestellten des ÖGB dar, die im gezeigten Bild allen Informationssuchenden im WWW zum Thema “Zukunft der Arbeit” offensteht. Die Nutzung der E-mail ist mit sehr einfachen technischen Mitteln zu verwirklichen. Der Zugang über das WorldWide Web, das sogenannte “netsurfing”, erfordert hingegen einiges mehr an Technik und Software.

Während also die Webseite einen interaktiven Umgang und eine direkte Verbindung mit dem Netz impliziert (man arbeitet “online”), ist die E-mail in der praktischen Arbeitsweise eine Erweiterung der Textverarbeitung am Computer, in Verbindung mit der herkömmlichen Form des Briefeschreibens: mit Absender, Empfänger (eine Person oder eine Gruppe von Personen), Titel und Inhalt.

Aber jenseits aller technischen Aspekte der Computernetze steht eines fest: Nur ein realer, handfester Kommunikationsbedarf, der sich an “Menschen im Netz” richtet, macht aus dem beklemmend grenzenlosen Cyberspace eine mögliche Erweiterung unseres alltäglichen Arbeits- und Lebenshorizonts. Der “Datenbank“-Aspekt der Computernetze kann auch durch eine lokale CD-Rom-Sammlung ersetzt werden; die weltumspannende Kommunikation zwischen “Menschen im Netz” hingegen ist die eigentliche sozio-kulturelle Neuheit, die uns weitgehend unvorbereitet trifft. Die gemeinsame Erarbeitung kritischer Umgangsformen und gegenseitige Hilfestellung im Umgang mit dem technischen Netz sollte gefragt sein, um der bedenklichen Perspektive des “Internet-Fernsehens”, die ungeahnte Möglichkeiten globaler menschliche Interaktion zum Konsumgegenstand reduziert, zu entgehen

Hilfestellung für den Leser:

Informationen rund um das Thema “Ökologie der Arbeit” können per e-mail angefordert werden bei: info-ecolnet@ines.org und AFI-IPL@provinz.bz.it (AFI/IPL Arbeitsförderungsinstitut) – http://www.provinz.bz.it/afi/index_d.htm



Zum kontinuierlichen Austausch von Information innerhalb des “menschlichen Netzwerks” von Ecolnet ist die Mailinglist: mariposa@ines.org eingerichtet worden. Die entsprechende Homepage findet sich unter: <http://www.dialogon.it/ecolnet>



Vorschläge für den Netzeinstieg zum Thema

Wer also im Sinne der gemachten Überlegungen die eigene Tätigkeit durch Nutzung des Internet "erweitern" will, wird sich rasch seine/ihre persönlichen "Netzwerke und Netzkontakte" aufbauen. Die folgenden Adressen rund um die in dieser Broschüre angesprochenen Themen sind als Vorschläge für Kontaktpunkte auf diesem Weg zu verstehen.

Zu Beginn einige Verweise auf Organisationen und Ereignisse, die dem Leser der Broschüre schon bekannt sind.

Das Wuppertal-Institut

<http://www.wupperinst.org/> - info@wupperinst.org

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Arbeitsgruppe Neue Wohlstandsmodelle

new_wealth@wupperinst.org

mit zahlreichen Publikationen, z.B.: *Wuppertal Bulletin zur Ökologischen Steuerreform* -

Ansprechpartner: Hans-Jochen Luhmann; Kai Schlegelmilch; Jan Dirk Seiler.

Seit Anfang Oktober 1996 ist das WB unter der Adresse

<http://www.wuppertal-forum.de/wuppertal-bulletin>

einzusehen. Diese Aktivität ist Teil des Projektes "ETR in Europe", das von dem Londoner Institute for Public Policy Research (IPPR) koordiniert und von der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission unterstützt wird. Das Netzwerk dieser Aktivität dient der Verbreitung der Idee einer ökologischen Steuerreform und umfaßt Partner aus Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Spanien, der Schweiz und den Niederlanden.

Die Kyoto-Konferenz

http://www.wupperinst.org/WI/Projekte/Kyoto/Kyoto_Protokoll.html"

Die aktuelle Publikation des Wuppertal-Instituts (Februar 1998): "Entwicklungen in der internationalen Klima- und Rechtspolitik 1997"

Dubliner Stiftung

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions

<http://europa.eu.int/agencies/efilwc/index.htm>

e-mail: postmaster@eurofound.ie

Globalisierungsfälle

<http://www.chemie.fu-berlin.de/fb/diverse/schumann971112.html>

Vorstellung einer Vorlesung des Buchautors

Worldwatch Institute Report

http://www.earthscan.co.uk/books/427_0.html

State of the World 1997 - A Worldwatch Institute Report on Progress Toward a Sustainable Society, Lester Brown and others

AGENDA 21

Dokumente der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro; Text in deutscher Fassung, betreut von:

Goetz.Renger@t-online.de

<http://www.geocities.com/RainForest/7090/agd21k00.htm>

mit zwei Beispielen: Nürnberg und Rostock

<http://rostock.icf.de/netzwerk/material.html/download/agenda21.doc>

Agenda 21 gestalten - Maßstäbe für eine regionale Lebensqualität und Wirtschaftsweise in Mecklenburg-Vorpommern

<http://www.oeko.com/agenda21/home.htm> -

e-mail: ref.ix@stadt.nuernberg.de

Lokale Agenda 21 in Nürnberg

Vorschläge zum Thema Arbeit und Gewerkschaften - Ausgangspunkte

Dubliner Konferenz ÖKOLOGIE DER ARBEIT

FÜNFTE EUROPÄISCHE KONFERENZ ÜBER DIE ÖKOLOGIE DER ARBEIT

<http://europa.eu.int/agencies/efilwc/de/bull51/a04.htm>

Eberhard.Koehler@eurofound.ie - Kevin.Okelly@eurofound.ie

Zukunft der Arbeit

http://www.uni-bielefeld.de/soz/w_einhei/we5/we5de/zda.htm

Zukunft der Arbeit - Forschungsschwerpunkt für Industrie- und

Organisationssoziologie, Universität Bielefeld - Fakultät für Soziologie - WE V:

Arbeit und Organisation, Sammlungen von Adressen und Verweisen

http://www.uni-bielefeld.de/soz/w_einhei/we5/we5de/links.htm

<http://home.t-online.de/home/sfs.do/links.htm>

Sozialforschungsstelle Dortmund

<http://www.labournet.org.uk/links/index.html>

die Link-Sammlung von Labournet

Die Zeitschrift Arbeit im Internet (SFS Dortmund)

<http://home.t-online.de/home/sfs.do/zainhalt.htm>

Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik

Dokumentationszentrum für europäische Gewerkschaftspublikationen (DEG)

<http://www.barkhof.uni-bremen.de/deg/>

www-deg@barkhof.uni-bremen.de

Gewerkschafter/innen vernetzt

Solinet – Deutschland

<http://www.soli.net.de>



<http://www.berlinet/solinet>

INFO@link-am.donut.de - w.luetgert@link-do.soli.de

SoliNet ist ein Mailbox-Netzwerk mit etwa 220 Einwahlpunkten in Deutschland. Im Vordergrund stehen Kommunikation und Information. Getragen wird das SoliNet von den Systemen und UserInnen vor Ort.

Labournet Deutschland

<http://www.labournet.org.uk/german/labournet.html>



david.hollis@erlangen.netsurf.de

LabourNet fördert Computerkommunikation als ein Mittel für die Stärkung gewerkschaftlicher Organisation. Es steht in vorderster Front bei der Nutzung der Ressourcen im Internet, um für die Arbeiterbewegung Kommunikation und Information bereitzustellen.

UNION-D Internationale Mailinglist

European based trade union discussion mailing list aimed principally but not exclusively at the European Trade Union movement. How to join / subscribe
UNION-D - You simply send a message to listserv@wolfnet.com with the text
SUBSCRIBE UNION-D followed by your email address as the only text in the
message (keep subject line blank).

... einige Tips in loser Folge:

Betrieb und Umweltschutz – Simulation

http://www.informatik.uni-hamburg.de/ASI/ASI_Projekte/BUSCH/buscpag3.html

E-Mail: 0410142387-0001@t-online.de

Das B.U.SCH.-Spiel -Computer-Lernspiel zum Betrieblichen Umwelt-Schutz

Arbeitssicherheit in Italien, Gesetze:

www.regione.liguria.it/sil/leggi/info.htm -E-mail: sil@regione.liguria.it

Links zur Sicherheit am Arbeitsplatz: "Associazione Ambiente e Lavoro":

<http://www.amblav.it>

Telearbeit

Archivio telelavoro. Pagina a cura dello Spazio Lavoro della Città Invisibile

<http://www.citinv.it/iniziative/poli/lavoro> - E-mail: lidia.salinetti@citinv.it

Archiv der CGIL

<http://www.ires.it/public/telelist.htm>

Schadstoffe - Datenbanken

Dario TAGINI, Stefano PINNA - Banche dati sulla tossicità delle sostanze
chimiche, Associazione Ambiente e Lavoro: dario@amblav.it

ipertesto sulle banche dati nel campo che ci interessa

http://www.amblav.it/utenti/dario/corso_bd.zip

..und die andere Hälfte des Himmels

Frauen geben neue Impulse

<http://lovelace.fh-bielefeld.de/home.html>

email: impulse@lovelace.fh-bielefeld.de

Datenbank - Forum - Veranstaltungsarchiv

Serverdonne

<http://www.women.it/lavoro/> - E-Mail: vaccari@orlando.women.it

<http://www.women.it/libreriafirenze/fili.htm> - <mailto:glte48k1@fi.nettuno.it>



GEMEINWESEN - STADT - UMWELT

Municipia - Österreich

<http://www.municipia.at/>



eine (von vielen) E-mail-Adressen: walter.blaschke@magnet.at

Das Spektrum der Aufgaben von MUNICIPIA wird im wesentlichen durch vier Zielsetzungen abgesteckt, welche allesamt lokal, national und international ausgerichtet sind:

- 1.MUNICIPIA als Datenbank zu Projekten und Themen der Stadt- und Regionalentwicklung
- 2.MUNICIPIA als Kommunikationsplattform: In themenspezifischen Diskussionsforen wird der Erfahrungsaustausch zu planungsrelevanten Themen forciert. Der Schwerpunkt liegt hier bei den Anwendern, nicht in der Technologie.
- 3.MUNICIPIA als Medium des Stadtmarketings und der Präsentation von lokalen Akteuren
- 4.MUNICIPIA als Städtennetzwerk sowie als Instrument des Standortvergleichs

Europäische Akademie für städtische Umwelt

<http://www.eaue.de/> - [e-mail:husch@eaue.de](mailto:husch@eaue.de)

Ziel der Europäischen Akademie für städtische Umwelt ist der Erfahrungsaustausch zwischen Entscheidungsträgern aus europäischen Kommunen auf allen Feldern der nachhaltigen Stadtentwicklung.

SUBURBAN Datenbank

Good Practice in Urban Development - Die Datenbank enthält 72 Projekte der nachhaltigen Stadtentwicklung aus Europa.

<http://www.eaue.de/winuwd/default.htm>

Forum Stadtökologie – Difu

<http://www.difu.de/stadtoekologie/service/>

Aktuelle Seminare, Tagungen und Ausschreibungen rund um das Thema Stadtökologie. Ausführliche Linkliste zu diesem Thema.

<http://www.difu.de/stadtoekologie/service/links.shtml>

WWW-Links mit Bezug zur Stadtökologie

Community Networking - Lebensumwelt im Netz - Communities Online

www.communities.org.uk/iacn –

www.communities.org.uk/comline/welcome.html

European Alliance for Community Networking: Mailinglist eacn@ukco.org.uk

SCI-database

The Sustainable Community Indicators searchable database:

<http://www.subjectmatters.com/indicators>

GEN - Global Eco-Village Network (GEN)

<http://www.gaia.org>

Auf der Suche nach Partnern im Netz

BUND – Deutschland

<http://www.snafu.de/~bund/> - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Berlin (BUND Berlin e.V.) -



Mail: 1yberlin@bund.snafu.de

ARBEITSKREISE

aksust@bund.snafu.de - AK-Nachhaltigkeit + Zukunft der Arbeit; Lokale Agenda21

verkehr@bund.snafu.de - Arbeitskreis Verkehr

akbiotop@BUND.snafu.de - AK Biotop- und Flächenschutz

akoesr@BUND.snafu.de - AK Ökologische Steuerreform

Comlink - APC

<http://www.comlink.apc.org> – support@oln.comlink.apc.org

Internationales Computernetz für Frieden, Ökologie, Soziales und Menschenrechte. Der ComLink e.V. mit Sitz in Hannover ist das deutsche Mitglied der APC.

GreenNet – APC

<http://www.gn.apc.org> – Email: support@gn.apc.org

GreenNet is part of the only global computer network specifically designed for environment, peace, human rights and development groups.

OneWorldWeb

Liste von Organisationen: <http://www.oneworldweb.de/organisationen.html>

AUSGANGSPUNKTE FÜR OFFIZIELLE UNTERLAGEN

Europa: Europäischer Gewerkschaftsbund

<http://www.etuc.org> - e-mail: etuc@etuc.org



Europäische Union

<http://www.europa.eu.int/> - <http://www2.echo.lu/other/europe.html>

Führer durch die Institutionen:

http://www.uni-mannheim.de/users/ddz/edz/eu_inst/inst.html

ILO - Internationale Arbeitsorganisation

<http://www.ilo.org> - E-mail: jur@ilo.org

UN: Infoterra, the global environmental information exchange network

<http://www.unep.org>

USA: US-Kongress: List of US-Congress session themes –

<http://atsdr1.atsdr.cdc.gov:8080/tr95html>

NASA-Links - THE GLOBAL CHANGE MASTER DIRECTORY

http://gcmd.gsfc.nasa.gov/home_text.html

Bücherliste...

Axt Philipp (u.a. Hrsg.), *Ökologische Gesellschaftsvisionen*,

Birkhäuser Verlag, 1996

Lesebuch verschiedener Autoren mit vielen Betrachtungen zum Thema einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise.

Biere Regina/Zimpelmann Regina (Hrsg.), *Umwelt - Arbeit - Betrieb*,

Bund Verlag, 1997

Ein Handbuch für den betrieblichen Umweltschutz, das ausführlich sowohl über erfolgreiche Erfahrungen wie auch über die aktuellen rechtlichen Grundlagen in Europa berichtet.

BUND/Misereor (Hrsg.), *Zukunftsfähiges Deutschland - Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*,

Birkhäuser Verlag, 1996

Die inzwischen weltbekannte Studie des Wuppertal Institutes für Klima, Umwelt, Energie zu den Perspektiven einer lebenswerten Zukunft in den Industrieländern wie auch in den Ländern des Südens der Welt.

Fox Matthew, *Revolution der Arbeit*,

Kösel Verlag, 1996

Eine Einladung zu einem radikalen Überdenken der menschlichen Arbeit. Arbeit als kreative Schöpfung: „Zu sein, zu leben und unser wahres Glück wieder zu entdecken; unsere Sehnsucht und Liebe in unser alltägliches Tun zu integrieren“.

Geißler Karlheinz, *ZEIT - „Verweile doch, du bist so schön!“*,

Beltzquadrige, 1996

Muße als Voraussetzung für wahre Produktivität. Ein Plädoyer für das Innehalten und die Langsamkeit.

Gorz André, *Kritik der ökonomischen Vernunft*,

Rotbuch Verlag, 1989

In diesem Buch werden in einfacher Sprache die vielseitigen Veränderungsprozesse in der Welt der Arbeit beschrieben und neue Wege einer gerechten Verteilung der Arbeit sowie eines garantierten Mindesteinkommens vorgelegt.

Giarini Orio, Liedtke Patrick, *Wie wir arbeiten werden*,

Hoffmann und Campe, 1997

Bericht an den „Club of Rome“ über das Beschäftigungsdilemma und über die verschiedenen Methoden die grassierende Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen.

Gottwald Franz/Klepsch Andrea (Hrsg.), Tiefenökologie - Wie wir in Zukunft leben wollen,

Diederichs Verlag, 1995

Ein Sammelband mit vielen „tiefenökologischen“ Beiträgen zu einem neuen Bewußtsein im Wechselspiel zwischen Mensch und Natur.

Held Martin/Geißler Karlheinz (Hrsg.), Ökologie der Zeit,

Hirzel Verlag Stuttgart, 1993

„Die ökologische Krise hat in der Vernachlässigung der zentralen Bedeutung der Zeitdimension eine ihrer Wurzeln“. Ausgehend von dieser Feststellung versuchen Wissenschaftler aus verschiedenen Fachbereichen das „Finden der rechten Zeitmaße“ zu erleichtern.

Henderson Hazel, Die neue Ökonomie - Menschliches und ökologisches Wirtschaften im Solarzeitalter,

Heyne Sachbuch, 1989

Das Taschenbuch lädt zu einem ganzheitlichen Denken ein und zur Entscheidung für eigenverantwortliches Handeln.

Hoffmann Jürgen (u.a. Hrsg.), Der Betrieb als Ort ökologischer Politik,

Verlag westfälisches Dampfboot, 1992

Martin Hans-Peter/Schumann Harald, Die Globalisierungsfalle,

Rowohlt-Verlag, 1996

Zwei Spiegel-Redakteure berichten über die künftige Entwicklung in Weltwirtschaft und Finanzwelt; sie setzen sich mit der These einer 20:80 - Gesellschaft auseinander, in der ein Fünftel der Bevölkerung ausreicht, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten und der Rest zum gesellschaftlichen Abstieg verdammt ist.

Mückenberger Ulrich (u.a. Hrsg.), Die Modernisierung der Gewerkschaften in Europa,

Verlag Westfälisches Dampfboot, 1996

Ein Sammelband über die „Modernisierungsprozesse“ in Wirtschaft und Gesellschaft in den verschiedenen europäischen Ländern und über die unterschiedenen gewerkschaftlichen Strategien.

Rifkin Jeremy, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft,

Fischer Verlag, 1997

Die zentrale Frage in diesem Buch: Lassen sich die gewaltigen sozialen Konflikte vermeiden, die aus der Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, aus dem Wegfall aller sozialen Sicherungssysteme, aus dem „Konkurs“ der sozialen Marktwirtschaft ergeben?

Roth Karin/Reinhard Sander (Hrsg.), Ökologische Reform der Wirtschaft -
Ökologische Reform der Unternehmen - Ökologische Reform in Europa,
(3 Bände),
BUND-Verlag 1992.
Ein Lesebuch mit Texten verschiedener Fachleute aus Wirtschaft, Gewerk-
schaft und Wissenschaft.

... und Kontaktadressen:

ANG - Gewerkschaft Agrar/Nahrung/Genuß (Gerhard Ries),
1080 Wien, Albertgasse 35, Tel. 0043/1/40149-0

Associazione Ambiente e Lavoro,
20099 Sesto S. Giovanni, Milano, Viale Marelli 497, Tel. 02/2408151

Centro Nuovo Modello di Sviluppo (Francesco Gesualdi),
56019 Vecchiano - Pisa, Via della Barra 32, Tel. 050/826354

CGIL, Dipartimento politiche ambientali,
00198 Roma, Corso d'Italia 25, Tel. 06/84761

CISL, Dipartimento ambiente sicurezza (Beppe D'Ercole),
00198 Roma, via Po 21, Tel. 06/8473324

„Dubliner Stiftung“, Europäische Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und
Lebensbedingungen,
Wyattville Road, Loughlinstown, Dublin, Tel. 00353/1/2043140

EGA - Europäische Gewerkschaftsakademie,
1210 Bruxelles, Bd. Emile Jacqmain 155, Tel. 0032/2/2240530

EGB - Europäischer Gewerkschaftsbund (Michel Miller),
1210 Bruxelles, Emile Jacqmain, Tel. 0032/2/2240411

EGI - Europäisches Gewerkschaftsinstitut,
1000 Bruxelles, Boulevard de l'imperatrice 66, Tel. 0032/2/5123070

Europäische Agentur für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz,
Kontaktstelle in Italien: ISPESL (Istituto superiore per la prevenzione e la
sicurezza del lavoro), Tel. 06/44250648

Deutsche Postgewerkschaft (Werner Rittershofer),
60525 Frankfurt/Main, Postfach 71 02 38, Tel. 0049/69/6695-3300

DGB - Umweltabteilung/Bundesvorstand (Dr. Barbara Hemkes),
40476 Düsseldorf, Hans Böckler Str. 39, Tel. 0049/211/4301-278

GPA - Umweltabteilung (Mag. Evelyn Blau),
1012 Wien, Deutschmeisterplatz 2, Tel. 0043/1/31393-394

IG Bau-Steine-Erden (Holger Bartels),
60284 Frankfurt/Main, Postfach 10 11 44, Tel. 0049/69/7437-336

IG Chemie-Papier-Keramik (Dr. Bernd Heins),
30167 Hannover, Königsworther Platz 6, Tel. 0049/511/7631-0

IG Metall (Georg Werkmeister),
60519 Frankfurt/Main, Lyoner Str. 32, Tel. 0049/69/6693-2257

Internationale Arbeitsorganisation (ILO),
1211 Genf, route des Morillons 4, Tel. 0041/22/799-7940

IRES - Istituto ricerche economiche sociali - (Dr. Elena Battaglini),
00198 Roma, Via S. Teresa 23, Tel. 06/ 85797203

ÖGB - Umweltabteilung (Renate Czeskleba),
1010 Wien, Hohenstaufengasse 10-12, Tel. 0043/1/53444-440

UIL - Dipartimento Politiche ambientali (Gabriella Galli),
via Lucullo 6, Tel. 06/4753-206

Wissenschaftszentrum Berlin (Prof. Eckart Hildebrandt),
10785 Berlin, Reichpietschufer 15, Tel. 0049/30/25491-0

Ein besonderer Dank

all jenen Personen, die uns beim Aufbau der Dokumentationsstelle zur „Ökologie der Arbeit“ und bei der Ausarbeitung dieses Buches unterstützt haben:

Mario Agostinelli - Mailand, Luciano Barbato - Rom, Elena Battaglini - Rom, Beppe Biasco - Neapel, Evelyn Blau - Wien, Enzo Celotto - Grosseto, Renate Czeskleba - Wien, Beppe D'Ercole, Rom, Gabriella Galli - Rom, Susanne Geissler - Wien, Paolo Gianardi - Piombino, Adele Grisendi - Rom, Bernd Heins - Hannover, Martin Held - Tutzing, Barbara Hemkes - Düsseldorf, Eckart Hildebrandt - Berlin, Ulrike Kastner - Wien, Jutta Kellner - Zistersdorf, Herbert Klemisch - Köln, Paul Kolm - Wien, Georgiou Kyriakos - Nikosia, Franco Lago - Rom, Borge Lorentzen - Lyngby, Stefania Martelloni - Piombino, Wolfgang Mehl - Wien, Gerhard Ries - Wien, Giuliana Rossi - Parma, Karin Roth - Hamburg, Hermann Schäfer - Bad Kreuznach, Eberhard Schmidt - Bremen, Martina Seitz - Bremen, Flavio Seno - Venedig, Christina Theochari - Athen, Mietta Timi - Rom, Giuseppe Vanacore - Mailand, Gabriele Vesco - Venedig, Giovanni Vivian - Venedig, Norbert Weiss - Wien, Beate Zimpelmann - Berlin.

Einen besonderen Dank auch der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Rom), der Dubliner Stiftung und der Hans-Böckler Stiftung sowie den vielen Gewerkschaftern der Südtiroler Gewerkschaftsbünde AGB/CGIL, ASGB, SGB/CISL und SGK/UIL für ihre Unterstützung.

Zum Autor:

Dr. Arno Teutsch, Soziologe und Publizist; seit rund 25 Jahren in verschiedenen Gewerkschaftsbereichen (Internationale Kooperation, Umweltpolitik, Bankensektor) in Rom und Bozen aktiv.

Begründer und Vorsitzender des internationalen Netzwerks „Ökologie der Arbeit (Ecolnet).“

Derzeitige Schwerpunkte: Theoretische Ausarbeitung und praktische Erprobung zukunftsfähiger Wirtschaftsformen und Lebensstile.

An der Errichtung der Dokumentationsstelle „Ökologie der Arbeit“ haben mitgewirkt: Dr. Paolo Attanasio, Anton Auer, Luisa Gnecci, Enrica Scanzoni und Danilo Tomasini.



ECOLNET

Ecolnet (Ecology of labour network) ist eine internationale Vereinigung von Gewerkschaftern, Umweltschützern und Wissenschaftlern mit Sitz in Bozen, Südtiroler Str. 19, Tel. 0471/973005.

Die wichtigsten Ziele:

- zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Sinne eines neuen ökologischen Wohlstandsbegriffes beizutragen
- verantwortungsbewußte Lebensstile, Produktionsweisen und Konsumverhalten zu fördern
- innerhalb der Gewerkschaften für eine neue umweltbewußte Gewerkschaftspolitik und eine ökologische Gestaltung der Lebensräume einzutreten
- internationale Kooperation; Partnerschaftsprojekte im Sinne der „Agenda 21“ mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung.